Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 121. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwölf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben die große Freude, auch heute einem Kollegen zu seinem **Geburtstag** zu gratulieren. Herr **Dr. Stefan Berger** von der Fraktion der CDU feiert seinen Geburtstag hier gemeinsam mit uns.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Herr Kollege Dr. Berger, herzlichen Glückwunsch! Alles Gute und wie immer der Wunsch, dass der Plenartag Ihnen wenigstens im Abendbereich noch Möglichkeiten eröffnet, mit der Familie zu feiern.

Wir treten in die heutige Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

erste Lesung

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2016 bis 2020 mit Finanzbericht 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/12501

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 – GFG 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12502

erste Lesung

Zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2017 sowie der Finanzplanung 2016 bis 2020 mit dem Finanzbericht 2017 erteile ich für die Landesregierung Herrn Finanzminister Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der 70. Geburtstag unseres Landes hat etwas bewirkt, was bei manchen gar nicht mehr möglich schien – den vielen Menschen in und außerhalb von Nordrhein-Westfalen, die zum Landesjubiläum auf dieses gute Fünftel Deutschlands geguckt haben, die Stärken unseres Landes vor Augen zu führen.

Nur zwei Stimmen stellvertretend, ohne lange zu zitieren:

Die Kanzlerin hat beim Festakt zum 70. Landesjubiläum eine Zusammenfassung gegeben, die wohl alles ausdrückt. Sie hat gesagt: „Nordrhein-Westfalen ist einfach ein starkes Stück Deutschland.“

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie hat nicht nur darauf hingewiesen, dass das Land ein starkes Stück Deutschland ist, sondern auch darauf, wie viel Neues entstanden ist, und dass sich die Anstrengungen auszahlen, die wir in den letzten Jahrzehnten unternommen haben.

Ein weiterer Kronzeuge mag Norbert Blüm sein, der beim Festakt der NRW-CDU humorvoll bewegende Worte über unser Land gefunden hat.

In diesen Tagen ist wieder einmal deutlich geworden, Nordrhein-Westfalen ist mit 17,5 Millionen Einwohnern nicht nur um vieles größer als die meisten anderen Bundesländer.

Ein Hinweis: Die acht kleineren Bundesländer, also die Hälfte der Länder, haben 3 Millionen Einwohner weniger als Nordrhein-Westfalen. Das ist oft nicht klar, wenn hier mit absoluten Zahlen argumentiert wird.

Nordrhein-Westfalen ist aber auch viel dichter, es ist bunter, es ist eben anders als alle anderen Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Die Menschen fühlen sich wohl in dieser einzigartigen Mischung aus Stadt- und Landregionen. Auch darauf hat die Kanzlerin hingewiesen.

Ich selbst – ebenso wie Sie vermutlich – kenne nur wenige, die ihr Land Nordrhein-Westfalen, sei es als alte Heimat oder als neue Heimat, gegen ein anderes Land in Deutschland oder anderswo tauschen möchten.

Ich stelle diese Anmerkungen an den Anfang meiner Einbringungsrede zum Haushalt 2017, weil ich, ehr-

lich gesagt, Zahlenvergleiche leid bin, die das Besondere unseres Landes unbewusst oder auch wissentlich ignorieren und ins Negative wenden.

(Beifall von Ingrid Hack [SPD])

Um die Regierung schlecht dastehen zu lassen, nimmt man in Kauf, auch das Land mit seinen Qualitäten schlecht darzustellen. Der übliche Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern soll aussehen wie eine aussagefähige objektive Einordnung. Er ist es aber nicht.

In welchem anderen dieser Flächenländer lebt über ein Drittel der Menschen quasi in einem riesigen Stadtstaat mit allen spezifischen Herausforderungen großer Ballungsräume und noch dazu mit einem noch lange nicht abgeschlossenen Strukturwandel?

Größe, Dichte, pulsierende Wirtschaft, Berufspendler erzeugen bei uns in der Tat mehr Staus als in Schleswig-Holstein, im Saarland oder in Thüringen.

Zu den Folgen der Ballung gehört aber auch eine weitaus dichtere Hochschullandschaft, eine Kulturlandschaft, die auch durch das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft geprägt ist, medizinische Versorgung auf Spitzenniveau, Topkonzert- und Sportereignisse, im Übrigen auch eine bessere Internetversorgung, weil die Stadtregionen eben auch große Vorteile gegenüber Regionen bringen, die weit von Städten entfernt sind.

Die Prägung als Ballungsraum bedeutet aber ohne Zweifel auch mehr soziale Brennpunkte, mehr Anforderungen an Schule, an die Schaffung bezahlbarer Wohnungen, an Polizei und Gerichte und auch deutlich höhere Ausgaben für die Bewältigung des Verkehrsaufkommens als etwa im Allgäu, im Hunsrück oder in der Holsteinischen Schweiz.

Dass die Opposition die deutlich höheren Kosten einer solchen Siedlungsstruktur unter den Tisch zu kehren versucht, mag man unfair finden, aber man erwartet es nicht anders. Dass veritable Wirtschaftsinstitute das ausblenden, wenn sie Nordrhein-Westfalen mit anderen Ländern vergleichen, gibt mir, ehrlich gesagt, mehr zu denken.

Auch die Ballungsrandzonen sind bei uns breiter und in vielem anders als der klassische ländliche Raum in anderen Flächenländern. Der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen wiederum muss sich nicht vor einem Vergleich mit den ländlichen Räumen in den wirklichen Flächenländern verstecken, die solche stadstaatähnlichen Strukturen wie wir überhaupt nicht haben.

Die Landesregierung wird alles tun, um die unvergleichliche Mischung und die besonderen Stärken zu erhalten, aber auch die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen. Das ist der Gegenstand einer soliden Haushaltsplanung und nicht pauscha-

les Kürzen auf Teufel komm raus, das am Ende immer die Kleinen trifft und die Weichen für die Zukunft falsch stellt.

Mit dem Kurs der Konsolidierung mit Augenmaß bleibt das klare Bekenntnis zum Haushaltsausgleich ab 2020 verbunden, aber auch die klare Absage an einen Wettlauf unter völlig verschiedenen Voraussetzungen mit anderen Ländern, wer denn die schwarze Null am schnellsten als Trophäe gewinnt. Der Wettlauf um die schwarze Null ohne Rücksicht auf dringend nötige Investitionen ist eben kein Wert an sich und er ist schon gar nicht verantwortungsbewusste Politik angesichts der notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft, nicht nur in unserem Land.

In Zeiten niedrigster Zinsen Prioritäten falsch zu setzen und auf dringend notwendige Investitionen zu verzichten, das, fände ich, wäre wirklich ein Verschieben von Lasten in die Zukunft und auf die folgenden Generationen.

(Beifall von der SPD und Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Investitionen in die Zukunft, das sind im Übrigen nicht nur die Ausgaben für Glasfaser, Asphalt und Beton, es sind auch die Ausgaben für Bildung, für die Vereinbarung von Familie und Beruf, für die Sicherheit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der Statistik ist das Konsum. Ich finde, das ist ein Anachronismus, den die Opposition immer wieder gern zum Anlass nimmt, die klassische Investitionsquote als alleinigen Indikator für vorsorgende Politik zu propagieren und so zu tun als sei Konsum gleichbedeutend mit verzichtbarem Luxus oder wirkungslosem Verbrauch von Steuergeld.

(Armin Laschet [CDU]: Quatsch!)

Gegen die pauschale Forderung nach Kürzen und Streichen ohne zu sagen, wo, bei gleichzeitig unzähligen Forderungen nach Mehrausgaben an allen möglichen Stellen setzen wir einen verantwortungsvollen Kurs in der Haushaltspolitik. Wir nutzen die gute Einnahmesituation richtig ausbalanciert für beides: für den Abbau der Nettokreditaufnahme auf Null bis 2020 und für Investitionen in die Zukunft unseres Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Haushaltsentwurf 2017, den ich Ihnen heute vorlege, ist – das haben auch Vertreter der Opposition schon häufiger gesagt – der letzte Haushalt der laufenden Legislaturperiode. Er ist zugleich der siebte Haushalt dieser Landesregierung mit kontinuierlicher Konsolidierung trotz riesiger, teils schwer kalkulierbarer unvorhergesehener Herausforderungen. Er ist, anders als seit Langem geunkt, eben kein Wahlkampfhaushalt mit teuren Versprechen.

Ganz im Gegenteil, wir gehen den soliden Weg der Haushaltskonsolidierung geradlinig weiter. Das bedeutet vor allem, dass die originären Einnahmen im

Landeshaushalt eine höhere Steigerungsrate aufweisen als die Ausgaben. Einer Einnahmensteigerung von 3,7 % steht eine Ausgabensteigerung von 3,3 % gegenüber. Dementsprechend sinkt die Kreditaufnahme weiter.

Wir erwarten eine Zunahme der Steuereinnahmen, als weitaus größte Einnahmeposition, auf 54,6 Milliarden €. Es werden rund 1,9 Milliarden € mehr sein als 2016. Bei den übrigen Einnahmen gehen wir davon aus, dass sie um 600 Millionen € höher ausfallen als in diesem Jahr.

Die Gesamtausgaben steigen moderater. Sie steigen um insgesamt 2,3 Milliarden €, und damit erreichen wir ein Haushaltsvolumen von 72,3 Milliarden €. Die höchsten Veränderungsdaten ergeben sich im Bereich des Personals mit 5 % und im Bereich der Investitionen mit 5,8 %.

Wer den Konsolidierungserfolg gern mit dem Hinweis auf steigende Gesamtausgaben infrage stellt, sollte nicht verschweigen, dass Länderhaushalte – anders als der Etat des Bundesfinanzministers – immer auch um die Beträge wachsen, die sie vom Bund in die Kommunen durchreichen. Dazu sage ich ganz offen: Dieses Ausgabenwachstum könnte durchaus noch ein wenig größer sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

Wir werden in diesem Jahr bzw. im Jahr 2017 fast 25 Milliarden € in die Stärkung der Kommunen investieren – in absoluten Zahlen wie in Anteilen am Gesamthaushalt mehr als je zuvor. Davon sind 2,4 Milliarden € allein für Flüchtlingsaufgaben; der Kollege Ralf Jäger wird darüber noch detailliert berichten. Mehr als 29 Milliarden € fließen in die Bildung – das sind 40 % des Gesamtetats von 72,3 Milliarden € – und 4,2 Milliarden € in die öffentliche Sicherheit.

Wenn ich auf die sieben Jahre zurückblicke, in denen unterer unserer Verantwortung Haushalte vorgelegt wurden, dann sind 200 Milliarden € in die Bildung geflossen – zum Vergleich: Während der Regierungszeit von CDU und FDP waren es 95 Milliarden € –, 30 Milliarden in Sicherheit und Ordnung – zum Vergleich: 16 Milliarden € in der Zeit von schwarz-gelb – und 15 Milliarden € in den Kitausbau – damals waren es 6 Milliarden €. Dazu kommen 1 Milliarde € für den Breitbandausbau und eine 1 Milliarde € für die Inklusion.

Gleichzeitig konsolidieren wir. Wir haben in den sieben Haushalten, die wir seit Amtsantritt vorgelegt haben, die Nettoneuverschuldung Schritt um Schritt um mehr als 75 % zurückgeführt. Von jedem ausgegebenen Euro werden noch 2,5 Cent mit Krediten finanziert, bei Beginn der Regierungszeit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen waren es bei jedem ausgegebenen Euro noch 9,4 Cent. Diese 2,5 Cent sind der geringste Sollansatz der letzten Jahrzehnte, der

je in diesem Parlament und mit Haushalten vorgelegt wurde.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Indem wir den Einnahmestieg unter Verzicht auf manche wünschenswerten und viele geforderte Mehrausgaben für die Senkung von Kreditaufnahmen einsetzen, schaffen wir den langsamen Schritt-für-Schritt-Ausgleich, den uns auch das Grundgesetz vorgibt. Im kommenden Jahr veranschlagt die Landesregierung eine Kreditaufnahme von 1,6 Milliarden €, in diesem Jahr sind es noch 1,8 Milliarden €.

Ja, wir haben gegenüber 2010 erhebliche Steuer-mehreinnahmen – das verschweige ich nicht –, und zwar in einem Umfang von 17,8 Milliarden € im Haushaltsplan 2017 gegenüber 2010. Ja, wir haben auch deutliche geringere Zinsausgaben: 1,8 Milliarden € weniger als im Haushalt 2010.

Wenn wir davon aber nur die Mehrausgaben abziehen, die durch Besoldungs- und Tarifierhöhungen entstanden sind – 5,8 Milliarden € – und das, was wir an die Kommunen weitergeben – 10,1 Milliarden € mehr als im Haushalt 2010 –, dann stehen Haushaltsverbesserungen von 19,6 Milliarden € durch Zinsen und Steuer-mehreinnahmen Mehrausgaben von 15,9 Milliarden € allein nur bei Kommunen und Personal gegenüber.

Wenn ich jetzt dazu noch die rund 3 Milliarden € nehme, die wir allein seit 2014 netto für das Thema „Flüchtlinge, Versorgung, Integration“ ausgeben, hätte insgesamt gerade einmal eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung gestanden, um die Kreditaufnahme von 2010 herunterzufahren. Sie ist aber nicht um eine halbe Milliarde Euro, sondern um 5 Milliarden € heruntergefahren worden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir stünden noch besser da, wenn der Bund gemäß seiner gesamtstaatlichen Verantwortung die Hälfte der Ausgaben tragen würde. Wir könnten die Nettoneuverschuldung dann schon 2017 fast auf die Null bringen.

2017 beteiligt sich der Bund an den flüchtlingsbedingten Ausgaben nach vielen Gesprächen und hartem Ringen am Ende gerade einmal mit 24 %. Die allein auf den Bundeshaushalt fixierte Sichtweise des Bundesfinanzministers, ohne die Bereitschaft auf das gesamtstaatlich Notwendige zu achten, quält allerdings nicht nur das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen, sondern auch die anderen Länder. Das ist ein stetiges Thema in der Finanzministerkonferenz, in der deutlich wird: Wir bekommen für die Aufgabe, die uns die Verfassung zuweist, die aber in der Größe so nie angenommen werden konnte und von keiner Planung abgedeckt werden kann, vom Bund insgesamt zu wenig.

Auch wenn der akute Zuzug von Menschen die vor Gewalt und Verfolgung in unser Land fliehen, gegenwärtig deutlich rückläufig ist, dann bedeutet das nicht, dass die Herausforderungen kleiner werden. Denn die eigentliche Arbeit fängt erst an: Wir sind jetzt gefragt, die Menschen, die bei uns Schutz suchen, zu integrieren, sie auszubilden, Sprachkurse anzubieten, ihnen angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und ihnen zu helfen, einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft zu finden. Das nutzt uns allen.

In der Diktion der Haushaltsrechnung ist das aber übrigens fast alles Konsum. Wir werden deshalb auch 2017 mit einem hohen Anteil an Konsumausgaben planen, und zwar in dem Bereich dessen, was wir für Menschen, die bei uns Schutz suchen, ausgeben: rund 4,2 Milliarden €. Genau wie 2016 werden wir an die Kommunen mehr als das Doppelte dessen überweisen, was wir vom Bund bekommen – dann, wenn die mit dem Bund für die Entlastung der Länder vereinbarte Integrationspauschale auch ihrer Bestimmung entsprechend im Landeshaushalt eingesetzt wird. Mit dieser Integrationspauschale kommt der Bund gerade einmal um ein paar Prozent – rund 5 % – Anteil dessen, was das Land bezahlt, mehr nach, als das in den Jahren vorher war.

Ich habe auch den Kommunalvertretern an den verschiedensten Stellen immer gesagt, dass wir unterscheiden müssen: Was ist für die Kommunen zu tun? Was reichen wir weiter? Was hat uns der Bund für die Kommunen gegeben – entschieden im Juni dieses Jahres in der Ministerpräsidentenkonferenz? Was hat er, um seinen Anteil viel zu gering, aber etwas zu erhöhen, den Ländern versprochen? Das ist die Integrationspauschale.

4,2 Milliarden € für Flüchtlinge: Das ist eine sehr verkürzte Darstellung, die mancherlei Missverständnis verursachen könnte. Denn der allergrößte Teil dieser Ausgaben gelangt nicht in die Taschen der Zuwanderer, sondern er besteht aus Gehältern für Lehrer, Polizisten, Mitarbeiter der Justiz, aus Mietzahlungen für Unterkünfte und aus Zahlungen für Verpflegung und Versorgung der Menschen.

Das ist ganz nebenbei ein immenses Konjunkturprogramm, das im Übrigen auch Teil der Steuermehreinnahmen ist, die wir in diesem Jahr und im vergangenen Jahr erreicht haben. Manch ein Kritiker der Flüchtlingspolitik ist sich gar nicht bewusst, dass sein Einkommen erheblich von der Flüchtlingshilfe abhängt.

Unabhängig davon werden wir auch in diesem Haushalt 2017 die Zukunft des ganzen Landes im Blick behalten und unsere Anstrengungen in den Kernbereichen unserer Politik weiter vorantreiben. Weit oben auf unserer Prioritätenliste steht wie bereits in den vergangenen Jahren das Thema Bildung. Da investieren wir weiterhin viel Geld und nehmen dafür

allein im Jahr 2017 gut 29 Milliarden € in die Hand. Gute Bildung hilft dabei, Wachstumspotenziale zu steigern und Reparaturkosten vor allem im sozialen Bereich zu vermeiden.

Zum Kindergartenjahr 2017/2018 rechnen wir im U3-Bereich mit rund 13.000 zusätzlichen Plätzen. Insgesamt sind es dann rund 190.000 U3-Plätze. Das sind mehr als doppelt so viele Betreuungsplätze, als wir sie 2010 hatten.

Gleiches gilt für die Bereiche der Schul- und Weiterbildung. Die Mehrausgaben belaufen sich im Vergleich zum Vorjahr auf rund 500 Millionen €. Damit werden unter anderem 1.767 zusätzliche Lehrerstellen finanziert, die vor allem für Verbesserungen bei der Inklusion sorgen werden. Dadurch werden 2.550 zusätzliche Plätze bei den offenen Ganztagschulen im Primarbereich gewonnen.

Zusammen mit der NRW.BANK werden wir ein kommunales Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“ auf den Weg bringen. Damit versetzen wir unsere Städte und Gemeinden in die Lage, in den kommenden vier Jahren insgesamt 2 Milliarden € in die Schulinfrastruktur zu investieren.

Ein weiteres Kernanliegen dieser Landesregierung ist die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Dafür sind im Haushaltsplan knapp 4,2 Milliarden € vorgesehen. Das sind rund 375 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr.

Neben umfangreichen Investitionen in eine verbesserte Ausstattung und Ausrüstung der Polizei geht es auch um die spürbare Anhebung der Polizeistärke. Die soll langfristig 41.000 Stellen betragen.

(Christian Lindner [FDP]: Wie viele Neueinstellungen gibt es? Wie viele sind da?)

Wir werden auch die Finanzverwaltung inklusive ihrer IT-Kapazitäten stärken. Dafür haben wir die Einstellung von 250 Finanzanwärtinnen und Finanzanwärtlern genehmigt.

Ein weiterer investiver Schwerpunkt ist die Verbesserung der Infrastruktur. Ein gutes Straßennetz ist ein wichtiger Wohn- und Wirtschaftsfaktor, der einen erheblichen Einfluss auf den Wohlstand und die Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen haben wird.

Bei den Investitionen in den Landesstraßenbau ist die Instandhaltung der Landesstraßen das vorrangige Ziel. Erhaltung von Neubau ist das Motto. Für die Substanzerhaltung des etwa 13.100 km umfassenden Straßennetzes, inklusive der Brücken stehen 118 Millionen € zur Verfügung. Darüber hinaus hat sich der Kollege Mike Groschek auch auf Bundesebene erfolgreich für eine Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt.

(Christian Lindner [FDP]: Aber nicht bei den Grünen!)

Allein aus dem Bedarfsplan für Bundesfernstraßen werden bis 2030 über 13 Milliarden € nach Nordrhein-Westfalen fließen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Davon erhält Nordrhein-Westfalen für die Beseitigung von Staustellen einen Anteil von fast 38 %. Das ist ein richtiger Erfolg bei den vielen 14-, 15%-Anteilen, die Nordrhein-Westfalen normalerweise an Bundesmitteln erhält. Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass wir als Drehkreuz Europas angemessen an den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beteiligt werden.

Wir werden für die Digitalisierung in den nächsten Jahren 2016 bis 2018 350 Millionen € zur Verfügung stellen. Zusätzlich zu diesen Mitteln stehen noch einmal Bundesmittel in gleicher Höhe, EFRE-Mittel und die Erlöse aus Frequenzversteigerungen zur Verfügung, sodass bis zu einer Milliarde € für diese wegweisende Technik bereitstehen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Welche?)

Allein 2017 haben wir im Haushalt Maßnahmen im Umfang von 162 Millionen € vorgesehen. Schon jetzt liegen wir an der Spitze, was den Zugang zu Anschlüssen mit 50 Mbit und mehr betrifft.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zur Steuerpolitik machen, an der Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene aktiv beteiligt ist und die für die Finanzplanung von Ländern und Gemeinden alles andere als unbedeutend ist. Wir sind – das wird selbst die Opposition nicht bestreiten – Vorreiter, wenn es um mehr Steuergerechtigkeit in unserem Land geht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es kann aber nicht sein, dass multinationale Konzerne ihre Gewinne ungehindert in Dumpingsteuermäntel verschieben dürfen. Das ist auch deshalb zutiefst ungerecht, weil damit eine eklatante Wettbewerbsverzerrung zulasten der großen Mehrheit unserer Unternehmen verbunden ist, die sich an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen, eben weil sie wissen, dass nur dadurch die Voraussetzungen geschaffen werden, auch in Zukunft Umsatz und Gewinn zu machen, um Beschäftigung anbieten zu können.

Angesichts der riesigen Herausforderungen bei Infrastruktursanierungen, Digitalisierung, Bildung und Sicherheit ist es aber heuchlerisch, den Menschen vorzugaukeln, dass das mit weniger staatlichen Ausgaben zu machen wäre.

Die konjunkturell bedingten Rekordergebnisse sind keine Rekordergebnisse, weil es plötzlich Rekordsteuersätze gibt, sondern das sind Rekordergebnisse, weil es Rekordgewinne der Unternehmen, ein Rekordbeschäftigungsniveau gibt und weil es auch

höhere Einkommen gibt als in den vergangenen Jahren.

Das zu einem Anlass für dauerhafte Steuersenkungen zu nehmen, wäre alles andere als eine gute Idee. Das müsste bedeuten, dass wir, wenn die Gewinne wieder sinken und wenn die Beschäftigung wieder abnimmt, anschließend die Steuern erhöhen müssten.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist unglaublich, was Sie da sagen!)

Das ist die Philosophie der FDP.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Lindner, Sie haben noch Gelegenheit, zu reden. Hören Sie einfach erst einmal zu.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Die durchaus wünschenswerte weitere steuerliche Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen – das müsste Sie doch interessieren. Schließlich interessieren Sie sich doch auch für die Entlastung der kleinen Einkommen, Herr Lindner.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist nicht wahr!)

– Herr Optendrenk würde an dieser Stelle sagen: Das war Ironie.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Die durchaus wünschenswerte weitere Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ist auch machbar, und zwar unter zwei Voraussetzungen: erstens, wenn sie klar und unmissverständlich auf die kleinen und mittleren Einkommen beschränkt wird und dabei insbesondere auf die fokussiert wird, die Kinder betreuen und erziehen, und zweitens,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

wenn der damit verbundene Einnahmeausfall solide gegenfinanziert ist. Es kann nicht sein, dass sich Herr Schäuble für Steuergeschenke feiern lässt, von jeder Milliarde Euro Einnahmeverzicht aber rund die Hälfte auf Länder und Kommunalhaushalte entfällt.

(Henning Höne [FDP]: Geschenke!)

Das wären etwa 60 Millionen € weniger für unseren Landeshaushalt und rund 45 Millionen € weniger für die NRW-Kommunen.

(Henning Höne [FDP]: Steuergeschenke!)

– Ja, es geht aber auch nicht darum, wie das häufiger dargestellt wird, dass die Menschen etwas schenken. Es geht hier um Leistung und Gegenleistung, und es geht darum, dass Sie nicht aufhören, Anträge dazu zu stellen, was alles verstärkt und verbessert werden kann, den Menschen aber vorgaukeln, das

alles könnten sie mit weniger Geld bekommen. Das ist die FDP-Philosophie, weil Sie wahrscheinlich die Marktkräfte entfesseln.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzel Beifall von den PIRATEN)

Die Gegenfinanzierung kann nicht aus den zeitlich beschränkt konjunkturell sprudelnden Einnahmen kommen. Die gehören in die Investitionen. Die Gegenfinanzierung muss aus den seit Jahren verstopften Steuerquellen kommen. Das sind die Steuerquellen von den Starbucks, Apples, Googles und auch deutscher Konzerne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Christian Lindner [FDP]: Wer hat das Thema denn aufgemacht? Wer war das? Wir waren das!)

Die machen nämlich mit der Kaufkraft hierzulande Geschäfte, drücken sich aber vor der finanziellen Beteiligung. Deshalb treten wir dafür ein, dass Gewinne nicht mehr durch überhöhte Lizenzgebühren oder Darlehenszinsen einer Konzernholding in Steueroasen verschoben werden können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Aufgaben werden nicht weniger. Im Gegenteil: Wir erleben bei den Anträgen, die hier immer wieder gestellt werden, und lesen immer wieder in den Zeitungen von Defiziten. Neben den pauschalen, nicht spezifizierten, nicht konkretisierten Aussagen, wo man etwas weniger ausgeben könnte, lese ich immer konkret, wo es fehlt. Das zeigt am Ende auch, wo die Herausforderungen liegen, und die werden nicht kleiner, sie werden größer.

Deswegen erhöhen wir mit diesem Haushalt 2017 auch ganz bewusst die Stellenzahl um 2.661 Stellen in den Bereichen Bildung, Polizei und Justiz. Es ist schon bemerkenswert, dass noch vor einigen Jahren die Forderung gestellt wurde, 14.000, 15.000 Stellen abzubauen, dass in der letzten Zeit aber nur noch zu hören ist, wo in der Polizei, der Schule, der Justiz, der Finanzverwaltung und vielen anderen Bereichen Stellen fehlen, die wieder eingerichtet werden müssen. Interessanterweise betrifft dies Bereiche, in denen mit falscher Rotstiftpolitik vor Jahren noch zu den heutigen Defiziten beigetragen worden ist.

Wir haben das Personal seit 2010 um gut 11.000 Stellen aufgestockt, unter anderem um 1.500 Polizeibeamte, 1.300 Justizbeamte, 6.200 Lehrerinnen und Lehrer. Zusätzlich haben wir auch die Finanzmittel, die zur Ausstattung dazugehören, wenn man Stellen schafft, aufgestockt.

Obwohl wir all diese Anstrengungen unternehmen, setzen wir zugleich den Pfad der Konsolidierung fort, weil wir konjunkturbedingte Mehreinnahmen nutzen und keine Steuersenkung versprechen, die für 5 €

mehr in der Tasche sorgen, dafür aber dringend notwendigen Ausgaben die Grundlagen entziehen. Darin – das wissen wir – steht im Übrigen die große Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hinter uns.

Lassen Sie uns in den Haushaltsberatungen, die jetzt anstehen, in den nächsten Wochen hart, aber fair um den richtigen Weg für unser Land ringen. Aber lassen Sie uns bei allem heraufziehenden Wahlkampfgetöse die Stärken unseres Landes, seine Lebensqualität und die Einsatzbereitschaft der Menschen nicht zerreden. Ich glaube, das hat dieses Land verdient.

Und dazu gehört, dass konsolidiert und investiert wird und dass wir hier nicht zulasten des einen kaputtsparen und die Zukunft dieses Landes verbauen, sondern dass wir Wege dafür ebnen, dass dieses Land sich in seiner wirtschaftlichen Stärke weiterentwickeln kann und den sozialen Zusammenhalt, der uns bekannt gemacht hat, auch behält. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat für die CDU-Fraktion ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Laschet, das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, erinnern Sie sich noch an den 15. September 2010? Da standen Sie an diesem Pult und haben vor exakt sechs Jahren hier Ihre erste Regierungserklärung abgegeben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: War ein guter Tag!)

Sie haben damals nicht gesagt: Meine absolute Priorität ist die Konsolidierung der Haushalte. – Sie haben nicht wie viele Ihrer Vorgänger – Steinbrück und Clement – gesagt: Meine absolute Priorität sind die Wirtschaftspolitik und neue Arbeitsplätze. – Sie haben auch nicht gesagt: Mein Herzensanliegen ist die innere Sicherheit. – Vielmehr haben Sie George W. Bush zitiert, also den bösen Bush, den Sohn – Bush, „Irak-Bush“ –, und gesagt: „No child left behind“. – Das haben Sie mit „Kein Kind zurücklassen“ richtig übersetzt.

Deshalb will ich mich am heutigen Tag diesem Thema widmen und frage Sie: Was ist eigentlich aus dem Schwerpunkt Ihrer Regierungserklärung an diesem Pult vor sechs Jahren geworden?

Sechs Jahre später konstatiert zum Beginn dieser Woche nach vier anderen Instituten, die das bereits gemacht haben, nämlich die Hans-Böckler-Stiftung, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Bremer

Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, nun ausgerechnet Ihr Projektpartner, die Bertelsmann Stiftung: In keinem anderen westdeutschen Flächenland gibt es eine höhere Kinderarmutsquote als in Nordrhein-Westfalen.

(Nadja Lüders [SPD]: Umso wichtiger ist es, kein Kind zurückzulassen!)

In allen ostdeutschen Bundesländern – ich wiederhole: in allen ostdeutschen Bundesländern – und in Berlin ist die Kinderarmutsquote seit 2011 gesunken, in den drei ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen liegt sie mittlerweile unter der von Nordrhein-Westfalen.

(Robert Stein [CDU]: Hört, hört!)

542.000 Kinder leben von Hartz IV, das waren 36.500 mehr als 2011. Das heißt übersetzt: Als die Regierung Rüttgers Ihnen 2010 Ihre Ämter übergeben hat, noch in der Welt- und Finanzmarktkrise ...

(Norbert Römer [SPD]: Nein, musste!)

– Musste. Der Wähler hatte entschieden. Wir haben dennoch die Ämter übergeben.

(Minister Ralf Jäger: Aber in welchem Zustand? – Zurufe von der SPD)

Herr Minister Jäger hat gerade gesagt: In welchem Zustand? – Ja, in einem Zustand, in dem 36.500 Kinder weniger in Armut waren als heute. Das war der Zustand.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ja, das war der Zustand: 36.500 Kinder weniger in Armut.

(Minister Ralf Jäger: Und die Kommunalfinanzen am Boden!)

Und es ist eine ganz einfache Feststellung – Faktencheck –: 36.500 Kindern ging es unter CDU und FDP besser als nach sechs Jahren rot-grüner Regierungszeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun haben Sie – die Formel „Kein Kind zurücklassen“ wurde immer wieder gebraucht – vor sechs Jahren an diesem Pult gesagt: Wir bekennen uns offen und selbstbewusst dazu, dass wir für diese Aufgabe höhere Ausgaben und vielleicht sogar Schulden machen müssen. – Das ist dann ein paar Tage später auch im Parlament so beschlossen worden. 2 Milliarden € mehr wurden aufgenommen.

Das sollte – der Finanzminister hat heute noch einmal versucht, das zu erklären – die neue Form von Investitionen sein – wie gesagt, 2 Milliarden € mehr –, mit dem Versprechen, dass es den Menschen letztendlich besser gehe und dass am Ende sogar mehr Geld hereinkomme; denn das

sei eine neue Form von Investition und Prävention. Das war die Philosophie.

Es wurden also 2 Milliarden € mehr im Nachtragshaushalt 2010 zur Verfügung gestellt. Daraufhin sind wir nach Münster gezogen, und Münster hat entschieden, dass diese neue Erfindung von Präventionspolitik, die eigentlich nur Schulden bedeutet, mit der Landesverfassung nichts zu tun hat. Das Gericht hat dann in einem einmaligen Vorgang – so etwas hat es in der deutsche Rechtsgeschichte noch nie gegeben – per einstweiliger Verfügung untersagt, diese Schulden zulasten der Kinder und der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu machen.

(Beifall von der CDU)

Es ist wichtig, dass wir uns daran erinnern, weil es der rote Faden in sechs Jahren war: Ihr zeitgemäßer Investitionsbegriff beinhaltet, Schulden zu machen, damit am Ende mehr Geld hereinkommt. Ihre Philosophie lautet: Die Schulden von heute sind die Steuerkraft von morgen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Rekordsteuereinnahmen! Das sagt doch Herr Optendrenk immer!)

Sie haben schon im Rahmen des Wahlkampfs 2012 gesagt – und dies haben Sie auch als Leitmotiv rund um das Landesjubiläum immer wieder wiederholt –: „Kein Kind zurücklassen“ bedeutet Investitionen in Kinder. Aber wenn wir uns heute die Ergebnisse anschauen, können wir sagen: Ja, Sie haben die Schulden gemacht, aber den Kindern geht es schlechter als zu Beginn Ihrer Amtszeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun stellt sich die Frage: Ist denn diese Idee von Prävention richtig oder falsch? – Da sagen wir Ihnen: Sie ist natürlich richtig. Sie ist allerdings banal. Ich habe damals als Familienminister – als Ihr Vorgänger, Frau Kampmann – mit Bürgermeistern vor Ort gesprochen, und ich bin auf Herrn Hilgers in Dormagen gestoßen; er war Bürgermeister und Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes. Er hat in Dormagen, einer kleinen Stadt, ein Modell präventiver Politik entwickelt, wie von der Geburt an jedes Kind begleitet wird und wie man durch diese Begleitung verhindert, dass es mehr Inobhutnahmen und anderes gibt.

Das haben wir dann 2006 übernommen, und bereits 2007 hat die damalige Landesregierung ein Handlungskonzept dazu erstellt. Ich selbst habe Familien im Westfälischen besucht – ich weiß nicht mehr genau, welcher Ort das war –, die mir geschildert haben, dass ein neues Verhältnis zwischen dem Jugendamt und den Familien aufgebaut wird. Familien haben oft Angst, dass das Jugendamt schellt und ihnen das Kind weggenommen wird. Also hat man ein neues Vertrauensverhältnis entwickelt und vermittelt, dass Jugendamt auch beratend und begleitend sein kann.

Dafür haben wir Geld in die Hand genommen. Das ist alles präventive Politik genau mit der Idee, kein Kind zurückzulassen, ohne dass man dafür erst einmal Milliarden Schulden machen musste.

Frühe Hilfe bei Kindeswohlgefährdung ist möglich, und die Idee der Familienzentren enthielt auch die Idee, Eltern stark zu machen und Beratungseinrichtungen in die Kita zu bringen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Also, wenn Sie jetzt ein paar Modellprojekte machen, erst einmal die Ergebnisse abwarten und sagen: „Wenn die Ergebnisse gut sind, dann dehnen wir das aufs ganze Land aus“, dann kann ich Ihnen nur entgegen, dass wir damit in diesem Land schon begonnen haben, lange bevor Sie Ministerpräsidentin wurden. Wir haben ein Elternbegleitbuch dazu verfasst, das auf der Idee aus Dormagen basiert. Das hat sechs, sieben Jahre funktioniert; das ist im April oder Mai wohl eingestellt worden. Die Kommunen konnten dann genau das machen, was Sie als Neuerung zur Begründung Ihrer Schulden vor sechs Jahren vorgetragen haben.

Dann haben Sie weiter gesagt: Um die Dimension deutlich zu machen, über die ich spreche: Wir reden nicht über 8 oder 9 Millionen €, die man dafür braucht, sondern wir reden über 800 bis 900 Millionen € pro Jahr. Unser Ziel ist, die Zahl der Inobhutnahmen zu senken, um langfristig finanzielle Effekte in unserem Haushalt zu erreichen.

Was ist von diesen angeblichen Einsparungen sechs Jahre später zu spüren? – Gar nichts. Es gibt immer noch keinen wissenschaftlichen Nachweis, dass durch das, was Sie da gemacht haben, soziale Folgekosten vermieden werden können. Die Bertelsmann Stiftung stellt in der Evaluation Ihrer Arbeit fest: Der unmittelbare Nachweis, dass die Senkung der sozialen Folgekosten durch Präventionsmaßnahmen erreicht werden kann, ist ausgesprochen schwierig.

Das ist eigentlich auch logisch, dafür braucht man keine wissenschaftliche Studie. Was soll es denn einem armen Kind – nach der Definition der Bertelsmann Stiftung –, das keine Kindergartenbeiträge zahlt, helfen, wenn man 250 Millionen € für mittlere und höhere Einkommen ausgibt, damit die Eltern dann keine Beiträge zu zahlen brauchen? Was soll das denn dem Kind helfen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Römer kündigt für die nächste Wahlperiode an, alle drei Jahre beitragsfrei zu stellen. Das kostet ca. 500 bis 600 Millionen €. Was hilft das denn dem armen Kind?

(Zurufe und Protest von der SPD)

Dem armen Kind – nach dieser Definition – hilft eine kleinere Kindergartengruppe, hilft eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen. Das hilft diesem Kind,

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

aber doch nicht Ihre Geschenke an mittlere und höhere Einkommen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben keine Ahnung, worüber Sie reden! – Lutz Lienenkämper [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

– Herr Zimkeit hat immer Ahnung, worüber er redet. Sie haben ja gleich die Gelegenheit, hierher zu kommen und uns zu erklären, was es den 36.500 Kindern in diesem Land, denen es schlechter geht als zu CDU- und FDP-Zeiten, geholfen hat, dass Sie für mittlere und höhere Einkommen die Kindergärten beitragsfrei stellen. Das können Sie hier mal erklären. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben die Neuverschuldung immer noch bei 1,6 Milliarden € trotz sprudelnder Steuereinnahmen – der Finanzminister hat die wirtschaftliche Situation in Deutschland richtig beschrieben – und trotz niedriger Zinsen. Trotz dieser Faktoren haben Sie immer noch 1,6 Milliarden € neue Schulden. Sie haben die Ausgaben des Landes seit dem Jahr 2010 um fast 35 % ausgeweitet. Während im ersten Halbjahr 2016 alle Bundesländer zusammengerechnet einen Haushaltsüberschuss von 3,9 Milliarden € aufweisen, verzeichnet Nordrhein-Westfalen ein Defizit von 564,8 Millionen €.

Alein in diesem Haushalt, und daran können Sie sehen, wie falsch die Verschuldungspolitik ist, haben Sie 2,8 Milliarden € für Zinsen eingeplant. Das sind 2,8 Milliarden €, die Sie nicht für Kinder und Bildung einsetzen können,

(Beifall von der CDU)

sondern die Sie den Banken geben. Sie geben durch Ihre Verschuldungspolitik lieber das Geld den Banken als den Kindern. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Und das ist falsch. Wenn Sie diese Schulden nicht hätten, wenn Sie diese Schulden nicht machen würden, wenn Sie endlich einmal zu einer schwarzen Null kämen, hätten Sie mehr Geld für die Kinder als für die Banken. Das ist die Realität in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Dass Sie aber mit den Haushalten gar nicht richtig arbeiten können, zeigt die Handlungsweise dieser Regierung: Vier Nachtragshaushalte in 2015 sind bundesweit Rekord. Jetzt haben wir bereits zwei Nachtragshaushalte in 2016, und da Sie manches gestern wieder nicht in Ihren Nachtragshaus eingestellt haben, da Sie ja erwarten, dass die Fraktionen noch weitere Anträge stellen, können wir jetzt schon

prophezeien: Es wird auch noch einen dritten Nachtragshaushalt in diesem Jahr geben. Denn so, wie Sie wirtschaften, werden Sie quasi zu einem Quartalsminister und nicht zu einem Haushaltsminister, der mal ein Jahr planen kann.

(Beifall von der CDU, der FDP und Dietmar Schulz [PIRATEN])

Sie haben aber, Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer Regierungserklärung nicht nur Einsparungen in Höhe von 900 Millionen € durch soziale Prävention in Aussicht gestellt, sondern auch noch einen anderen Zusammenhang hergestellt. Sie haben gesagt:

Gelingt es Nordrhein-Westfalen in den kommenden zehn Jahren, die Zahl der Risikoschüler mit unzureichender Bildung deutlich zu senken, summieren die Wissenschaftler den möglichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahre 2050 auf 148 Milliarden €.

Jetzt mal abgesehen davon, dass das natürlich weit in die Zukunft ein wolkenreiches Reden ist, in der Regierungserklärung zu konstatieren, was sich im Jahr 2050 möglicherweise verbessern könnte, haben Sie trotzdem gesagt: in den kommenden zehn Jahren die Risikoschüler deutlich zu senken.

Von den zehn Jahren sind sechs Jahre jetzt um. Sie regieren seit sechs Jahren. Unser Eindruck und auch der der Wissenschaftler, Eltern, Lehrer und Schüler ist, dass wir genau in die andere Richtung gehen. Wir befinden uns nicht auf dem Weg, die Zahl der Risikoschüler mit unzureichender Bildung deutlich zu senken, sondern wir sind auf dem Weg, dass auch bei den Bildungsdaten die Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen immer schlechter werden.

(Beifall von der CDU)

Wir haben – das haben wir hier schon oft diskutiert – an Wirtschaftskraft deutlich verloren. Der Finanzminister hat in der „Neuen Westfälischen“ stolz verkündet:

NRW ist in der Summe aller Daten und Fakten Durchschnitt der Bundesrepublik und prägt diesen Durchschnitt.

Das ist schon ein komischer Anspruch, dass man jetzt „Durchschnitt prägen möchte“.

(Lachen von der CDU)

Sie regieren auch nur durchschnittlich gut.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Aber das Problem ist nur, die Menschen in Nordrhein-Westfalen würden ja Freudenfeste feiern, wenn wir wenigstens mal bei den Daten Durchschnitt und nicht immer Letzter wären.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Forschung und Entwicklung, Stifterverband: In keinem vergleichbaren Bundesland gibt es im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung weniger Investitionen in Forschung und Entwicklung. Nordrhein-Westfalen: 1,9 % des Bruttoinlandsprodukts, Bundesdurchschnitt: 2,8 %, Baden-Württemberg: 4,8 %.

Breitbandausbau, letzte Woche, Förderbescheide des Bundes: 116. Gesamtvolumen: 904 Millionen €. Nordrhein-Westfalen bekommt drei Förderbescheide mit einem Volumen von 25 Millionen €, Mecklenburg-Vorpommern 53 Förderbescheide mit einem Volumen von 450 Millionen €.

(Michael Hübner [SPD]: Genau! Sie sind auch von der Einwohnerzahl wie von anderen Kriterien total vergleichbar!)

Meinen Sie nicht, Sie müssten mal langsam Ihre Hausaufgaben machen und die Anträge stellen, damit auch zu uns mehr Geld kommt?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das war doch eine Pleite mit Ansage. Die Kollegen haben dies hier Monat für Monat beantragt. Es ist klar, dass das Geld vom Bund kommt. Wir haben als Fraktion mit den Kommunen zusammen Werkstattgespräche organisiert, die denen sagen, wie man die Anträge stellt.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

– Ja, wir können ab Mai auch den Regierungsjob übernehmen. Aber derzeit können wir nur Werkstattgespräche organisieren.

(Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Wer Nordrhein-Westfalen mit Mecklenburg-Vorpommern vergleicht, der vergleicht es auch mit dem Saarland!)

Das sind die Punkte der Wirtschaftsschwäche,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

die uns zurückwerfen. Das führt zu dem Punkt: Wie können wir die Kinderarmut bekämpfen? Das war doch das, was Ihnen auch die Hans-Böckler-Stiftung gesagt hat. Es war doch eine ganz einfache Erkenntnis: Der Grund besteht darin, dass Lohnarbeit für die meisten Familien als einzige Einkommensquelle da ist,

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Jawohl!)

die auf Dauer ein Leben ohne Armut ermöglicht. Das muss aber doch dann heißen: Ja, dann gibt doch den Eltern diese Arbeit, damit sie aus der Armut herauskommen. Wenn wir aber bei den U3-Plätzen für Alleinerziehende 16. von 16 sind, die wenigsten Plätze haben und beim Wirtschaftswachstum 16. von 16 sind, dann fehlt genau diese Lücke,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Stimmt doch nicht!)

nämlich die Betreuungsinvestitionen für die Alleinerziehenden und die Arbeitsplätze, damit sie arbeiten können. Das ist doch der Zusammenhang.

(Beifall von der CDU)

Zu dem Papier der Unternehmerverbände, das viele Vorschläge in den letzten Wochen gemacht hat, Bürokratieabbau, wachstumsfreundliche Landesplanung, Ausbau der digitalen und analogen Infrastruktur, Wiedereinführung der Hochschulfreiheit und, und, und, sagt Frau Kraft vor der Landespressekonferenz: Ich verstehe die Debatte nicht. – Ich weiß gar nicht, was es daran zu verstehen gibt, dass man, wenn man Letzter ist, nach vorn will. Aber sie versteht die Debatte nicht.

Ich sage Ihnen: Wir verstehen die Debatte schon. Wir haben eine Agenda vorgelegt, wie Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze kommen kann. Wirtschaft braucht Fläche, Wirtschaft braucht Infrastruktur, Wirtschaft braucht wieder Innovation, Wirtschaft braucht konkurrenzfähige kommunale Steuersätze. Wenn man das wieder hinkommt, entsteht Dynamik, entsteht Arbeit und wird die Kinderarmut so sinken, wie sie unter CDU und FDP niedrig war.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michele Marsching [PIRATEN]: Niedrig? Niedrig ist jetzt das falsche Wort dafür!)

Ich darf ein letztes Mal Ihre Regierungserklärung zitieren. Wir haben einmal überlegt, ob wir die nicht drucken lassen und an CDU-Wahlständen auslegen, damit jeder liest, was Sie 2010 gesagt und was Sie gemacht haben.

(Zuruf von Oliver Bayer [PIRATEN])

In dieser Regierungserklärung heißt es weiter:

„Wir sind davon überzeugt: Nur eine mutige Politik, die auf Stärkung von Familien, auf Prävention, auf beste Bildung ... zielt, führt im zweiten Schritt zu mehr Wirtschaftswachstum, höheren Steuereinnahmen und sinkenden Staatsausgaben.“

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wie wir gesehen haben, hat die mutige Politik bisher nicht zu mehr Wirtschaftswachstum und zu sinkenden Staatsausgaben geführt. Deshalb möchte ich auf den Punkt „beste Bildung“ schauen. Haben wir denn wenigstens in diesen sechs Jahren – Schlussbilanz jetzt – beste Bildung? Fangen wir mal in den Grundschulen an. Nordrhein-Westfalen ist bei Investitionen in Grundschulen, wo der Bildungsweg der Kinder beginnt, wo alle Kinder noch zusammen sind, wo alle gleiche Startchancen haben sollten – Sie werden es erraten –, bundesweit Schlusslicht. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 5.600 € pro Schüler, Nordrhein-Westfalen hat 4.800 €.

Frau Löhrmann, Sie behaupten immer wieder: Wir holen bei den Investitionen auf. – Nur, das stimmt

nicht. In Bayern sind von 2011 bis 2013 auf ohnehin schon hohem Niveau die Investitionen pro Grundschule von 5.700 € auf 6.500 € gestiegen, plus 14 %; Hamburg plus 16 % steigende Investitionen; Nordrhein-Westfalen steigend, aber nur plus 9 %. Wie wollen Sie denn da aufholen? Das ist so ähnlich wie bei U3-Plätzen. Sie sagen: Wir tun da mehr, wir holen auf. – Die anderen sind aber auch nicht untätig. Wenn man nur ein bisschen aufholt, die anderen aber mehr aufholen, wird die Kluft immer größer und man bleibt auf Platz 16. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU)

Klassengrößen von Kindern – das ist wiederum eine Hilfe, dass Kinder in Armut durch Bildung aufsteigen können. Nordrhein-Westfalen 23 Kinder – Durchschnitt –, Sachsen-Anhalt 19 Kinder, Rheinland-Pfalz 18 Kinder. VBE-Umfrage zu Grundschulen in Nordrhein-Westfalen Mitte Juni: zu wenige Lehrerinnen und Lehrer, kaum Reservekräfte. Wörtlich: Lehrer fühlen sich schamlos ausgenutzt und abgehängt.

(Beifall von der CDU)

Das heißt, nach sechs Jahren haben wir zu wenige Lehrer, zu große Klassen. Das bedeutet Stress für alle, Spaß für niemanden. Denn ein Kind kann sich nicht aussuchen, ob es in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz zur Schule geht. Wir wollen gleiche Bedingungen, gleiche Startchancen wie in anderen Bundesländern, damit wir wegkommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sigmar Gabriel hat bei seiner Ruhr-Tour gesagt – da hat er recht –: Eigentlich müsstest du in dem belastetsten Stadtteil im Ruhrgebiet, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, die beste, optimalste Schule haben.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir haben aber die Situation, dass in Rheinland-Pfalz und anderswo die Schulen besser sind als bei uns. Deshalb müssen Sie an diesem Punkt umsteuern und bei den kleinen Kindern in den Grundschulen beginnen. Sonst kommen Sie nie aus diesem Teufelskreis heraus, in den Sie sich selbst führen.

(Beifall von der CDU)

Das Problem ist, Sie hören ja gar nicht mehr zu. Die Schulpflegschaften der Gesamtschulen in der Region – Aachen, Düren und Heinsberg – haben Vorschläge für die Verbesserung der Inklusion erarbeitet. In einer Umfrage hat das Netzwerk Probleme und Missstände erhoben, Vorschläge entwickelt, wie beispielsweise die Inklusion an den Gesamtschulen verbessert werden kann. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nicht so viele Einladungen in Gesamtschulen bekommen wie in diesen Wochen. Zu vielen gehe ich dann auch hin. Fast jede Woche schreibt

mir eine Schule. Sie glauben gar nicht, wie in Gesamtschulen die Stimmung zur Inklusion und zu dieser Landesregierung derzeit ist.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ich glaube das!)

Dieses Memo haben 3.700 Menschen unterschrieben. Die Vorsitzende des Netzwerks sagt dann: Leider wurden all unsere Bemühungen, einen Termin zu finden, von der Ministerin abgelehnt.

Liebe Frau Ministerin Löhrmann: Mit den Betroffenen zu reden, wäre gut und würde Sie von Ihrem Elfenbeinturm, in dem Sie Ihre Bildungspolitik erklären,

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

herunterholen und mit der Realität in diesem Land in Kontakt zu bringen.

(Beifall von der CDU – Lachen von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Mein nächstes Thema sind die Schulleiterstellen.

(Gordan Dudas [SPD]: Was ist denn mit KiBiz? Sagen Sie mal was zu KiBiz? – Gegenruf von Michele Marsching [PIRATEN]: Was hat KiBiz mit Schule zu tun?)

Jetzt lese ich Ihnen schönsten Kultusdeutsch vor. Gesamtkonzept Leitungsqualifizierung, 24. März 2011 – da schreibt das Ministerium –:

Schulleitung ist gleichermaßen verantwortlich für die Implementation einer innovativen Lehr- und Lernkultur mit den Merkmalen des selbst verantworteten Lernens sowie eines qualitätsorientierten Unterrichtsentwicklungskonzepts.

Das kann niemand so schön aufschreiben wie ein Beamter in einem Schulministerium.

(Andreas Bialas [SPD]: Das versteht man aber!)

Wenn das der Anspruch ist und wenn man so eine innovative Lern- und Lehrkultur erreicht, frage ich: Was ist dann in den Schulen los, in denen es keine Direktoren mehr gibt und in denen es keine Schulleitungen mehr gibt? 700 Direktorenstellen sind unbesetzt, davon 300 allein an den Grundschulen. Über 1.000 Stellen für vertretende Schulleiter sind nicht mehr besetzt. In all diesen Schulen findet dann keine innovative Lehr- und Lernkultur statt, die angeblich nur vom Schulleiter abhängt.

Sie schreiben hehre Ziele auf, und die Realität vor Ort ist dramatisch anders als Ihre Theorie.

(Beifall von der CDU)

Wir haben hart verhandelt in der Großen Koalition, damit mehr Geld für Bildung in die Länder fließt. Dann ist das beschlossen worden. Dann hat der Bund die Hälfte der BAföG-Mittel übernommen.

Komplett werden die BAföG-Mittel demnächst vom Bund bezahlt. Das brachte für Nordrhein-Westfalen 278 Millionen €.

(Zuruf von der SPD: Traumsumme!)

Wir haben gesagt: Nehmt aus dieser Riesensumme, die Ihr nicht im Haushalt einplanen musstet, sondern die zusätzlich vom Bund gekommen ist, 10 Millionen € heraus und bezahlt die Schulleiter besser. – Selbst für diesen kleinen Schritt waren Sie nicht bereit. Das Geld ist im Haushalt versickert. Unser Vorschlag, der das Land keinen Cent gekostet hätte, ist abgelehnt worden. Deshalb haben wir eine Lage wie die heutige.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Für diese armen Kinder, über die ich gesprochen habe, ist Unterrichtsausfall das Schlimmste. Das Akademikerkind hat immer noch jemanden, der hilft. Aber das Kind, dem die Eltern nicht helfen können, das aber den Aufstieg durch Bildung unabhängig von den Eltern schaffen soll, ist durch Unterrichtsausfall mehr bestraft als durch alles andere.

Jetzt sagen Sie: Es gibt 1,7 % Unterrichtsausfall. – Die Landeselternschaft der Gymnasien sagt Ihnen: Es ist mindestens das Vierfache. – Eltern setzen Ihnen ein Ultimatum, endlich das zu erfassen, und Sie drohen mit einer landesfinanzierten Einheitselternschaft, um die Kritiker mundtot zu machen.

(Beifall von der CDU)

Wir verlangen von Ihnen, Unterrichtsausfall endlich abzustellen, um dieses Ziel, armen Kindern zu helfen, endlich zur Umsetzung zu verhelfen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Dazu liegt gerade ein Antrag vor!)

Dann kommt das Thema „Inklusion“. Am letzten Mittwoch haben wir im Landtag eine Anhörung gehabt, in der einhellige Expertenmeinung war: katastrophale Situation vor Ort. – Die GEW sagt, es fehlten 7.000 Pädagogen. Der VBE-Chef spricht von einer ignoranten Haltung der Landesregierung.

Jetzt geraten auch noch Inklusion und Integration in ein Konkurrenzverhältnis zueinander, was man unbedingt hätte vermeiden müssen. Denn die riesige Aufgabe, 40.000 Flüchtlingskinder jetzt zu integrieren, darf nicht mit anderen Dingen kollidieren.

Deshalb ist der Frust groß – weit in die SPD hinein.

(Zustimmung von Regina van Dinter [CDU] – Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo bleiben Ihre Haushaltsanträge dazu? – Zuruf von Eva Voigt-Küppers [SPD])

So lädt beispielsweise die SPD Steinfurt zu einer Veranstaltung „SPD: bei der Inklusion läuft einiges schief“. Dabei sind einige Leute geladen. Das Thema

ist: Missstände deutlich machen, Verbesserungen einfordern. – Was heißt hier „einfordern“? Sie sind doch nicht Opposition, jedenfalls noch nicht. Sie regieren. Machen Sie es besser, damit die SPD nicht solche Veranstaltungen machen muss!

(Beifall von der CDU, Michele Marsching [PIRATEN] und Christof Rasche [FDP])

Die Regierung sagt, die Opposition rede alles schlecht, und alles sei toll mit der Inklusion. Das sei großartig. Sie habe die Quote erhöht. – Aber vor Ort macht die SPD Veranstaltungen nach dem Motto: Alles läuft schief.

(Heiterkeit von Hendrik Schmitz [CDU])

Irgendeiner lebt doch in einem Paralleluniversum. Mein Verdacht ist, dass eher die Leute hier in einem Paralleluniversum leben, nicht die Leute in Steinfurt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Nun hat die Ministerpräsidentin in mehreren Interviews in den letzten Tagen und auch vor der Landespressekonferenz gesagt, sie sei noch ganz beeindruckt von ihrem Besuch bei den Paralympics in London. Sie sagt: Bei den Paralympics wird Inklusion gelebt.

Ich habe gedacht: Ich höre nicht recht. – Dann schreibt ein Aachener Bürger in den „Aachener Nachrichten“ einen Leserbrief. Er schreibt – so fängt der Leserbrief an: Äh, nein! Die Paralympics – so lobenswert dieser Wettbewerb ist – sind absolut exklusiv.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

Inklusiv wäre, bei Olympia oder den Paralympics Behinderte und Nichtbehinderte in den gleichen Disziplinen in einen Wettbewerb treten zu lassen.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das schreibt der Bürger. Der Bürger endet in diesem Leserbrief mit dem Satz: Wenn die Ministerpräsidentin nicht weiß, was Inklusion bedeutet, dann wird die eine oder andere Entscheidung in der Landespolitik schon klarer. – So ist die Realität.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Sie sprechen immer davon, dass Investitionen in Kinder und Bildung für Sie am wichtigsten sind. Aber wir erleben vor Ort eine Mangelwirtschaft und marode Schulgebäude. Sie haben seit 2009 die Schulpauschale nicht mehr angehoben. Dann macht der WDR eine Umfrage. Dann erfahren wir, wie katastrophal der Zustand vor Ort ist. Jetzt macht man ein Programm der NRW.BANK mit Versprechen für die Zukunft.

Landesverantwortung wäre gewesen, die Schulpauschale zu verändern, so wie es CDU und FDP 2009 gemacht haben.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir wollten ja weniger zahlen als jetzt!)

Dann zum Bildungsmonitor – jetzt sind wir bei der Bildung –: Nordrhein-Westfalen hat nach der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft das schlechteste Bildungssystem Westdeutschlands, die zweitschlechteste Lehrer-Schüler-Relation in Grundschulen, die schlechtesten Betreuungsbedingungen aller Länder und – das ist das Schlimmste – das schlechteste duale System aller Länder.

Ein Grundfehler Ihres Denkens ist: Der Mensch beginnt nicht erst mit dem Abitur.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich finde, diesen Grundsatz

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Kalendersprüche jetzt, oder was?)

– lieber Kollege aus Essen – haben wir dann durchgesetzt, wenn auch eine Abgeordnete aus Essen selbstbewusst in ihren Lebenslauf hineinschreiben kann: „Realschulabschluss“, „Hauptschulabschluss“, „gar kein Abschluss“, ehe das Abitur als Maßgabe für den Beginn der Würde des Menschen gilt. Das ist der Grundfehler.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es ist nicht ein Erfolg von Bildungspolitik, wenn möglichst viele Menschen Abitur haben, sondern es ist ein Erfolg von Bildungspolitik, wenn ein Kind, das den Bildungsaufstieg ohne Eltern nicht schaffen kann, diesen durch gute Förderung schafft. Das ist der fundamentale Unterschied in unserer Grundauffassung.

Kein Kind zurücklassen heißt in Nordrhein-Westfalen: Wir haben die größte Bildungsarmut und fangen jetzt plötzlich eine Debatte – die Ministerpräsidentin, die Schulministerin – über G8 und G9 an. Die Kritik der Initiativen ist Jahre alt; wir alle haben mit ihnen zusammengesessen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie haben die veranstaltet!)

Wir haben Sie flehentlich aufgefordert: Machen Sie G8 besser. Machen Sie es besser ... Bitte?

(Lachen von der SPD)

Sie haben bisher den Eindruck erweckt, Sie wollten es besser machen. Sie haben runde Tische einberufen mit dem Ziel, G8 ...

(Zurufe von der SPD – Martin Börschel [SPD]: Der Brandstifter ruft nach der Feuerwehr!)

– Was ist daran so lustig? Ich verstehe gerade nicht ...

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Frau Merkel ist schuld oder der Bund? – Nein. Irgendeiner ist immer schuld.

(Beifall von der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, dann tut es denen eben besonders weh!)

Ich verstehe gerade nicht, was daran so lustig ist, wenn man sagt: Machen Sie G8 besser.

Frau Löhrmann, bis vor wenigen Tagen – Ihre Position ändert sich ja im Moment täglich ...

(Marc Herter [SPD]: Wie ist eigentlich Ihre Position, Herr Laschet?)

– Lieber Herr Kollege Herter, ich verstehe ja die Verzweiflung, dass Sie nicht mehr weiterwissen. Die Opposition wird Ihnen die Antwort geben.

(Lachen von der SPD – Beifall von der CDU und der FDP)

Aber noch einmal ganz ruhig. Bisher ist die Position der Landesregierung: Wir wollen G8 besser machen und rufen dafür alle paar Tage, alle paar Wochen, alle paar Monate runde Tische ein. Jetzt

(Michael Hübner [SPD]: Was denn jetzt?)

verfällt man in pure Panik. Ich will die Frau Präsidentin bei ihren Begegnungen ... Oh!

(Heiterkeit von der SPD – Zuruf von der SPD: Das ist der Herr Präsident! – Marc Herter [SPD]: Gutes Timing! – Weitere Zurufe)

Ich bin jedenfalls sicher, dass der amtierende Präsident des Landtags eine gewähltere Sprache hätte, wenn er in eine Schulklasse ginge. Da bin ich sicher. Das ist ein Mensch mit Stil.

(Beifall von der CDU)

Das alles findet in diesen Tagen statt. Diesmal ist entweder der Bund oder Frau Merkel schuld. Der UNO-Generalsekretär ist schuld, dass die Inklusion schiefläuft. Wer ist schuld daran, dass G8 seit sechs Jahren falschläuft?

(Christian Lindner [FDP]: Schwarz-Gelb! – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Frau Löhrmann, Sie werden es ahnen:

(Michael Hübner [SPD]: Was hat sie denn damit zu tun?)

Schuld ist nach Aussage der Ministerpräsidentin eine Ministerin, die vor sechs Jahren im Amt war. Die ist schuld.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Das ist sie! – Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

Wir malen das jetzt mal in die Zukunft – Sie haben das auf die alte Schulministerin bezogen –: Unterstellen wir einmal, ich hätte im nächsten Mai die Chance, einen Schulminister vorzuschlagen.

(Lachen von der SPD – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist unwahrscheinlich!)

Lassen Sie uns mal ...

(Weitere Zurufe)

– Entspannen Sie sich. Entspannt euch.

(Christian Lindner [FDP]: Namen, Namen, Namen!)

– Ja, ich gebe dir einen Namen. Wir erfinden jetzt mal einen Namen. Wir sagen ...

(Zuruf von der SPD: Schemmer! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir könnten Christian Lindner sagen, aber ich habe einen besseren Vorschlag.

(Heiterkeit von der SPD – Stefan Zimkeit [SPD]: Der schafft es ja nicht in den Bundestag!)

Wir sagen mal: Im Mai 2017

(Michael Hübner [SPD]: Was würde Herr Papke dazu sagen?)

wird Frau Mikat Kultusministerin.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Danach ist sie fünf Jahre im Amt. Im Jahr 2022 wird sie dann wiedergewählt, und im Jahr 2023 findet eine Landtagsdebatte statt, in der die Opposition sagt: In der Schule läuft etwas schief. Dann erklärt Frau Mikat: An all dem ist Frau Löhrmann schuld. – So ungefähr ist das. Sie sind seit sechs Jahren Ministerin dieses Landes. Sie sind verantwortlich für die Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unser Problem ist nur: Wir wissen gar nicht mehr, wen wir jetzt adressieren sollen. Am Dienstag erklärt die amtierende Schulministerin im „Kölner Stadt-Anzeiger“, „als Ministerin habe sie einen Auftrag vom Runden Tisch und vom Parlament.“

„Ehe von dort kein klares Votum ergangen ist, sehe ich weder die Notwendigkeit noch die Legitimation, davon abzuweichen und aktionistisch das Bestehende über Bord zu werfen.“

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Genau!)

Das war die Idee, G8 besser zu machen, über die Sie eben gelacht haben. Klare Aussage am Dienstag im „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Am Mittwoch schreibt dpa: Frau Löhrmann sagt jetzt, dass wir etwas völlig Neues machen müssen, und sie schlägt vor, „jedem Kind eine an seine individuellen

Voraussetzungen angepasste flexible Schulzeit zu ermöglichen.“

(Michele Marsching [PIRATEN]: Bravo! Sehr gut!)

Und sie sagt dazu: Das sage ich als – als was eigentlich? – selbst ernannte oder designierte Spitzenkandidatin der Grünen.

Die Frau Ministerpräsidentin äußert sich inzwischen mal als SPD-Landesvorsitzende, die demnächst einen Leitantrag für den Parteitag mit neuen Vorschlägen vorbereitet, mal als Ministerpräsidentin zur Regierungspolitik. Inzwischen habe ich das Problem, dass ich mit vier Personen rede: einer Ministerpräsidentin, einer SPD-Landesvorsitzenden, einer grünen Spitzenkandidatin und einer Schulministerin.

(Heiterkeit von der CDU – Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD]: Dann sollten Sie mal zum Arzt gehen!)

Ich stelle mir ernsthaft die Frage: Wie viele Personen sind Sie und wie lange noch?

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Rot-Grün behauptet, dass Investitionen im Mittelpunkt stehen. Komisch ist nur, dass es überall an Investitionen zu fehlen scheint: Schulinfrastruktur, Schulleiter- und Lehrerstellen, Forschung und Entwicklung, Breitbandausbau, Auto- und Landesstraßenbau – das habe ich heute mal alles weggelassen, da sind uns die Mängel ja weitgehend bekannt.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Sie machen ein Programm „Kein Kind zurücklassen“, ändern aber an den Zuständen nichts. Sie rufen ein Programm ins Leben: „Kein Abschluss ohne Anschluss“, machen aber eine unternehmensfeindliche Politik, schaffen die wenigsten Lehrstellen und sorgen so für eine höhere Arbeitslosigkeit. Wobei: Der Anschluss wäre ja gewährt, wenn wir die Arbeitsplätze hätten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jetzt, wo man merkt, wo das Problem liegt, wird die Strategie geändert und man sagt: Nein, wir haben ja nie gesagt, dass der ganze Landeshaushalt diesem Ziel dienen soll. Wir haben seit 2010 nur Modellprojekte initiiert und schauen mal, ob die funktionieren. – Und die haben 1,9 Milliarden € gekostet!

Das ist jetzt der neue Dreh. Jetzt erklären Sie jedem Journalisten vor jedem Hintergrund und in jeder LPK: Es ging immer nur um Modellprojekte. Wir hatten nie der Anspruch, mit dem Landeshaushalt, mit all den Milliarden Euro das Projekt „Kein Kind zurücklassen“ durchzusetzen.

Modellprojekte – das habe ich Ihnen eben schon gesagt – hätten Sie gar nicht machen müssen. Dass

Prävention in der Kommune funktioniert, haben wir Ihnen bereits vor vier, fünf Jahren demonstriert. Daran hätten Sie einfach anknüpfen können, wenn Sie einfach mal eine gute Idee kontinuierlich weiterverfolgt hätten.

(Beifall von der CDU)

Die Täuscherei geht noch weiter. Ihr Dauerspruch lautet: Seit 2010 haben wir 170 Milliarden € allein für Kinder, Familie und Bildung ausgegeben. – Das ist dann wieder etwas anderes als das Modellprojekt. 170 Milliarden € für Kinder! Wenn man genauer hinschaut, erkennt man, dass in diese Summe auch 33 Milliarden € für die Pensionskosten der Lehrer eingerechnet sind. Diese haben es sicherlich verdient, eine anständige Pension zu bekommen.

(Zuruf Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber dann können Sie doch nicht von 170 Milliarden € reden, wenn davon 33 Milliarden € für Pensionen ausgegeben werden. Das ist das Geld für die Großeltern, aber keine Investition in Kinder; denn die Lehrer unterrichten nicht mehr.

(Beifall von der CDU)

Jetzt gehen alle auf Distanz. Der Wirtschaftsminister hat schon lange gesagt: Ich war selbst nicht dabei, als der Koalitionsvertrag gemacht wurde. Es gibt nichts, was ich mehr bedaure. – Herr Groschek keilt neuerdings gegen Bürger und sagt: Das sind alles Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative, die verhindern, dass wir schnelle Projekte voranbringen.

Aber in Ihrem Koalitionsvertrag und auch in Ihrem Handeln ist das große Thema die Ausdehnung der Verbandsrechte. Nicht mehr der Nachbar darf jetzt klagen, sondern jeder x-beliebige Funktionär kann über einen Verband im ganzen Land alles Mögliche verhindern. Das haben Sie beschlossen – und jetzt gehen Sie zum Handwerk und beklagen sich darüber! Sie sind auch zwei Personen!

(Beifall von der CDU – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Groschek ist auch zwei Personen, fällt mir gerade auf: Minister einer Regierung, die solch ein Zeug beschließt, und dann beim Handwerk der Oppositionspolitiker, der das Gleiche beklagt.

(Zustimmung von der CDU)

Nur, ohne Konzepte werden Sie diesem Land nicht helfen.

(Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

2013, zur Halbzeit Ihrer Regierungszeit, Frau Ministerpräsidentin, haben Sie erklärt: Wir haben eine Vision, wir haben eine Idee, und der gehen wir kontinuierlich nach. Wir werden dieses Land gerechter machen. Wir werden dafür sorgen, dass kein Kind zurückgelassen wird. Und wir werden dafür sorgen,

dass in diesem Land endlich eine vorbeugende Politik dafür sorgt, dass Haushalte nachhaltig saniert werden.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Drei Jahre später stelle ich fest: Sie haben keine Vision, Sie haben keine Idee. Die Ungerechtigkeit und Armut für Kinder nimmt zu. Sie lassen mehr Kinder zurück, als da zuzeiten Ihres Amtsantritts der Fall war.

Sie haben einmal gesagt: Nie, nie Berlin. – Wir haben inzwischen den Eindruck, dass Sie angesichts Ihrer Lustlosigkeit gegenüber diesen Themen auch sagen wollen: Nie, nie mehr Düsseldorf. – Das ist schlecht für dieses Land. Wir brauchen eine kraftvolle Regierung.

(Lachen von der SPD)

Dieser Haushalt ist nicht der Nachweis einer kraftvollen Regierung.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Norbert Römer.

(Einige Abgeordnete der CDU-Fraktion verlassen den Saal – Stefan Zimkeit [SPD]: Jetzt geht die CDU nach Hause! Jetzt, wo sie mal was lernen könnte! – Michele Marsching [PIRATEN]: Die SPD ist gar nicht da! Das ist ein schlechter Scherz!)

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Laschet, Sie haben mich gerade mit Ihrer Rede nicht enttäuscht: Sie irrlichtern durch Kitas und Schulen, Sie zeichnen ein Bild von unserem Land – das ist ja Ihre Erzählung, die Sie immer wieder ein bisschen anders einleiten –, das von Zerfall, Niedergang, Abgründen und Ruinen geprägt ist.

Herr Kollege Laschet, gerade ist deutlich geworden: Sie kennen unser Land wirklich nicht. Sie kennen die Menschen nicht. Sie wissen nicht, was in Nordrhein-Westfalen los ist.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Deshalb, Herr Kollege Laschet, will ich Sie an einer anderen Erzählung über unser Land teilhaben lassen. Sie ist weit ausgewogener und viel realistischer, als wir sie gerade von Ihnen gehört haben. Ich nenne sie Ihnen mal.

„Der Strukturwandel ist noch nicht abgeschlossen, aber Nordrhein-Westfalen hat bereits viel geschafft. Das Land verfügt über eine leistungsfähige Wirtschaft. Nach wie vor befinden sich in Nordrhein-Westfalen Standorte von Energieerzeugern und klassischen Industriezweigen. Aber es sind neue Bereiche hinzugekommen, innovative Betriebe und Dienstleistungsunternehmen. Die Forschungslandschaft ist gut aufgestellt, auch hier oft durch Kooperationen von Bund und Land. Nordrhein-Westfalen ist lebens- und liebenswert. Nordrhein-Westfalen ist einfach ein starkes Stück Deutschland.“

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN und Michele Marsching [PIRATEN])

Das ist die andere Erzählung, Herr Kollege Laschet. Diejenige, die diese andere Erzählung vorgetragen hat, war niemand anderes als die Bundesvorsitzende der CDU, die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Das war Angela Merkel.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Frau Merkel hat recht. Ich habe mich darauf vorbereitet und dachte: Jetzt gibt es gleich ein wirtschaftspolitisches Feuerwerk des Kollegen Laschet, weil Sie quer durchs Land tingeln, überall in den Unternehmen sich sachkundig machen.

(Zurufe von der CDU)

Aber offensichtlich, Herr Kollege Laschet, ist Wirtschaftspolitik – das war gerade deutlich – nicht Ihre Stärke. Dann will ich Ihnen aber gern, Herr Kollege Laschet, einige Fakten über die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land nennen.

(Armin Laschet [CDU]: Sie können doch auch einmal auf meine Rede reagieren! – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Die passen auch deshalb in einen Rahmen, weil dann, Herr Kollege Laschet, Ihre kleinkarierte und kleinwüchsige Polemik über die Entwicklung in unserem Land ein bisschen besser sichtbar werden wird.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das müssen Sie Riese gerade sagen.)

Während unserer Regierungszeit, Herr Kollege Laschet, sind 650.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen entstanden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und wir haben die Arbeitslosenquote auf den niedrigsten Stand seit 1993 gedrückt. Jugendarbeitslosigkeit, Herr Kollege Laschet, ist seit 2010 um 14 Prozentpunkte gesunken. Insgesamt haben heute mehr als 6,5 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen einen regulären Job – so viele wie nie zuvor. Das gehört zur Wahrheit über die Entwicklung in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insbesondere profitieren Frauen von unserer Wirtschaftspolitik. Immer weniger von ihnen arbeiten in Minijobs, immer mehr in sozialversicherungspflichtigen Anstellungen. Und Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Laschet, erhält mehr ausländische Direktinvestitionen als Bayern und Baden-Württemberg zusammen. NRW, Herr Kollege Laschet, ist der Investitionsstandort Nummer eins in Deutschland.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit mehr als 67.000 gewerblichen Existenzgründern

(Armin Laschet [CDU]: Ich habe über Kinder und Bildung gesprochen!)

im Jahre 2015 belegt NRW den ersten Platz aller Bundesländer. NRW ist das Gründerland Nummer eins, Herr Kollege Laschet – so viel zur Entwicklung in die Zukunft. Und mehr als die Hälfte des bundesweiten Umsatzes der Telekommunikationswirtschaft wird in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet. In keinem anderen Flächenland ist der Breitbandausbau so weit fortgeschritten wie in Nordrhein-Westfalen. Und bei Start-up-Gründungen im IT-Bereich liegt NRW auf Platz zwei, knapp hinter Berlin. Also: NRW ist das Digital-Land Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und weil es immer wichtig ist, auch zu wissen, wie andere unser Land sehen, füge ich hinzu: Nordrhein-Westfalen ist die europäische Zukunftsregion Nummer eins. Alle zwei Jahre lässt das Foreign-Direct-Investment-Magazine, eine Tochter der renommierten Financial Times in London, Wirtschaftsfachzeitschrift, Wirtschaftswissenschaftler die ökonomischen Zukunftsaussichten aller europäischen Staaten und Regionen untersuchen.

Unterm Strich gab es 2016 denselben Sieger wie schon 2014: Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen Zukunftsregion Nummer eins. NRW hat den Großraum Paris, den Großraum London, Baden-Württemberg und Bayern auf die Plätze verwiesen. Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, punktet doch mit seinem innovativen Mittelstand und mit seiner starken Industrie. Das macht es zur Zukunftsregion Nummer eins in Europa. Und deshalb sollten Sie, Herr Kollege Laschet, nicht ein Zerrbild von unserem Land hier in diesem Hohen Hause zeichnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zur Erinnerung: Mehr als 800 mittelständische Weltmarktführer, die sogenannten Hidden Champions, haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es die dichteste Hochschullandschaft Europas,

(Christina Schulze Föcking [CDU]: Was ist denn mit den Kindern?)

ein duales Ausbildungssystem von Weltruf und mehr hochqualifizierte Fachkräfte als irgendwo sonst in Europa. Und darüber hinaus ist Nordrhein-Westfalen internationales Vorbild für erfolgreichen Strukturwandel. Noch vor zwei Jahrzehnten fanden 600.000 Menschen Arbeit in Nordrhein-Westfalen in der Montanindustrie. Heute stehen die Werkbänke der produzierenden Unternehmen in Ostwestfalen-Lippe – wir haben das gestern noch einmal gemeinsam herausgestellt hier in diesem Hohen Haus –, in Südwestfalen.

Die Metropole Ruhr positioniert sich neu als modernere, als dynamische Wissens- und Dienstleistungsregion und damit weiterhin als eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas – ein beispielloser Wandel in nur wenigen Jahrzehnten. Die Kanzlerin hat das begriffen. Die Kanzlerin hat das richtig nach vorne orientiert bewertet. Sie hat den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen Mut gemacht, weiterzumachen auf diesem Weg. Und wir werden weitermachen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bitte Sie mal, Ihre Scheuklappen abzulegen. Vergleichen Sie doch mal, meine Damen und Herren von CDU und FDP, Nordrhein-Westfalen mit Nordengland, mit Wallonien oder mit Nordfrankreich. Während in anderen Staaten die Deindustrialisierung ökonomisches Brachland hinterlassen hat, haben wir in Nordrhein-Westfalen unsere industriellen Kerne erhalten gegen viele Widerstände, auch gegen viele Ratschläge, im Übrigen auch aus diesem Land von Wissenschaftlern und anderen. Dazu haben wir neue Wissensdienstleistungsbranchen erschlossen und für eine bessere Lebensqualität gesorgt, meine Damen und Herren.

Das sollten wir alles nicht unter unseren Scheffel stellen. Wir sollten den Menschen Mut machen und sagen: Wir meistern die Zukunft, weil wir uns der Herausforderung stellen.

(Beifall von der SPD)

Denn eines ist klar: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen kennen den Wandel. Die haben keine Angst vor Veränderungen. Und die wissen: Wir können auch Wandel in Nordrhein-Westfalen. Und die Menschen sind stolz darauf, was sie gemeinsam zustande gebracht haben. Und wir sind stolz auf solche leistungsstarken Menschen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei allen Stärken, bei allen Erfolgen ist Nordrhein-Westfalen selbstverständlich auch ein Land, das ernste Probleme lösen, große Herausforderungen bewältigen muss. Es ist ein Land – wir haben nie einen Hehl daraus gemacht – großer sozialer und ökonomischer Unterschiede. Es gibt Städte, die wachsen, und Städte, die schrumpfen. Es gibt ländliche

Räume, die prosperieren, und ländliche Räume, deren Einwohnerzahlen sinken. Boomregionen mit nahezu Vollbeschäftigung grenzen an strukturschwache Regionen, die gegen Langzeitarbeitslosigkeit, gegen soziale Ungleichheit zu kämpfen haben. Zum Teil verlaufen diese Grenzen zwischen Licht und Schatten quer durch unsere Kommunen.

Eines der großen Probleme unseres Landes ist die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in Großstädten. Die hat im Übrigen, Herr Kollege Laschet, sehr viel mit dem, was Kinderarmut genannt wird, zu tun,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit vor allen in Großstädten unseres Landes, die der Strukturwandel gezeichnet hat, zum Beispiel im nördlichen Ruhrgebiet. Diese Langzeitarbeitslosigkeit ist der Grund – ich wiederhole das – für die hohe Kinderarmut und die hohen Haushaltsdefizite in den betroffenen Städten.

Die Gründe für die Langzeitarbeitslosigkeit selbst sind mitnichten konjunkturelle Schwächen oder Wachstumsdellen. Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit ist die Folge mangelnder Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen. Wenn dann noch jemand beispielsweise als alleinerziehende Mutter durch einen Teilzeitjob im Niedriglohnbereich kaum in der Lage ist, ihre Kinder zu ernähren, dann ist es doch geradezu unmöglich, dies auch noch mit Hilfe für Bildungsabschlüsse zu versehen.

Wir müssen da helfen, Herr Kollege Laschet. Das ist die Grundlinie dessen, was die Ministerpräsidentin mit der Formel „Kein Kind zurücklassen!“ nennt und woran wir arbeiten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das lässt sich nicht in drei Minuten erledigen. Dafür braucht man einen langen Atem, meine Damen und Herren.

Ich habe Ihre Vorschläge gelesen; Sie haben vorhin darauf hingewiesen.

Dazu sage ich Ihnen: Sie könnten noch mehr Arbeitnehmerrechte schleifen, Umweltstandards absenken oder die Frauenförderung zusammenstreichen, Sie würden trotzdem die Langzeitarbeitslosigkeit nicht abbauen. Was Sie verlangen, Herr Kollege Laschet, heute nicht vorgetragen, aber schriftlich niedergelegt, kommt der Behandlung einer ernsten Krankheit mit falschen Medikamenten gleich, mit schlimmen Nebenwirkungen, aber ohne Behandlungserfolg. Nein, Herr Kollege Laschet, das ist doch das, was die Menschen vermissen, was wir vorhin vermisst haben: Sie haben keinen Zukunftsplan für Nordrhein-Westfalen! Das ist wieder einmal deutlich geworden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was ist stattdessen zu tun? – Zunächst einmal müssen wir Kindern, deren Familien auf Hartz IV angewiesen sind, zu besseren Bildungschancen verhelfen. Diese Kinder haben ein Recht auf Chancengleichheit, verdienen besondere Unterstützung, zum Beispiel durch Sprach- und Leseförderung, durch Hilfe zur Erziehung für ihre Eltern oder durch eine individuelle Bildungsbegleitung.

Genau das ist der Ansatz unserer vorbeugenden Bildungs- und Sozialpolitik, die Sie vorhin herunterzumachen versucht haben. Unsere Projekte, Herr Kollege Laschet, „Kein Kind zurücklassen!“ und „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ändern zunächst nichts daran, dass Langzeitarbeitslose schlechte oder gar keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, können sie auch gar nicht. Sie sind dafür auch nicht gemacht. Aber sie verhindern, dass es ihren Kindern einmal genauso ergehen wird. Das ist doch der Ansatz dieser vorbeugenden Bildungspolitik, dieser vorbeugenden Sozialpolitik!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Denn wir brauchen diese Kinder als Fachkräfte, als Ingenieure oder als Wissenschaftlerinnen. Im Jahre 2030 werden uns in Deutschland nach Schätzungen des Prognos-Instituts rund vier Millionen Fachkräfte fehlen. Die Hälfte davon lässt sich eventuell durch Produktivitätsfortschritte der Digitalisierung kompensieren. Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: In spätestens 14 Jahren hat jeder ausbildungsreife Jugendliche derart gute Berufschancen in unserem Land, dass sie einer Jobgarantie gleichkommen.

Dafür arbeiten wir. Das wollen wir vor allen Dingen den jungen Menschen klarmachen, dass sie darauf hinarbeiten. Das sind die Chancen in der Zukunft! Das ist das Zukunftsland Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Mittel für die frühkindliche Bildung verdoppelt. „Kein Kind zurücklassen!“, „Kein Abschluss ohne Anschluss“ sind heute Vorbilder für ähnliche Ansätze in Deutschland, aber auch international. Darauf kommt es an, wenn es um die Frage von Arbeitslosigkeit geht: Wie helfen wir Erwachsenen, über die der Strukturwandel hinweggegangen ist und die jetzt in der Langzeitarbeitslosigkeit festsitzen? 311.000 in Nordrhein-Westfalen, mehr als 60.000 allein im nördlichen Ruhrgebiet sind drei, vier, fünf Jahre langzeitarbeitslos. Die wollen ja etwas leisten. Die wollen auch produktiv sein. Und sie können das auch.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich appelliere an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam einen sozialen Arbeitsmarkt aufbauen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Er muss so ausgestaltet sein, dass er dauerhafte Beschäftigung sicherstellt. Gemeinnützige Aufgaben, die der Allgemeinheit zugutekommen, aber bisher liegen bleiben, gibt es reichlich.

Und schon jetzt gibt es erfolgreiche Modellprojekte. Unter der Federführung des NRW-Arbeitsministeriums, unter der Federführung von Minister Schmetzler ist es gelungen, ca. 1.600 langzeitarbeitslose Frauen und Männer wieder an ein strukturiertes Arbeitsleben heranzuführen. Mehr als ein Drittel von ihnen hat einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden. Hieran können wir anknüpfen. Das muss aber mehr werden, meine Damen und Herren, und es kann auch mehr werden.

Wenn der Bundesfinanzminister endlich die Bremse lösen und die erforderlichen Mittel freigeben würde, dann könnte daraus auch mehr werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Hendrik Schmitz [CDU]: Immer die anderen! – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Denn seine Blockade, die Blockade von Minister Schäuble, ist ja ideologisch gespeist, gegen den Passiv-Aktiv-Tausch, ist doch auch volkswirtschaftlich unsinnig. Es ist doch besser und produktiver, Arbeit zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, lassen Sie uns doch gemeinsam mit unseren Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen in Berlin für diesen sozialen Arbeitsmarkt kämpfen. Wir sind dazu bereit. Die Menschen werden das dankbar annehmen, wenn wir es schaffen, dauerhafte Beschäftigung auf einem sozialen Arbeitsmarkt zu organisieren.

(Beifall von der SPD)

Mit dem Haushalt 2017 investiert Nordrhein-Westfalen einmal mehr in seine Zukunft. Wir investieren in Bildung und sozialen Aufstieg. Wir investieren in Innovation, Wirtschaftskraft und Infrastruktur. Wir investieren für Familien in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht zuletzt investieren wir in die innere Sicherheit und die öffentliche Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden.

All das sind Kennzeichen unserer Regierungspolitik seit 2010. Die Steigerung dieser Zukunftsinvestitionen liegen bei 30, 40, zum Teil bei über 100 %. Der Finanzminister hat vorhin darauf hingewiesen.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat nicht nur in absoluten Zahlen die höchsten Bildungsausgaben aller Länder. Heute gibt das Land über 40 % seines Haushalts für Bildung aus. Mit 1.100 € pro Einwohner liegen wir auf Platz zwei aller Bundesländer knapp hinter Baden-Württemberg und vor Bayern. Das ist das Gegenstück zu dem Zerrbild, das der Kollege Laschet vorhin gezeichnet hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In den vergangenen zwei Jahren haben wir über 6.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Im kommenden Jahr kommen weitere 1.760 hinzu.

Wir legen ein 2-Milliarden-€-Projekt zur Modernisierung und Sanierung unserer Schulgebäude auf, Herr Kollege Laschet. Damit unterstützen wir unsere Städte, Gemeinden und Landkreise bei ihrer originären Aufgabe als Schulträger direkt und unbürokratisch. Das ist das größte Projekt seiner Art in der Geschichte unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik ist die innere Sicherheit, in die wir im kommenden Jahr 4,2 Milliarden € investieren werden, also rund ein Drittel mehr als noch 2010. Bis 2023 wird das Land jedes Jahr 2.000 neue Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen.

Mit anderen Worten: Wir haben den schwarz-gelben Stellenabbau bei der Polizei gestoppt und eine Trendumkehr eingeleitet. Das Land wird sicherer. Mehr Polizei kommt auf die Straßen. Die Kriminalitätsraten gehen weiter zurück. Die Menschen erfahren: Diese Landesregierung setzt auf einen starken Staat, weil die Bürgerinnen und Bürger einen starken Staat brauchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch unsere Politik für guten und bezahlbaren Wohnraum zeitigt Erfolge. Der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag nennt die Förderung des Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern vorbildlich. Tatsächlich rennen uns die Investoren die Türen ein. Deshalb werden wir die Mittel für die Wohnraumförderung deutlich erhöhen, und zwar um fast 40 % auf 1,1 Milliarden €.

Dieser Landesregierung ist es zudem gelungen, die systematische Benachteiligung Nordrhein-Westfalens im Bundesverkehrswegeplan zu beenden. Bis 2030 werden fast 14 Milliarden € nach Nordrhein-Westfalen fließen.

Das ist ein großer Erfolg, zu dem ich unserem Verkehrsminister Groschek ganz herzlich gratuliere und für den ich mich bei den Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen – bei allen, auch und besonders bei denen der CDU – ganz ausdrücklich bedanke; denn es ist unser gemeinsamer Erfolg, mehr Mittel für den Bundesverkehrswegeplan nach Nordrhein-Westfalen geholt zu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber auch unser Land selbst nimmt ordentlich Geld in die Hand. Im Vergleich zu unserer schwarz-gelben Vorgängerregierung haben wir die Investitionen zum Erhalt der Landesstraßen um rund 84 % erhöht. Für den Breitbandausbau im ländlichen Raum stehen bis

2018 Fördermittel in Höhe von bis zu 1 Milliarde € bereit. Nordrhein-Westfalen ist übrigens das erste Bundesland, das eine Strategie für ein flächendeckendes Glasfasernetz bis 2026 vorgelegt hat.

Ich will noch einen Erfolg nennen, der durch Beharrlichkeit und Standfestigkeit zustande gekommen ist. Von Nordrhein-Westfalen aus haben wir die internationale Steuerhinterziehung bekämpft. Wir haben Wolfgang Schäubles Amnestiegesetz für Steuerhinterzieher und ihre Helfershelfer verhindert und den Austausch von Bankdaten zwischen der EU und der Schweiz erst möglich gemacht.

Damit Sie sich richtig erinnern können, will ich noch einmal herausstellen: Das haben wir gegen den erbitterten Widerstand von CDU und FDP hier in diesem Hohen Haus durchgesetzt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Schon vergessen, meine Damen und Herren? Heute ist klar: Norbert Walter-Borjans und Hannelore Kraft haben für mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland und in Europa gesorgt – im Übrigen nachhaltig –, und alle profitieren davon.

Deshalb werden wir im Kampf gegen Steuerhinterziehung auch nicht nachlassen. Das ist etwas, was allen Menschen zugutekommt. Es ist unsere gemeinsame Angelegenheit, dafür zu sorgen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Opposition will sich ja über diesen Erfolg nicht freuen. Für sie ist ja unsere Politik für Steuergerechtigkeit überflüssig bis falsch.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Für die Seite da drüben!)

CDU-Finanzpolitiker Dr. Optendrenk sagte kürzlich, der Finanzminister gebärde sich in seinem Kampf gegen Steuerkriminalität wie Robin Hood. Das war wohl unfreundlich gemeint, obwohl Robin Hood ja gemeinhin zu den Guten in der Literaturgeschichte gezählt wird; es sei denn – Herr Kollege Optendrenk ist jetzt nicht da; man kann es ihm aber vielleicht einmal mitteilen –, man selbst sieht sich dann in der Rolle des Sheriffs von Nottingham,

(Heiterkeit Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

der für seinen Prince John – oder genauer: für seinen Prinzen Laschet – Gebühren bei Studierenden und Eltern kleiner Kinder eintreiben will.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben Studierende und junge Eltern durch die Abschaffung der Studiengebühren und das beitragsfreie Kitajahr um 400 Millionen € entlastet.

Und die CDU und vermutlich auch die FDP wollen sie wieder damit belasten: mit 1.000 € im Jahr für ein Studium, mit mehreren Tausend Euro im Jahr für Kitabetreuung, und zwar nicht nur – Herr Kollege Laschet, schauen Sie sich einmal die Gebührentabellen in den Städten an! – für Besserverdienende, sondern für ganz normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Facharbeiter oder für Krankenschwestern.

(Beifall von Ingrid Hack [SPD])

Ja, das wollen Sie, und dann sagen Sie es auch endlich!

(Armin Laschet [CDU]: Sage ich doch!)

Haben Sie doch mal den Mut, den Eltern zu sagen: Wir wollen euch wieder mit 400 Millionen € im Jahr mehr belasten, wenn wir drankämen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das ist Quatsch!)

Wenn Sie das machen würden, würden Sie nicht nur endlich einmal die Wahrheit über Ihre Pläne sagen, sondern möglicherweise Ihren finanzpolitischen Plänen oder Vorstellungen etwas verleihen, was diese bisher überhaupt nicht haben, nämlich einen Hauch von Seriosität und Substanz. Denn Sie kritisieren, dass wir trotz unserer Rekordinvestitionen viel zu wenig ausgeben.

Überhaupt hat man manchmal den Eindruck, dass es keine Lobbyistenforderung gibt, der die CDU nicht ungeprüft die Note „gut“ anheftet.

(Lachen von Ministerin Sylvia Löhrmann – Christian Lindner [FDP]: Tengemann und Edeka!)

Sie fordern mehr Geld für Bildung, für Wissenschaft, für Infrastruktur, für Breitbandausbau. Sie türmen Ausgabenwunsch auf Ausgabenwunsch und krönen Ihr finanzpolitisches Luftschloss mit einer grandios gespielten Empörung über die Höhe der Neuverschuldung. Mit anderen Worten, meine Damen und Herren von der CDU: Sie wollen mehr Geld ausgeben und gleichzeitig weniger. Das ist finanzpolitische Abenteuererei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir hingegen müssen überhaupt nichts verschweigen. Wir setzen unseren erfolgreichen Konsolidierungskurs fort. Uns ist es gelungen – der Finanzminister hat das vorhin herausgestellt –, die Neuverschuldung des Landes um weit mehr als 70 % zu senken und gleichzeitig die Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen deutlich zu erhöhen. Bei uns gehen Rekordinvestitionen in Kinder, Bildung und Kommunen mit einer konsequenten Rückführung der Neuverschuldung Hand in Hand.

Auch im kommenden Jahr wird die Neuverschuldung weiter sinken, obwohl wir auch 2017 ein finanzpolitisches Schwergewicht zu stemmen haben – die Versorgung und Integration von 200.000 Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung zu uns nach Nordrhein-Westfalen fliehen mussten. Dafür wird das Land 4,2 Milliarden € bereitstellen.

Nur etwa ein Viertel davon – der Finanzminister hat das herausgestellt; ich will das noch mal wiederholen, damit es auch alle wissen – kommt vom Bund. Wir sparen das Geld an keiner anderen Stelle ein. Im Gegenteil, viele dieser Ausgaben – wir haben es bereits gestern betont – werden allen Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommen, zum Beispiel beim Wohnungsbau, in den Schulen oder in unseren Kitas.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Land dank unserer erfolgreichen Konsolidierungspolitik im kommenden Jahr einen Haushaltsüberschuss von 1,4 Milliarden € ausweisen könnte, hätte es nicht diese historische Herausforderung der Flüchtlingsmigration zu meistern. Deshalb in aller Klarheit: Dass wir das Geld aufbringen, dass wir es ausgeben, ist ein Gebot der Vernunft und ein Gebot der Verantwortung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und das machen wir gern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass offene und tolerante Gesellschaften immer erfolgreicher sind als abgeschottete, und doch ist das Unbekannte, das stets mit Einwanderung verbunden ist, immer auch eine Quelle subjektiver Unsicherheit. Flüchtlingsmigration tausendfach am Tag – noch dazu zu Fuß und gleich in allen Medien – potenziert Unsicherheit zu Stress. An diesem Stress sind im Winter 2015/2016 Freundschaften zerbrochen, gesellschaftliche Tabus zerschellt.

Dieser Stress war der Treibstoff, den die reaktionären Nationalisten der AfD brauchten, um in Parlamente einzuziehen. Und doch hat die große Mehrheit der Deutschen den Stress ausgehalten. Ihr Willkommen ist vielleicht kein euphorisch herzliches, vielleicht eher ein reserviert höfliches, ist eines, das der zögerlichen Einsicht in die Konsequenzen humanitären Handelns folgte. Ein Willkommen, meine Damen und Herren, ist es dennoch.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich bin mir sicher, auch und gerade die große Mehrheit in Nordrhein-Westfalen will nicht, dass Nationalisten und Rassisten die liberale und weltoffene Kultur unseres Landes zerstören. Die große Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen weiß, Vielfalt macht uns stärker. Sie wissen aber auch, Vielfalt

braucht Gemeinsamkeit. Diese Gemeinsamkeit müssen die politischen Grundwerte und Überzeugungen sein, über die wir gestern diskutiert und die wir in unserer Resolution festgehalten haben.

Und tatsächlich – ich will das gerne hier nennen – in Fokusgruppen und Interviewstudien zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik in Nordrhein-Westfalen sprechen unsere Bürgerinnen und Bürger viel über Werte und Regeln. Ihre Sorgen kreisen um die Meinungs- und Religionsfreiheit, um die Zukunft der toleranten und friedlichen Gesellschaft, um die Gleichberechtigung von Mann und Frau, um die Rechte von Schwulen und Lesben, um individuelle Selbstbestimmung im Allgemeinen und sexuelle Selbstbestimmung im Besonderen.

Die besorgten Blicke mögen sich auf muslimische Einwanderinnen und Einwanderer richten. Aber die Sorgen selbst kreisen um den Erhalt der offenen und toleranten Gesellschaft. Sie kreisen um Errungenschaften aus den letzten 50 Jahren, die der AfD-Chef Meuthen als „Irrwege des links-rot-grün versiffen 68er-Deutschlands diffamiert hat“.

Das ist die Pointe dieser Studie: Die AfD bläst zum Sturm auf Werte und Institutionen, die die Mehrheitsgesellschaft verteidigen will. Das ist die Pointe, die wir zum Anlass nehmen müssen, überall deutlich zu machen: Diese AfD ist fremd im eigenen Land.

(Anhaltender Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

All das, was unsere Demokratie auszeichnet – Toleranz, Solidarität, Freiheit, Liberalität und Sozialstaat –, wird wieder von rechts bedroht. Wer sich jetzt aus panischer Angst vor den Nationalisten ihrer Sprache, ihren Positionen derart annähert, dass kaum noch Unterschiede zu erkennen sind, wird diese Nationalisten nicht besiegen. Ich sage das mit vollem Ernst an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Ich habe die Hoffnung – ich hoffe, die berechtigte Hoffnung –, dass Sie sich nicht in jene Sackgasse locken lassen, in der Ihre bayerische Schwesterpartei bereits fest sitzt.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir geben die 10 bis 15 % der Wählerinnen und Wähler, die mit der AfD sympathisieren, nicht verloren.

Aber noch wichtiger ist es jetzt, dass wir die 85 bis 90 % der Bürgerinnen und Bürger, die die Position der AfD ablehnen, in ihren Einstellungen bestärken. Sie wollen ein weltoffenes und tolerantes Land, sie erkennen die Einwanderung auch als eine gute Chance. Sie sind proeuropäisch, unterstützen eine Politik gegen soziale Ungleichheit. Vor allem verlangen sie jetzt nach langfristigen Visionen für die Zukunft unseres Landes.

Und wir, Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, können einen solchen Zukunftsentwurf bieten. Wir haben das vorhin noch einmal deutlich gemacht, haushalterisch hinterlegt.

Unsere Zukunftsgeschichte von unserem Nordrhein-Westfalen handelt von einem Land, in dem die Mitte wieder wächst und die Aussicht auf sozialen Aufstieg weitaus realistischer ist als die Angst vor dem Abstieg. Es ist ein Land, das wirtschaftlich stark ist und technologisch zur Spitzengruppe in der Welt gehört.

In diesem Land ist eine gute und bezahlbare Wohnung wieder der Normalfall, kein Glücksfall. Ein Kind ist für eine alleinerziehende Köchin – ja, da brauchen wir einen langen Atem, Herr Kollege Laschet – kein Armutsrisiko und für eine alleinerziehende Akademikerin kein Karrierehindernis mehr. Junge Eltern müssen sich nicht mehr fragen, wie viel Familienzeit ihr Job erlaubt. Stattdessen werden sie gefragt, wie sich ihr Job an ihre Vorstellung eines gelungenen Familien- und Arbeitslebens anpassen lässt. Und wem das Leben aus den Händen gleitet – das ist doch unsere allgemeine gute Erfahrung hier in Nordrhein-Westfalen –, fällt nicht ins Bergfreie, sondern erhält eine zweite oder auch eine dritte Chance, wenn es nötig ist.

Dafür, meine Damen und Herren, arbeiten wir konsequent und beharrlich. NRW – stark und gerecht, das machen wir. Darauf können sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen verlassen. – Vielen Dank fürs Zuhören, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion spricht der Vorsitzende Christian Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! – Herr Kollege Römer, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört,

(Zurufe von der SPD und den PIRATEN: Ach was!)

wie Sie unser Land Nordrhein-Westfalen gewürdigt haben. Es hat nur noch eines gefehlt, Herr Römer: dass Sie das 6:0 von Dortmund gestern Abend als Ergebnis rot-grünen Regierungshandelns dargestellt hätten. Das hat noch gefehlt.

(Beifall von der FDP und der CDU – André Stinka [SPD]: Ja, na klar! – Marc Herter [SPD]: Ist doch schwarz-gelb! – Weitere Zurufe von SPD und den PIRATEN: Ist es vielleicht auch!)

Soweit sind selbst Sie nicht gegangen als BVB-Anhänger.

Damit kein Missverständnis aufkommt, und ich glaube, ich spreche auch für die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion

(Zurufe von der SPD und den PIRATEN: Ach! Oho!)

– missverstehen Sie das nicht! Warten Sie doch erst einmal ab! –: Wir als Opposition reden das Land doch nicht schlecht. Natürlich ist Nordrhein-Westfalen ein starkes Land, aber es hat eine schwache Regierung,

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

und es könnte mehr und es müsste sich auch mehr vornehmen.

Ich habe genauso wie Armin Laschet aus Anlass dieser Debatte noch einmal in die erste Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Kraft geschaut. Das hier ist der letzte Haushalt, den wir in dieser Legislaturperiode beraten. Wenn man den aktuellen Umfragen Glauben schenken darf, ist es im Übrigen auch der letzte von Rot-Grün verantwortete Haushalt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deshalb ist es durchaus angezeigt, im Sinne einer Bilanz zu schauen: Was ist erreicht worden, und was ist nicht erreicht worden?

Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer ersten Regierungserklärung 2010 haben Sie nicht nur den Satz geprägt von „kein Kind zurücklassen“, Sie haben vor allen Dingen gesagt, man solle Ihre Regierung daran messen, ob sie das Leben der Bürger in NRW besser mache. Ihr Anspruch war, daran gemessen zu werden, ob Sie das Leben der Menschen in Nordrhein-Westfalen besser machen. Da nehmen wir Sie beim Wort und vergleichen die Jahre 2010 und 2016.

Im Jahr 2016 gibt es eine schlechtere Entwicklung am Arbeitsmarkt, mehr Straftaten, mehr Schulden pro Einwohner, weniger Wachstum, weniger Ausgaben für Grundschulen und ein höheres Risiko für Kinderarmut als in allen anderen Flächenländern in Deutschland.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Stimmt doch gar nicht! – Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Wissen Sie, wir nehmen Ihnen ab, dass Sie tatsächlich die ernste Absicht hatten, Nordrhein-Westfalen und das Leben der Menschen hier besser zu machen. Wenn man aber die objektive Regierungsbilanz sieht, muss man feststellen: Frau Kraft, Sie sind an Ihrem eigenen Anspruch nach sechs Jahren gescheitert.

(Beifall von der FDP, der CDU und Michele Marsching [PIRATEN])

Das Schlimme ist – darauf werde ich noch mehrmals zurückkommen –, Sie haben noch nicht einmal den

Ehrgeiz, an diesem Zustand etwas zu verändern. In Ihrem Sat.1-Sommerinterview haben Sie mit Blick auf den Bundesländervergleich gesagt:

„Ich glaube, man kann nicht überall vorne sein.“

Das ist wirklich die Untertreibung des Jahrhunderts, denn außer bei Schuldenstaus und Straftaten ist Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich nirgendwo vorn.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist Ausdruck eines resignativen Politikstils, den Sie kultivieren, und zwar im Übrigen nicht nur mit Blick auf die Landespolitik, sondern auch darüber hinaus. Weil Norbert Römer mit diesem Thema geschlossen hat, muss ich es aufgreifen. Frau Kraft, ich erinnere Ihren Stoßseufzer darüber, dass die Grenzen endlich geschlossen sind. Ich interpretiere das so, dass Sie die Politik der grenzenlosen Aufnahmebereitschaft der Bundeskanzlerin ähnlich kritisch wie wir interpretiert bzw. vertreten und begleitet haben. Endlich sind die Grenzen geschlossen.

Sie haben recht: Grenzenlose Aufnahmebereitschaft hat zu einem Verlust von Kontrolle und Ordnung geführt. Was folgt daraus aber für Sie? Gestern hatten wir hier eine Debatte über einen Integrationsplan. Da waren wir nicht dabei, weil er uns zu wenig verbindlich, zu wenig klar ist.

(Zuruf)

– Ja, was rufen Sie ... Nein, so ein Quatsch. Entgegen anderslautender Gerüchte gibt es in der FDP keinen Linksruck,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zurufe von der SPD – Zuruf von den PIRATEN: Da bin ich aber froh!)

wie ich heute in der Zeitung lese, aber eben auch keinen Rechtsruck. Wir sind eine Partei der Mitte.

(Beifall von der FDP)

Wie Sie heute haben lesen können, sind wir eine Partei der Mitte, und wir stehen zu der humanitären Verantwortung unseres Landes. Wir beteiligen uns auch nicht an einem Wettbewerb, wer aus der Angst vor Fremdheit politisches Kapital schlägt.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Das werden Sie tun!)

Humanitäre Verantwortung heißt für uns aber nicht Regellosigkeit und bedeutet nicht den Verzicht auf die Interessen dieser Gesellschaft, das ist der Unterschied.

(Beifall von der FDP)

Jetzt will ich Ihnen einen konkreten Vorschlag machen. Gestern waren wir nicht an Ihrer Seite, und zwar nicht aus wahltaktischen Gründen,

(Ibrahim Yetim [SPD]: Alles klar!)

sondern weil dieses Konzept nicht in der Weise Integrationspolitik formuliert, wie wir das für erforderlich halten: verbindlich finanziert im Land und mit verbindlichen Anforderungen an die Menschen, die zu uns kommen. Denn Integration ist nicht zuerst die Bringschuld der aufnehmenden Gesellschaft, sondern unsere legitime Erwartung an jene, die zu uns kommen.

(Beifall von der FDP)

Frau Kraft, ich mache Ihnen ein Angebot: Wenn Sie die Politik der Bundesregierung auch kritisiert haben – siehe Ihr Stoßseufzer –, warum geht von Nordrhein-Westfalen dann nicht ein Signal an den Bund, endlich ein Einwanderungsgesetz zu entwerfen? Die Große Koalition scheitert daran, weil es innerhalb der Unionsparteien kein Einvernehmen gibt.

Wenn ich die Lage im Landtag Nordrhein-Westfalen richtig einschätze: Da gibt es die Fraktion der SPD – Ihre Fraktion –, die offen ist für ein Einwanderungsgesetz. Es gibt die Fraktion der CDU unter der Führung von Armin Laschet, der – anders als seine Bundespartei – seit vielen Jahren offen ist für ein Einwanderungsgesetz. Es gibt die Fraktion der Grünen, die offen ist für ein Einwanderungsgesetz. Die FDP hat über ihre damalige Regierungsbeteiligung in Rheinland-Pfalz bereits 1997 erstmals den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes in den Bundesrat gebracht.

Ich frage Sie, Frau Kraft: Warum ergreifen Sie nicht hier im Landtag eine interfraktionelle Initiative, ein Einwanderungssteuerungsgesetz für Deutschland vorzulegen? Warum überlassen Sie solche Initiativen einer ganz anderen Richtung, nämlich nur der CSU in Bayern? Nutzen Sie doch die Chance, Nordrhein-Westfalen als weltoffene Alternative zur CSU zu positionieren! Warum kommt da nichts?

(Beifall von der FDP und Peter Biesenbach [CDU])

Ich habe den Eindruck, dass der Titels eines Portraits, das im Sommer über Sie erschienen ist, zutreffend ist. Da stand: „Sie will: nichts“. Ihr Stoßseufzer, dem nichts folgt, ist das Zeichen eines resignativen, ambitionslosen Regierungsstils, Frau Kraft, und dafür haben wir nicht länger Zeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für uns ist der runde Geburtstag dieses Landes nicht nur ein Anlass zur Rückschau, sondern insbesondere ein Anlass, den Blick nach vorne zu richten. Wo soll Nordrhein-Westfalen bei seinem 80. Landesjubiläum im Jahr 2026 stehen? Sollten wir nicht das Ziel haben, dann wirklich etwas zum Feiern zu haben?

Unsere Vision ist klar: Wir wollen ein freieres, ein stärkeres und ein sicheres Nordrhein-Westfalen. Daran muss sich die Politik heute auch messen lassen – mit den notwendigen Richtungsentscheidungen.

Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftlich starkes Land, aber nach sechs Jahren rot-grüner Regierungsverantwortung wachsen wir nicht mehr. Da sagt der Wirtschaftsminister Duin heute in einem Interview mit der „Rheinischen Post“: Nordrhein-Westfalen hat zu lange auf die falschen Industrien gesetzt. – Das sagt der Wirtschaftsminister einer Partei, die über Jahrzehnte für den subventionierten Steinkohlebergbau gestanden hat und mit dieser Frage des Strukturwandels heute noch hadert.

(Beifall von der FDP)

Wie war das bei der Feier „70 Jahre NRW“, die Sie hier ausgerichtet haben, als die ganzen Filme über die Geschichte des Landes, über die unterschiedlichen Regierungen kamen? Die Regierung Rüttgers tauchte nur in Molltönen auf, als scheinbare Regierung des Sozialabbaus, weil der subventionierte Steinkohlebergbau damals beendet worden ist.

Jetzt beklagen Sie, Nordrhein-Westfalen habe zu lange auf die falschen Industrien gesetzt hat. Sie hängen immer noch einer Lebenslüge an, und zwar dass Sie den Strukturwandel gestaltet hätten. In Wahrheit haben Sie ihn über Jahrzehnte behindert, verschleppt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

In dem gleichen Interview, das meine Morgenlektüre bereichert hat, kündigt Herr Duin allen Ernstes an, in 14 Tagen eine Analyse zur Wachstumsschwäche Nordrhein-Westfalens vorlegen zu wollen, und danach wolle man über ein Leitbild für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen debattieren.

Frau Ministerpräsidentin, Herr Duin ist jetzt über vier Jahre im Amt, Sie über sechs Jahre. Wenn Sie jetzt noch keine Analyse des Wirtschaftsstandortes und keine Zukunftsvision haben, was haben Sie die vergangenen Jahre gemacht? – Verlorene Zeit!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin gespannt, ob das eine Analyse sein wird, die auch den Mut zur Selbstkritik hat, eine Selbstkritik, die wir aus Ihrer Regierung ja durchaus kennen. Es ist ja nicht so, dass alle nur die tatsächlichen Verhältnisse übersehen wollen und rhetorisch zu übertünchen versuchen,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist Ihre Stärke!)

sondern es gibt auch Vertreter klarer Aussprache, zum Beispiel der Kollege Groschek, der bemerkenswerte Aussagen macht. Er hat zum Beispiel gesagt, in Nordrhein-Westfalen mache man sich mehr Sorgen darüber, wie der wieder aufgetauchte Fuchs durchs Land kommt als über den Fluss des Güterverkehrs.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Wolf!)

Das ist doch eine symbolhaft richtige Aussage.

Denn tatsächlich: Die Verkehrssituation in Nordrhein-Westfalen hat unmittelbare Auswirkungen auch auf die wirtschaftliche Situation. Ein Handwerksbetrieb verschwendet jede Woche etwa acht Stunden in Staus. Bei Betrieben des gewerblichen Bedarfs sind es sogar 13,7 Stunden. Das ist bemerkenswert, Herr Groschek, wie Sie das aussprechen.

Herr Römer hat hier eben die Bundesregierung für zusätzliche Investitionen in den Bundesverkehrswegeplan gelobt. Bemerkenswerterweise haben Sie sich an die Bundestagsabgeordneten der CDU gewandt. Warum haben Sie nicht über Ihren grünen Koalitionspartner gesprochen? Denn während sich Verkehrsminister Groschek über das größte Verkehrsinfrastrukturprogramm freut, das Nordrhein-Westfalen jemals erlebt habe, halten die Grünen dagegen und haben gesagt – ich zitiere –, dieser Bundesverkehrswegeplan sei nicht zukunftsfähig, und kündigen an – Herr Klocke –:

Der Bundesverkehrswegeplan gehört mit grüner Regierungsbeteiligung im Bund ab 2017 überarbeitet und verändert.

(Beifall von den GRÜNEN)

– Sie klatschen auch dazu!

Herr Duin hat sich der bemerkenswerten Rhetorik von Herrn Groschek angeschlossen, als er sagte: Genehmigungsverfahren müssen „entgrünt“, entschlackt und verkürzt werden. Wenn Sie wirklich etwas ändern wollen, dann müssen Sie die Regierung „entgrünen“, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was die Verkehrsinfrastruktur angeht, bitte ich um Aufklärung, was die konkreten Zahlen angeht. Wir haben in einer Pressemitteilung gelesen, dass Sie 178 Millionen € für Landesstraßen aufwenden wollen. Das steht in der Pressemitteilung. Wir finden im gedruckten Haushalt 117,5 Millionen €. Vielleicht können Sie diese Zahlendifferenz hier aufklären. Dafür kritisiere ich Sie nicht.

Wofür ich Sie aber kritisiere, ist, dass nach Ihrer eigenen Bedarfserhebung 195 Millionen € notwendig wären, um das Straßennetz überhaupt nur auf den Stand von 2011 zu halten. Das heißt: Sie investieren weniger. Sie stellen weniger Mittel bereit als, wie Sie selbst wissen, notwendig sind. Das ist nichts anderes als fahrlässig.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn das Land Zukunft haben will, wird insbesondere Digitalisierung erforderlich sein. Herr Römer hat es angesprochen. Das ist der größte Treiber für individuelle Produktivität. Übrigens ist Digitalisierung auch ein anderes Wort für soziale Teilhabe.

Insbesondere im ländlichen Raum werden wir die Möglichkeiten der Digitalisierung brauchen, um Menschen weiterhin an unserer öffentlichen Diskussion, an Kultur teilhaben zu lassen. Jeder Handwerksbetrieb, jeder Freiberufler, auch industrielle Betriebe werden Breitbandinfrastruktur brauchen.

Die Nordrhein-Westfälische Landesregierung ist beim Breitbandausbau aber ausgesprochen wenig ambitioniert. Das zeigen die veröffentlichten Details zur zweiten Förderrunde. Armin Laschet hat bereits darauf hingewiesen, dass die Landesregierung keine nennenswerten eigenen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Und – Armin Laschet hat es gesagt –: Die Fördermittel des Bundes fließen weitgehend an Nordrhein-Westfalen vorbei.

Das ist nichts, was dem Land passiert, was über Sie kommt. Das wäre schon Grund genug für Kritik, sondern es ist sogar intendiert, wie der grüne Staatssekretär Becker neulich gesagt hat. Er hat nämlich bei WDR-online dargelegt – ich zitiere ihn –:

Das haben wir ganz bewusst gemacht, damit wir nicht hinter oder über dem Bund liegen, sondern damit wir die genau gleichen Zielwerte wie der Bund haben.

Besser kann man die Ambitionslosigkeit in einem Land ohne Wachstum nicht ausdrücken, wie Herr Becker das gesagt hat. Besser kann man es nicht sagen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn Nordrhein-Westfalen eine Chance haben will, aus der Digitalisierung als eines der Gewinnerländer hervorzugehen, darf man eben nicht nur so schnell sein wie die anderen, dann muss man den Ehrgeiz haben, schneller und besser als andere zu sein, weil Arbeitsplätze und Investitionen sonst auch dahin gehen, wo andere besser sind als Sie.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Sie haben das gar nicht verstanden!)

Die digitale Verwaltung in Nordrhein-Westfalen – auch das ist bemerkenswert – kommt ebenfalls nicht voran. Da gibt es zum Beispiel einen Leitmarkt-Wettbewerb „HydrogenHyWay. NRW“. In den Ausschreibungsbestimmungen heißt es – ich zitiere –:

„In der ersten Stufe der Ausschreibung sind zunächst Projektskizzen in zweifacher Ausfertigung“ ...

– also auf Papier –

„...sowie auf einer Datenträger-CD in deutscher Sprache einzureichen.“

In einer Zeit, in der die allermeisten Notebooks überhaupt gar kein CD-Laufwerk mehr haben, wollen Sie noch CD-Roms eingeschendet bekommen!

Die Digitalisierung der Verwaltung, Frau Kraft, soll in den Landesbehörden erst im Jahr 2031 abgeschlossen sein, also in 15 Jahren. Zur Erinnerung: Vor 15 Jahren gab es noch nicht einmal Facebook und Twitter, kein Instagram, kein iPhone. Da sieht man, wie schnell die Innovationszyklen sind. Wenn Ihr Ehrgeiz ist, 2031 die digitale Verwaltung abgeschlossen zu haben, dann sind andere längst an uns vorbeigezogen. Frau Kraft, selbst das Land Berlin will schneller sein.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Was ist aus Ihrer Regierungserklärung geworden, Nordrhein-Westfalen zum Digitalland zu machen? Alles leider bedauerlicherweise Luftblasen.

Herr Römer, Sie haben hier über Sicherheit gesprochen, ein wichtiges Thema. Sie haben einmal mehr verbreitet – mich ermüdet das eigentlich, es regelmäßig in den Debatten zu sagen, aber es ist scheinbar erforderlich –, dass die damalige schwarz-gelbe Landesregierung bei der Polizei Stellen eingespart hätte. Das ist nachprüfbar falsch.

(Zuruf von der SPD: Das ist nachprüfbar richtig!)

Herr Kollege Römer, Fritz Behrens war der Innenminister, in dessen Amtszeit es die geringsten Einstellungszahlen bei der Polizei gab, und sein Nachfolger, Ingo Wolf, hat diese Zahlen verdoppelt.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU – Thomas Nüchel [FDP]: So ist es!)

– Natürlich. Und es geht noch weiter: Wir haben die Stellensituation auch dadurch verbessert, dass es älteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ermöglicht worden ist, länger, auch über die Altersgrenze hinweg, auf Wunsch im Dienst zu bleiben. Das haben Sie zurückgenommen und haben jeden Vorschlag, den wir als Opposition unterbreitet haben, um dieses Instrument wieder aufzunehmen, barsch zurückgewiesen, bis Sie, Frau Kraft, nach der Silvesternacht das 15-Punkte-Programm vorstellten und damit genau das getan haben, was wir schon zehn Jahre zuvor eingeleitet hatten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der FDP: Sehr richtig! Sehr richtig!)

Genau das ist passiert. Daraus haben Sie immer noch nicht die richtigen Konsequenzen gezogen.

Was ist eigentlich aus diesem 15-Punkte-Programm geworden, Frau Kraft?

(Josef Hovenjürgen und Armin Laschet [CDU]: Ja! Nichts!)

Was ist da eigentlich bisher konkret passiert? Wie viele Neueinstellungen gibt es denn von den vielen

Stellen, die Sie versprochen haben? Sagen Sie es doch einmal konkret: Wie viele sind es? Stimmen die Zahlen, die mir vorliegen: 24 Stellen an Verwaltungsassistenten und erst 87 Stellen durch Hinausschieben des Ruhestandes? Stimmen die Zahlen, oder stimmen sie nicht?

Wenn die Zahlen stimmen, dann müssen Sie sich ernsthaft die Frage stellen lassen, ob der öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen möglicherweise unattraktiv geworden ist. Möglicherweise wollen die Leute gar nicht mehr in den öffentlichen Dienst.

(Dietmar Brockes [FDP]: Warum denn?)

Möglicherweise erkennen sowohl die aktuell Beschäftigten als auch potenzielle Bewerber, was Sie in Wahrheit vom öffentlichen Dienst halten und wie Sie ihn hier führen. Ich denke dabei an die Besoldungserhöhung, und ich denke an die Frauenförderung im Rahmen der Dienstrechtmodernisierung hier in Nordrhein-Westfalen, die nicht unbedingt einen Anreiz für leistungsorientierte Bewerberinnen und Bewerber bieten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Was die Landesregierung selbst von diesem Gesetz hält, haben ja der Finanz- und der Innenminister dokumentiert. Da wird hier im Landtag ein Gesetz beschlossen, das zulässt, dass auch schlechter qualifizierte Frauen Männern vorgezogen werden. Und was passiert?

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Der Finanz- und der Innenminister machen breitflächig Hunderte Beförderungen möglich, kurz bevor dieses Gesetz in Kraft tritt. Das ist ein Akt politischer Schizophrenie, ein Gesetz zu beschließen, das man selber umgehen will.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben Sie gewarnt. Die Richter des Verwaltungsgerichts in Düsseldorf haben Ihnen bereits eine Klatsche verpasst, gegen die Sie Rechtsmittel einlegen. Wir werden ja sehen, wie das weitergeht.

Ich sage Ihnen, Frau Ministerpräsidentin: Das Beamtenstatusgesetz sieht vor, dass die Einstellung und auch die Beförderung nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf das Geschlecht vorzunehmen sind. Gegen diesen Grundsatz verstoßen Sie mit Ihrem Gesetz.

Wir halten das für den nächsten Verfassungsbruch Ihrer Regierung,

(Beifall von der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

und deshalb ist die FDP-Landtagsfraktion bereit, gegen dieses Gesetz zu klagen. Denn man darf es nicht

den Beamtinnen und Beamten überlassen, sich jeweils einzeln dagegen wehren zu müssen. Wir warten nur noch auf die Bereitschaft der CDU-Fraktion, und dann wird die Klageschrift eingereicht.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich muss noch einmal auf die Feier zum 70. Landesjubiläum zu sprechen kommen, in deren Rahmen Prinz William, der Herzog von Cambridge, gesprochen hat. Er hat elegant und diplomatisch gesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie die Passage zur Bildungspolitik genauso in Erinnerung haben wie ich. Er sprach nämlich über die Special Relationship zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien und führte in dem Zusammenhang aus, die besondere Freundschaft und Beziehung zwischen Großbritannien und Nordrhein-Westfalen zeigten sich auch darin, dass jedes Jahr Zehntausende der talentiertesten jungen Menschen aus Nordrhein-Westfalen an britische Schulen und Hochschulen kämen. – Zitat Ende.

Eleganter kann man nicht sagen, dass unser Bildungssystem nur mittelmäßig ist.

(Beifall von der FDP – Ibrahim Yetim [SPD]: Das ist doch absurd! Schlimmer als Papke! – Stefan Zimkeit [SPD]: Rationalismus pur!)

Eleganter kann man das nicht sagen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist die rechte FDP! – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Hallo! Kolleginnen und Kollegen, ich war doch jetzt sogar noch freundlich. Ich habe „mittelmäßig“ gesagt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die Wahrheit ist: Wir stehen auf Platz 14 von 16.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das heißt Abstiegsplatz in der Bildung. Das ist eigentlich die wahre Bilanz.

(Beifall von der FDP)

Könnt ihr die Wahrheit nicht mehr ertragen!

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ja, Sie! – Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Es hieß doch einmal in der Sozialdemokratie, dass die Veränderung der Wirklichkeit damit beginnt, auszusprechen, was die Wirklichkeit ist.

(Beifall von der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Die FDP auf dem Weg nach rechts! Unfassbar!)

Ich mache die schlechte Lage auch niemandem zum Vorwurf. Vielmehr mache ich einer Regierung zum Vorwurf, dass sie sich mit dieser Lage abfindet und

keine Ambitionen hat, sie zu ändern. Das müsste doch aber unser Ziel sein.

(Beifall von der FDP)

Aber tatsächlich droht in der Bildungspolitik Schiffbruch, und dann gehen Eltern, Lehrer und Schüler baden. Das erste Leck ist die Situation an den Gymnasien. Da ist die Unzufriedenheit unübersehbar.

Wenn die Präsidentin des Landtags davon spricht, wir versündigten uns an den Kindern, dann sind doch auch Sie mit der Situation an den Gymnasien offensichtlich nicht zufrieden. Die Ministerpräsidentin hat sich dazu geäußert; auf die Schulministerin und die designierte Spitzenkandidatin der Grünen komme ich gleich noch zu sprechen.

Dann wird das Märchen erzählt, ja, G8 sei von der Vorgängerregierung eingeführt worden, und schuld sei wie immer Jürgen Rüttgers. Die Vorgängerregierung habe das eingeführt.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Zurufe von den GRÜNEN)

Zur Erinnerung: Die ganze Kiste ist jetzt schon über ein Jahrzehnt her.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein, nein, nein, nein!)

Die Wahrheit ist aber doch: Auch hier sind Sie seit über sechs Jahren im Amt.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Die Wahrheit muss man aussprechen! Das haben Sie gesagt!)

Wir haben den verkürzten Bildungsgang am Gymnasium, und das Gymnasium selbst ändert sich auch, weil es höhere Übergangsquoten hat. Es befindet sich in einem enormen Wandlungsprozess. Und was machen Sie dann? Sie, Frau Löhrmann, haben bei dem doppelten Abiturjahrgang 2.000 Lehrerstellen an den Gymnasien gestrichen, die jetzt für die individuelle Förderung fehlen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Falsch!)

Die Kritik an G8 ist deshalb auch eine Kritik an der Gymnasialpolitik, die Sie hier machen. Das hat mit G8 nur am Rande zu tun.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte auch daran erinnern, wie Sie sich dann geäußert haben, als wir vorgeschlagen haben,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

am Gymnasium die autonomen Handlungsspielräume der einzelnen Schulen zu erhöhen. Sie selbst haben es vor 2012 den Schulen eröffnet, auf Wunsch zu G9 zurückzukehren; der Freistaat Bayern macht das. Als wir diesen Vorschlag aufgenommen und zur Debatte gestellt haben, haben Sie von der großen Beliebigkeit, von der Rolle rückwärts gesprochen und

noch andere Argumente gebracht. Sie sagten, auf die runden Tische müsse man Rücksicht nehmen; denn da würde entschieden. Und dann lesen wir jetzt in den Zeitungen: Nicht die Schulministerin, aber die designierte Spitzenkandidatin der Grünen schert sich einen feuchten Kehricht um die runden Tische.

(Armin Laschet [CDU]: Unglaublich!)

Sie schert sich einen feuchten Kehricht um alles, was sie vorher gesagt hat. Sie will jetzt die komplette Individualisierung der Bildungslaufbahnen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Zu Recht, sagen alle Praktiker. Sie öffnen der Beliebigkeit Tür und Tor, und am Ende gibt es wieder nur die Einheitsschule.

(Beifall von der FDP und der CDU – Minister Johannes Remmel: Das sagt ausgerechnet die FDP!)

Das sagen die Verbände, beispielsweise der Philologenverband und der VBE. Alle werfen Ihnen das vor.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Mehr kennt er nicht!)

Damit wir uns nicht missverstehen, Kolleginnen und Kollegen: Wir halten auch Änderungen beim Gymnasium für erforderlich. Das Gymnasium darf nicht länger die ungeliebte Schulform von Frau Löhrmann sein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh!)

Das Gymnasium braucht faire Rahmenbedingungen.

Wir haben einen Stärkungspakt für die Gymnasien vorgeschlagen, unter anderem mit einer Stellenstärkung um mindestens 500 Lehrerinnen und Lehrer für die individuelle Förderung. Aber die Situation an den Gymnasien ist regional unterschiedlich. Es macht einen Unterschied, ob man seine Kinder hier in Düsseldorf auf ein Gymnasium schickt, wo der Fußweg morgens und abends nur 15 Minuten beträgt, oder ob die eigenen Kinder ein Gymnasium im Hochsauerlandkreis besuchen, wo sie morgens und abends jeweils eine Stunde Schulweg zu bewältigen haben.

Deshalb macht es Sinn, den Schulen regional Wahlfreiheit zu geben, für welches Modell sie sich entscheiden wollen. Aber wir wollen, dass die Schulen die Möglichkeit haben, sich für G9 zu entscheiden. Aber wir wollen nicht, dass sie sich für G9 entscheiden müssen, weil G8 so schlecht gemanagt ist. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich komme zu einem zweiten Leck im Bildungssystem, das möglicherweise zu einer dauerhaften

Schiefelage führen könnte. Frau Löhrmann, Sie rühmen sich überall für Tausende zusätzliche Stellen für Flüchtlingskinder, die Sie geschaffen haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Für alle Kinder!)

Aber ausweislich des Stellenplans sollen nach der Landtagswahl genau diese Stellen wieder gestrichen werden; sie sind nämlich mit kw-Vermerken versehen.

(Karin Schmitt-Promny [GRÜNE]: Quatsch!)

Im Sommer 2018 sind das 3.299 Stellen, 2019 dann 2.704 Stellen, 2020 noch mal 880 Stellen. Insgesamt sind es also über 6.000 Stellen, die nach der Landtagswahl ausweislich Ihres Haushalts wegfallen sollen, weil sie kw gestellt sind. Das ist eine Nach-und-die-Sintflut-Politik, die Sie hier betreiben.

(Beifall von der FDP)

Es ist völlig unrealistisch, dass diese 6.000 Stellen nicht mehr benötigt sein werden.

Sie haben schon jetzt – wir haben das in der Vergangenheit kritisiert – im Haushalt 2017 damit begonnen, Hunderte dieser kw-Stellen nach hinten zu schieben. Aha! Also, was gilt jetzt? Gilt der kw-Vermerk, so wie er hier im Haushaltsplan steht, obwohl Sie mit diesem Haushalt begonnen haben, sie zurückzunehmen? Oder gilt, dass Sie doch 6.000 Stellen wegfallen lassen wollen? Sie müssen sich für eines entscheiden. Denn entweder haben wir ein Riesenloch bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen in den Schulen, oder Sie spielen mit gezinkten Karten und schönen Ihre Finanzplanung mit 300 Schummel-Millionen im Jahr. Nur eines von beiden kann stimmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Finanzminister, Sie sind zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verpflichtet.

(Peter Preuß [CDU]: Na ja!)

Also, sagen Sie, was Sie hier planen. Sind das kw-Vermerke, oder sind es keine kw-Vermerke? Das wollen wir von Ihnen wissen. So wie 2017 – „das, was gerade noch geht, machen wir, aber in der mittelfristigen Planung lassen wir sie wider besseres Wissen drin“ – kann es nicht funktionieren.

Das dritte Leck, über das ich bei der Bildungspolitik sprechen will, ist die Inklusion. Das ist ein Projekt, Frau Löhrmann, das Sie in besonderer Weise vorangetrieben haben. Nichts funktioniert in der Praxis. Insbesondere an den Grundschulen funktioniert nichts.

Ich habe eine ganze Mappe mit nach vorne genommen, die all die Zuschriften enthält, die man von den unterschiedlichen Schulen bekommt. Selbst aus dem offenen Brief der Gesamtschule Marienheide,

den Sie alle bekommen haben, könnte ich hier zitieren.

Nichts funktioniert bei der Inklusion, weil Sie die Kommunen alleinlassen und weil Sie die Schulen und damit die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer alleinlassen, ohne klare Qualitätsanforderungen zu beschreiben.

Und statt Ihre Politik zu korrigieren, statt dafür zu sorgen, dass wir auch flächendeckend weiter eine Landschaft von Förderschulen erhalten, jener von ganz Europa beneideten pädagogischen Ressource,

(Beifall von der FDP)

führen Sie mit Beginn dieses Schuljahres den Rechtsanspruch auf Inklusion auch noch an den Berufsschulen ein. Sie haben aus einer guten Idee eine Ideologie gemacht, Frau Löhrmann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben aus einer guten Idee eine Ideologie gemacht, und die vielfältigen Selbsteinschätzungen und zu Ihrer Bildungspolitik, Frau Löhrmann, sind nur noch Autosuggestion. Aus diesem Grund können und dürfen Sie ab dem Mai des nächsten Jahres keine Verantwortung mehr für die Schulpolitik in diesem Land tragen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Löhrmann, das sage ich Ihnen ganz offen, auch in aller Kollegialität: Ich habe nichts gegen Sie persönlich, aber eines der Wahlziele der FDP wird es sein, dass den Grünen die Verantwortung für die Bildungspolitik, für das wichtigste Feld der Landespolitik, nach der nächsten Landtagswahl entzogen wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da wird der Armin Laschet mehr Phantasie brauchen, um einen Schulminister vorzuschlagen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das stimmt!)

Herr Finanzminister, Sie haben hier heute auch über Entlastungen gesprochen. Darauf will ich zuerst eingehen, bevor ich noch über den Haushalt spreche. Sie haben gesagt: Das, was Wolfgang Schäuble plane, seien ja alles Luftbuchungen, das ginge gar nicht, der Staat habe ja notwendige Aufgaben und Ausgaben zu leisten. Sie fragten, wie denn die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte sicherzustellen sei.

Jetzt wollen wir mal hier festhalten, dass ausweislich der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung des Bundes für den Gesamtstaat bis zum Ende des Jahrzehnts die öffentliche Haushalte 100 Milliarden € zusätzliche Einnahmen haben werden im Vergleich zum vergangenen Jahr. 100 Milliarden € mehr als jetzt! Ein Großteil dieser Summe kommt zustande, weil die Tarifabschlüsse, die Gewerkschaften und Ar-

beitgeber erzielen, zu einer Steigerung der Progression, also zu einer Belastung in der Mitte der Gesellschaft bei den Facharbeiterinnen und Facharbeitern führen.

Ein Großteil kommt zustande, weil sie geringe Zinsen zahlen, aber auf der anderen Seite die Menschen, die für das Alter vorsorgen wollen, dadurch belastet werden, dass es überhaupt keinen Zins mehr gibt. Es ist nicht nur eine Ausnahmesituation wegen der Konjunktur und der Weltlage, Herr Finanzminister, es ist auch eine Ausnahmesituation, weil dem Staat Einnahmen zufließen, die ihm legitimer Weise nicht zugestanden werden können.

Deshalb muss das, weil das eine Frage der Gerechtigkeit ist, wieder verändert werden. Wir brauchen eine faire Balance zwischen privaten und öffentlichen Haushalten.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Das verstehen Sie nicht? Herr Finanzminister, Sie schütteln mit dem Kopf. – Sie zahlen wegen der Eurokrise und nicht wegen Ihrer Solidität so geringe Zinsen.

(Beifall von der CDU)

Und die Menschen bekommen so geringe Zinsen aus dem gleichen Grund. Deshalb ist es ein Gebot der Fairness, dass mindestens der Finanzierungsvorteil des Staates an die Menschen zurückgegeben wird.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Doch, Frau Kraft, da rege ich mich auf. Ich rege mich auf, weil mich das noch betrifft, wenn Menschen aus der Mitte der Gesellschaft sagen, dass sie keine Chance mehr haben, zum Beispiel Eigentum für die Familie zu erwerben, weil die Grundsteuer steigt, der Solidaritätszuschlag steigt, erhöhte Grunderwerbsteuer zu zahlen ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mich regt das auf!

Das war doch einmal ein Anliegen der Sozialdemokratie, das war doch ein Anliegen der Arbeiterbewegung, jenseits des Staates zu ermöglichen, dass man am Ende des Lebens den Kindern eine gute Ausbildung mit auf den Weg gegeben hat und dass man das selbstgenutzte, abbezahlte Wohneigentum hat. Das machen Sie den Menschen hier immer schwerer.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Und dann lachen Sie darüber, wenn andere sich darüber aufregen! Sie lachen noch darüber!

Herr Finanzminister, noch zwei Dinge dazu: Sie haben hier eben gesagt: Wegen der kleinen und mittleren Einkommen könnte man ja reden, aber darüber hinausgehende Entlastungen seien völlig indiskutabel, das ginge nicht. – Das ist doch wieder einmal bezeichnend. Sie nehmen die kleinen und mittleren Einkommen in Geißelhaft und gönnen ihnen keine Entlastung, weil sie auf der anderen Seite ausschließen wollen, dass auch der Ingenieur einen Euro mehr in der Kasse hat. Und das ist nicht sozial gerecht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist alles andere als sozial gerecht.

Über Apple, Google, Amazon, Starbucks und IKEA, Kolleginnen und Kollegen, können wir aber gerne sprechen, Herr Finanzminister. Da haben Sie uns an Ihrer Seite, wenn es darum geht, in dieser Weise Steuergerechtigkeit durchzusetzen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Das kann für Sie keine Überraschung sein, weil der Vorsitzende des entsprechenden Ausschusses des Europäischen Parlaments, das LuxLeaks aufklärt, ein Parteifreund von uns ist. Die EU-Kommissarin, die zum ersten Mal gegen Apple vorgegangen ist, war keine Sozialdemokratin und auch keine Konservative, sondern das ist unsere liberale Parteifreundin. Wir sind für Steuergerechtigkeit.

(Beifall von der FDP)

Aber dann bitte schön nicht nur CDs ankaufen, sondern auch durch kluge Vorschläge, wie man den Steuerwettbewerb fair gestalten kann, in Erscheinung treten. Nicht nur auf dem Parteitag, sondern bitte auch im Gesetzblatt wollen wir Ihre entsprechenden Initiativen sehen.

(Beifall von der FDP)

Herr Finanzminister, 2019 wollten Sie die Null-Verschuldung erreichen. Jetzt ist es das Jahr 2020 geworden. Sie schieben die Null-Verschuldung wie eine Bugwelle vor sich her. Als wäre das nicht schlimm genug, ist auch in diesem Jahr die Nettokreditaufnahmen geschönt. Sie wäre um 585 Millionen € höher, wenn Sie nicht den BLB melken würden.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Und weil das im vergangenen Jahr so gut geklappt hat, denn es waren ja schon 400 Millionen € im Haushalt enthalten, kommen jetzt 185 Millionen € noch hinzu, in Summe also 585 Millionen € für 2016.

Das Programm über die Schulgebäude machen Sie auch nicht über den Landeshaushalt, sondern über die NRW.BANK. Das sind auch Schulden, auch im Nebenhaushalt. Beim Sondervermögen für die Pensionslasten greifen Sie auch zu.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! Was ist das denn für ein Unsinn?)

Das macht Bayern auch, aber Bayern macht keine Schulden, Bayern tilgt Schulden. Wenn die keine Zuführung zum Pensionsfonds machen, ist das betriebswirtschaftlich ganz anders zu werten als im Schuldenland Nordrhein-Westfalen.

(Michael Hübner [SPD]: Betriebswirtschaftlicher Unsinn!)

Das sind lauter Buchungstricks. Inzwischen hat man ja auch eine Ahnung, woher das kommt. – Neulich war ja eine Gruppe griechischer Steuerbeamter hier in Düsseldorf zu Gast, um sich schulen zu lassen. Es sieht so aus, Herr Finanzminister, als hätten Sie auch Nachhilfe in Sachen Bilanzkosmetik bei denen genommen.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP)

Ein Geben und Nehmen zwischen NRW und Griechenland!

Dieses Standard-Repertoire mit dem BLB – das müssen wir auch sagen – kostet den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bares Geld, weil der BLB einen viermal höheren Zinssatz hat als das Land Nordrhein-Westfalen – auch dort: nach uns die Sintflut Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Gestaltung ist hier nicht zu finden.

Und womit Sie sich beschäftigen, hat neulich der „Kölner Express“ noch einmal enthüllt. Dort ist gefragt worden, wie denn das protokollarische Ranking der NRW-Minister am Ende der Publikationen der Landesregierung zustande gekommen sei. Ist es die Etatgröße? Sind es die Mitarbeiter im Haus? Ist es die politische Bedeutung? Wie erklärt sich das? – Dann wurde dargelegt: Nein, die protokollarische Reihenfolge ist die persönliche Entscheidung, die die Ministerpräsidentin getroffen hat. Deshalb ist der Umweltminister vor dem Verkehrsminister.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Frau Ministerpräsidentin, statt Wettbewerb in den eigenen Reihen um protokollarischen Rang zu veranstalten, wie wäre es, Sie würden sich wieder der Aufgabe stellen, den Wettbewerb, in dem Nordrhein-Westfalen in Deutschland und in der Welt steht, wieder anzunehmen und unsere Lage da zu verbessern?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir möchten, dass 2026 beim nächsten großen Landesjubiläum wirklich etwas zu feiern ist, und zwar etwas aus der Gegenwart und nicht nur etwas aus der Vergangenheit. Nordrhein-Westfalen kann mehr, jedenfalls viel mehr als diese Landesregierung.

(Langanhaltender Beifall von der FDP und der CDU – Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lindner. – Nun spricht für die grüne Fraktion der Fraktionsvorsitzende Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den 70. Jahrestag der Gründung dieses Landes ist jetzt schon mehrfach hingewiesen worden, und dieser Jahrestag hat uns auch mit einem wahren Schatz an Zitaten versorgt. Ich zitiere gern noch einmal, weil es mir sehr gut gefallen hat.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes, kräftiges Bundesland. Dem Land ist es gelungen, aus dem, was früher einmal das „Grubengold“ war, eine wissensbasierte Landschaft aufzubauen. Nordrhein-Westfalen ist eine große Einheit mit Vielfalt, gewohnt, Menschen, die in das Land kommen, zu integrieren. Auch da hat es Großartiges geleistet. Weil es Zuwanderung als Bereicherung empfindet, ist es ein Beispiel für viele andere Regionen in der Bundesrepublik.

Ja, das hat sie sehr gut gesagt, die Kanzlerin. Aber trotzdem reicht es nur für Platz zwei bei der ultimativen Lobhudelei für Nordrhein-Westfalen. Denn es gibt einen, der kann das noch besser. Ich zitiere vom Fraktionsfest der CDU-Landtagsfraktion aus der letzten Woche.

„Wenn der Himmel einst eine Exkursion auf die Erde plant, werde ich mich als Fremdenführer anbieten und die Leute nach NRW führen.“

Ja, das ist doch mal eine Ansage, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil der Norbert Blüm das so schön gesagt hat und er seine NRW-Führung ja durch Kirchen und Kneipen machen will, darum laden wir Grüne den Norbert Blüm auf ein kühles „Stauder“ ein.

(Lachen von Britta Altenkamp [SPD] – Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann trinken wir auf ein paradiesisches NRW, lieber Norbert Blüm, und das nicht erst im Himmel, lieber schon auf Erden. Natürlich trinken wir auch auf Armin Laschet und die NRW-CDU, damit auch bei ihm von dem NRW-Lob mal etwas vorkommt und nicht nur dieser Sound von „Abbruchkante NRW“ oder „Only bad news are good news“.

Herr Laschet, Sie haben vorhin fast eine Dreiviertelstunde lang dieses Land schlechtgeredet.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Sie haben das Land sechs Jahre schlechtgeredet!)

Sie haben in dieser Dreiviertelstunde nicht einen einzigen Vorschlag zur Verbesserung oder auch nur zur Gestaltung auf den Tisch gelegt. Das ist die Bilanz von 45 Minuten Haushaltsrede.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ich möchte Ihnen gern am heutigen Tag ein Angebot machen. Herr Linder ist damit auch schon um die Ecke gekommen. Ich biete Ihnen eine Wette an. Ich wette, Herr Kollege Laschet, das Sie nicht das Kreuz haben werden, in das Landtagswahlprogramm der CDU die Wiedereinführung der Studiengebühren hineinzuschreiben.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist ganz tief unsere Position! – Marcel Hafke [FDP]: Das waren Studienbeiträge!)

– Ja, Sie müssen sich schon entscheiden. Sie können uns nicht 400 Millionen € vorhalten und dann nicht den Charakter haben, das ins Programm zu schreiben.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Stefan Zimkeit [SPD]: Du hast die Wette gewonnen!)

– Alles klar? Dieser Hang, nur über die Negativrankings zu reden und nicht über die guten Seiten, zum Beispiel über NRW als Zukunftsregion Nummer eins in Europa, das wäre einmal ein Beitrag gegen die Populisten, die das Land kaputtreden, wenn sie von NRW als Land des Zerfalls und der Verwesung sprechen. Sagen Sie doch einmal ganz offen, was Sie, Herr Laschet, an diesem Land lieben, was die guten Seiten dieses Landes sind. Lassen Sie das nicht den Norbert Blüm und die Kanzlerin tun.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Damit würden Sie ein gutes Zeichen gegen diesen Tenor der Populisten setzen für ein positives Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben allen Grund zu fragen, was statt der Botschaft des Zusammenhalts heute bei vielen Menschen ankommt. Was hat denn den demokratischen Diskurs so sehr in die Defensive getrieben, dass viele sich abwenden?

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Ihr!)

Da gibt es grundsätzliche Fragen, zum Beispiel die nach dem merkwürdigen Widerspruch in der Wahrnehmung. Wie kann es denn passieren, dass dort, wo es kaum Flüchtlinge gibt, wie zum Beispiel in Dresden oder in Mecklenburg-Vorpommern, der

Hass am stärksten ist und hier bei uns, wo ihr Anteil deutlich höher ist, der Hass zum Glück deutlich geringer ist? Da sind in Deutschland offensichtlich diffuse Ängste unterwegs, die sich ein Ventil suchen. Aber woher kommen diese Ängste, und was können wir tun, um sie abzubauen?

Wir haben gestern über den Integrationsplan geredet, der eine gute und notwendige Antwort ist. Wir gehen mit einem politischen Querschnittsansatz voran. Wir haben Dutzende Einzelmaßnahmen zu einem stimmigen Gesamtkonzept verwoben, und wir haben es auch ausfinanziert. Deswegen ist der Haushalt 2017 auch ein Meilenstein für die Integration.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Tosender Applaus! Das ist dasselbe in grün!)

Solche konkreten Antworten tun heute not, wenn wir Ängste abbauen wollen.

Aber wir müssen auch darüber reden, wie wir über die Flüchtlingspolitik sprechen. Denn auch hierin liegt ein Riesenproblem. Oder sollen wir so reden wie die Unionsbrüder und -schwestern in jenem südlichen Bundesland, in dem angeblich alles besser sein soll, so wie die CSU, die jede Woche und jeden Tag noch eine Schippe drauflegt, damit das Angstthema Flüchtlinge nur ja nicht aus den Medien kommt? Der Seehofer-CSU ist es doch schnurzegal, was mit dem Rest der Republik geschieht, und auf den Skalp der gemeinsamen Unionskanzlerin wird doch schon seit Wochen Jagd gemacht, weil sie in Bayern die AfD beerben wollen, weil sie glauben, die 10 % einsammeln zu können. Wenn sie sich da nicht mal verrechnen und dem Original erst recht noch in die Hände spielen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ich Mitglied der CDU wäre, würde ich über eine solche Schwesterpartei schier verzweifeln.

(Christian Lindner [FDP]: Reden Sie über NRW und nicht über Bayern! – Weitere Zurufe)

Eine Regionalpartei, der es gelingt, den Absturz der großen Volkspartei CDU in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern zu verursachen ...

(Christian Lindner [FDP]: Sagen Sie mal was zu Boris Palmer!)

– Hätten Sie ja machen können. – Die CDU muss an diesem Wochenende in Berlin darum kämpfen, irgendwie auf Platz drei zu kommen

(Christian Lindner [FDP]: Über die CSU reden und nicht über Boris Palmer sprechen? – Zuruf von Christian Möbius [CDU] – Weitere Zurufe)

und nicht auf Platz fünf hinter die Populisten. Das zeigt doch, Armin Laschet: Ihr Hauptgegner sitzt nicht in diesem Raum. Er steht auch nicht im eigenen, sondern in einem anderen, weit südlicheren Bundesland.

(Christian Lindner [FDP]: Von Ihnen auch!)

– Er heißt übrigens auch nicht Christian Linder von der FDP,

(Heiterkeit von den GRÜNEN – Christian Möbius [CDU]: Haushaltsdebatte! Zum Haushalt NRW!)

obwohl der beim NRW-Wahlkampf so viele Stimmen von der CDU ziehen möchte, wie es nur geht. Dafür macht er auch ein bisschen auf „CSU light“ – mit der Schmierenkommödie vom Integrationsplan gestern oder mit den Seehofer-Parolen vom Umsteuern und von Obergrenzen in der Flüchtlingspolitik.

(Christian Lindner [FDP]: Mir wird doch vorgeworfen, ich würde einen Linkskurs fahren!)

– Darauf komme ich jetzt zu sprechen. Herr Kollege Lindner, ich würde das nie tun,

(Heiterkeit von Christian Lindner [FDP])

aber offensichtlich gibt es in Ihrer Partei in Nordrhein-Westfalen gewichtige Kräfte, denen das noch nicht weit genug geht und die wirklich und nicht nur als Agenturabbild nach rechts wollen in dieser Republik. Ich bin froh, dass dieser Mann offensichtlich einem Abstieg in der Liste mit einem lauten Ausstieg zuvor gekommen ist.

(Marcel Hafke [FDP]: Sie können ja direkt hinterhergehen!)

„CSU light“ – das ist doch keine Politik für ein liberales Bürgertum in Nordrhein-Westfalen, sondern das ist Abschreckung für dieser Wählerschicht.

(Zuruf von der FDP: Machen wir doch gar nicht!)

Herr Lindner, wenn Sie sich damit mal nicht die Finger verbrennen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Marcel Hafke [FDP]: Haben wir von den Grünen gelernt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in NRW etwas klüger sein. Lassen Sie uns im Kampf gegen den Populismus zusammenstehen. Statt einem schlechten Wahlkampfmodus brauchen wir einen guten gemeinsamen Politikmodus für Demokratie und Integration sowie für eine humane Politik.

(Zurufe von der FDP)

Lassen Sie uns gemeinsam sagen: Ja, wir schaffen das! – Das wäre eine souveräne Ansage gerade vor

einer so wichtigen Landtagswahl wie im nächsten Jahr.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Haushaltsentwurf 2017 Mittel für unseren Integrationsplan und für weitere aktuelle Maßnahmen bereitgestellt. Allein die Kosten der Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge machen einen Umfang von 4 Milliarden € aus, wovon der Bund gerade einmal bereit ist, ein Viertel zu tragen.

Dennoch bleibt Nordrhein-Westfalen auf Konsolidierungskurs. Wir senken die Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € im Jahr 2010 auf jetzt nur noch 1,6 Milliarden €. Wir haben also gegenüber Schwarz-Gelb 5 Milliarden € oder 75 % der Neuverschuldung abgebaut.

Wenn Sie von der Opposition glauben, sich jetzt als Sparkommissar aufführen zu können, möchte ich Ihnen zwei nackte Zahlen Ihrer Abbaubilanz vor Augen halten. Sie sind 2005 mit einer Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € gestartet, um nach fünf Jahren – oh, welch Wunder – wieder bei genau diesen 6,6 Milliarden € zu landen.

(Zuruf von der CDU: Finanz- und Wirtschaftskrise!)

Da kann man die Zahlen drehen und wenden, wie man will: Ihr Schuldenabbau bleibt gleich null. Sie sind eine Null bei der Abbaubilanz.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden dagegen mit unserem Kurs auch die gesetzliche Schuldenbremse erreichen und 2020 anfangen, die Schulden planmäßig abzubauen. Das tun wir nicht nur, weil es im Grundgesetz steht, sondern weil wir den nachfolgenden Generationen eine bessere Welt hinterlassen wollen – und eben keine zusätzliche finanzpolitische Bürde.

Unsere Haushaltspolitik ist konsequent. Aber ich will Ihnen sagen: Einsparen darf nicht zum Kaputtsparen führen. Beispiele aus der schwarz-gelben Haushaltspolitik zeigen: Wer blind und aktionistisch spart, zerstört die eigene Zukunftsfähigkeit. Das fängt an in den Städten und Kommunen, deren Finanzierung Schwarz-Gelb ständig reduziert hat.

Deshalb hat Sie zum Beispiel das Verfassungsgericht mehrfach zur Ordnung gerufen. Schwarz-Gelb als Krimi? Das war „The Great Robbery“, der große Raubzug durch die kommunalen Kassen. Erst Rot-Grün hat den Städten und Gemeinden mit einem umfassenden Paket wieder Luft zum Atmen verschafft. Wir haben die GFG-Zuwendungen deutlich erhöht. Bekamen die Kommunen 2010 noch 7,6 Milliarden €, so sind es 2016 über 10,5 Milliarden €.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Das ist eine Steigerung um fast 39 %. Dies liegt neben konjunkturellen Effekten vor allem daran, dass wir beispielsweise die Kommunen wieder an der Grunderwerbsteuer allein mit 400 Millionen € in 2017 beteiligt haben.

Der Stärkungspakt umfasst knapp 6 Milliarden €, von denen das Land 3,6 Milliarden € trägt. Hinzu kommen jeweils dreistellige Millionenbeträge bei der Kita-Finanzierung oder bei der Finanzierung der deutschen Einheit. Ja, es bleibt noch viel zu tun. Doch die meistens Kommunen sind dank dieses Pakets wieder aus dem Nothaushalt herausgekommen – mit gestärkter kommunaler Handlungssouveränität.

Das Traurige dabei ist: Der Bund schaut nach wie vor bloß zu und lässt die Kommunen weiterhin im Stich. Abenteuerlich ist, wenn angeblich 15 Milliarden € im Bundeshaushalt übrig sind, während viele Kommunen noch unter Schulden ächzen und viele Schulen, Straßen und Brücken trotz massiver Anstrengungen noch zu sanieren sind und das ÖPNV-Angebot immer noch Lücken hat.

Vom Bund kommt keine Zukunftspolitik, sondern bloß eine Anbetung der abstrakten schwarzen Null. Das geschieht in einer Zeit, in der wir einen so großen investiven Bedarf haben und in der wir die Infrastruktur dringend fit machen müssen. Zurzeit gibt es niedrige Zinsen, sodass bei klugen und gezielten Ausgaben hohe Zukunftsdividenden winken.

Aber der Bund macht sich einen ebenso schlanken Fuß wie der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, der NRW schlechtwittert, weil er auf der A1 nicht fahren kann. Lieber Armin Laschet, wissen Sie eigentlich, warum Autobahnen bei uns „Bundesautobahnen“ heißen?

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Die heißen überall so!)

Denn wo „Bund“ draufsteht, ist auch immer Bundesverantwortung drin. Das sollte auch bei CDU-Bundesvorstandsmitgliedern so sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die rot-grüne Landesregierung geht nach unseren Möglichkeiten jetzt den Weg der dringend notwendigen Investitionen: Mit dem 2-Milliarden-€-Investitionsprogramm stärken wir die Kommunen, um die Schulen wieder fitzumachen für die Zukunft. Ab 2017 werden wir jedes Jahr 500 Millionen € investieren: für die Renovierung von Gebäuden, von Schulen und Klassenzimmern, für das Flottmachen von Sport- und Turnhallen, für den digitalen Aufbruch 4.0 in der Schule.

Und Sie, Armin Laschet, könnten doch mit Ihrer Bundesverantwortung helfen, dass auch der Bund das Seine bei den dringend anstehenden Investitionen

macht, anstatt sich den Daumen wundzutwittern über NRW als Land am Abgrund.

(Beifall von den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Sagen Sie doch mal, was Sie machen wollen!)

– Tue ich die ganze Zeit, Herr Kollege.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Die Menschen in NRW werden zu einem solchen Aufruf, der jetzt nötig ist, das Ihre beitragen mit all ihrem Fleiß, der den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland erst möglich gemacht hat, mit ihrem Lebensmut und mit ihrer Solidarität.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Was ist los?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Koalition hat sich klar bekannt. Wir wollen die Zukunft sichern. Das meint vor allem Investitionen in Kinder, Bildung und Betreuung. In diesen Bereich haben wir seit 2010 rund 170 Milliarden € investiert, mehr als jeden dritten Euro des Haushalts.

Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, weil freier Zugang zu Bildung faire Zukunftschancen bietet.

Wir haben die Hochschulfinanzierung auf solide Füße gestellt.

Es gab eine beispiellose Aufholjagd – Sie haben vorhin Herrn Römer kritisiert, wir würden nicht über Kinder reden – bei den Kitas. Seit 2010 konnten zusätzlich knapp 89.000 U3-Kinder betreut werden. Deswegen stehen im Jahr 2017 fast 170.000 U3-Plätze bereit, ein Aufwuchs der Plätze um 80.000 oder 90 %. Das ist die Leistung von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Das ist das Ergebnis eines gemeinsamen Kraftakts des Landes und aller am U3-Ausbau Beteiligten: der Jugendämter, der Jugendhilfeausschüsse, der Träger und auch – das muss man ganz besonders betonen – der Erzieherinnen und Erzieher mit ihrem hohen Einsatz in den jeweiligen Einrichtungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde so deutlich verbessert, die frühe Bildung von Kindern deutlich gestärkt.

Sie sehen: Der Unterschied der Ansätze ist riesengroß. Blind und erfolglos sparen auf der einen Seite, ohne Zukunftsplan, das ist schwarz-gelbe Vergangenheit. Nachhaltig konsolidieren auf der anderen Seite, mit Blick auf Gerechtigkeit für die Zukunft der Kinder, das ist rot-grüne Haushaltspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Wenn Sie das selbst glauben würden, wäre es schön!)

Herr Laschet, Ihr Beitrag zur Herleitung der Kinderarmut war fast schon infam. Wer die Landespolitik einfach dafür in Mithaftung nimmt, wie Sie es getan haben, dass der Bund bei Hartz-IV-Familien so gut wie gar nichts tut, wer jetzt für Kinder gerade einmal 2 € monatlichen Aufwuchs verkündet, wer hier das Land wegen der Kinderarmut angeht, der ist in seiner Kritik so zielgenau wie Sie bei den Bundesautobahnen, wenn Sie twittern.

Ja, wir haben Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen, in manchen Regionen 20 % und mehr.

(Armin Laschet [CDU]: Mehr! – Klaus Kaiser [CDU]: Zunehmende Kinderarmut!)

Ich komme aus dem Ruhrgebiet.

(Armin Laschet [CDU]: Mehr als bei Schwarz-Gelb!)

Sie haben mich persönlich angesprochen. Mich schmerzt das von ganzem Herzen. Aber genauso schmerzt es mich, wenn Reichtum immer mehr nach oben abwandert und unten nichts mehr ankommt. Mich schmerzt, dass die Zukunft für viele Menschen verloren geht und dass sich das Leben nur noch als Plackerei abspielt, als Schuffen bis zur Armutsgrenze. Das ist inzwischen die Perspektive von vielen Menschen in Deutschland von Usedom bis zum Alpenland.

Dem müssen wir in die Augen sehen, auch wenn wir über die Erfolge von Populisten reden. Wer Populismus kritisiert, aber zu Armut schweigt, der hat wenig begriffen, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil Sie sich über die Programme lustig gemacht haben: Die Regierungskoalition tut das, was sie kann, und zwar mit langfristigen und nachhaltigen Konzepten für Bildung und Betreuung. Solche Konzepte dauern zehn oder 20 Jahre, eben so lange, bis ein Kind groß geworden ist.

Ich frage mich aber: Wo bleibt denn der Ruck auf Bundesebene, in dem Land, in dem neben den USA die größte Verteilungsungerechtigkeit in der westlichen Welt herrscht?

(Christian Möbius [CDU]: Ist doch Quatsch!)

Hier hat Berlin auf ganzer Ebene versagt. Die 2 € mehr bei Hartz IV sind doch lächerlich, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

– Sie können ja gleich noch sprechen.

Unser Ansatz „Kein Kind zurücklassen“ wird besonders deutlich in der Schulpolitik. Das Ausgabenvolumen des Schulministeriums für 2017 beträgt rund 17,8 Milliarden €, ein weiterer Aufwuchs um 500 Millionen € oder 3 % gegenüber dem Jahr 2016. Damit

setzen wir – das haben manche in der CDU offensichtlich vergessen – den Schulkonsens weiter um und bauen den Ganztag bedarfsgerecht aus.

Wir haben unter anderem 900 Stellen zusätzlich geschaffen, um den Inklusionsprozess eng zu begleiten. Auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention steuern wir, wie versprochen, noch einmal nach.

Das gilt auch für die Beschulung der Flüchtlingskinder. Dort haben wir mehr als 6.000 Stellen – und es kommen weitere hinzu – zusätzlich bereitgestellt, die – der Kollege Römer hat es gesagt – allen Kindern in Nordrhein-Westfalen zugutekommen.

(Werner Jostmeier [CDU]: Wie viele sind davon besetzt? – Michele Marsching [PIRATEN]: Wichtige Frage!)

Wir schaffen zudem 2.400 zusätzliche Sprachfördergruppen, also insgesamt 10.000 in Nordrhein-Westfalen, und 17.500 Plätze für Flüchtlingskinder in den offenen Ganztagschulen. Dieser Aufwuchs ist wirklich eindrucksvoll.

Wer stattdessen einer Opposition glaubt, die in ihrer Regierungszeit Bildung sehr kleingeschrieben hat, und die jetzt mit Blick auf den Wahltermin mehr und alles verspricht, aber ohne seriöse Finanzierung,

(Klaus Kaiser [CDU]: Das ist schlichtweg falsch!)

der muss schon sehr stark glauben wollen und wenig von den Fakten wissen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nachhaltige Schul- und Bildungspolitik braucht kein Herumtaktieren.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Besonnenheit statt Hektik und kein Populismus zu lasten der Schülerinnen und Schüler, auch nicht bei G8, Herr Kollege Kaiser, wo wir ganz besonders den Dialog mit den Beteiligten suchen.

(Armin Laschet [CDU]: Haben Sie gerade „Besonnenheit“ gesagt?)

– Ja, Besonnenheit.

(Klaus Kaiser [CDU]: Ruhige Hand ist das im Moment! – Armin Laschet [CDU]: Alle zwei Tage was Neues!)

Denn letztlich geht es darum – jetzt sollten Sie aufpassen –, dass jedes Kind den für sich bestmöglichen Schulabschluss erreicht. Das neue Paradigma heißt doch: vom Kind her denken und nicht von den Strukturen her. Das muss doch der Ausgangspunkt der Politik sein, das Bestmögliche für die Kinder zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben eben so getan, als sei jetzt an den Schulen das Chaos ausgebrochen.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Ich habe Ihre Pressemitteilung gelesen. Ich zitiere einmal eine Stellungnahme von Harald Willert, die heute im „Kölner Stadt-Anzeiger“ erschienen ist. Auf die Frage: „Welches G9-Modell könnten Sie sich denn vorstellen?“,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ein Schulleiter!)

antwortet Herr Willert – immerhin vom Verband der Schulleiter –:

„Ich würde mir eine Individualisierung wünschen. Also die Möglichkeit für die Schulen, einen schnelleren und einen langsameren Weg anzubieten. Die Möglichkeit gab es ja auch früher schon für Schüler. Da gibt es am Gymnasium Schlüssel-Stellen, wo so etwas gut machbar ist. Wir reden die ganze Zeit von der Struktur – wir müssen uns aber auch ernsthaft fragen, was unseren Kindern bei dem Schulsystem, was wir zur Zeit haben, hilft.“

(Monika Pieper [PIRATEN]: Dafür hatte man ja vier Jahre Zeit!)

„Und das sind auch inhaltlich-didaktische Fragen.“

Das ist genau das, was unsere Spitzenkandidatin hier vorgetragen hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

Ich möchte Ihnen ein zweites Zitat dieser fachlichen Expertise nicht vorenthalten.

Auf die Frage, „es heißt immer, die Rückkehr zu G9 bringe Unruhe an die Schulen“, antwortet er:

Im Sieben- bis Zehn-Jahres-Rhythmus gibt es neue Curricula – das kommt immer. Mit oder ohne neue Schulstruktur. Wenn man das also parallel legte und die neue Struktur sukzessive einführte, dann wäre so eine Veränderung ohne Weiteres und ohne große Unruhe machbar. Allerdings nicht, wenn alle total durchdrehen und die verlängerte Schulzeit am liebsten schon gestern hätten.

Genau das Schauspiel haben Sie gestern inszeniert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesem Paradigma ergeben sich die Kriterien und nicht aus abstrakten und unproduktiven Strukturdebatten. Jedes Kind braucht seine Zeit, wie Sylvia Löhrmann es formuliert hat. Hier liegt der zentrale Inhalt für unsere

Debatte. Bei der Form sollten wir fragen, ob wir Entscheidungen hier einsam und allein in Düsseldorf treffen wollen und wieder allen alles vorschreiben wollen, was sie zu tun haben – sehr wichtig für die liberale Partei –, oder ob wir den Dialog mit allen Beteiligten suchen.

Wir werden jedenfalls den Weg des Dialogs gehen. Glauben Sie mir: Am Ende des Tages wissen die Beteiligten das mehr zu schätzen als alle Wandlungen und Wendungen und wahltaktischen Spielchen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte einen Punkt aus der Rede von Herrn Lindner anführen, als es um Frauenförderung ging. Ich sage Ihnen: Uns ist dieses Thema sehr wichtig, und wir gucken mit großem Interesse auf das, was jetzt vor den Gerichten entschieden wird.

Aber politisch kann ich Ihnen sagen: Herr Prof. Papier, nun wirklich einer der profiliertesten Verfassungsrechtler, der das Land bei diesem Thema beraten hat, hat gesagt: Es gibt nicht nur den Gleichbehandlungsgrundsatz bei der Frage der Einstellung – das vertritt das Innenministerium und die Landesregierung auch –, sondern es gibt auch die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Und deswegen haben wir ein Gesetz vorgelegt, das sicherstellen soll, dass Frauen eben auch in Führungspositionen kommen sollen. Und zu diesem Grundsatz stehen wir uneingeschränkt, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Ich sage Ihnen auch: Wir werden alles tun, dass sich diese Frauenförderung auch in Zahlen niederschlägt und nicht nur in Sonntagsreden. Ja, uns ist bewusst, dass in den Spitzenpositionen der öffentlichen Hand weniger Frauen sitzen als Männer. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir jetzt auch ändern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Flüchtlingsaufnahme und die Arbeitsmigration haben uns vor große Aufgaben gestellt, auch bei der Gesundheitsversorgung. Auch hier handeln wir konsequent und unterstützen die Kommunen bei der gesundheitlichen Versorgung, unter anderem mit der Gesundheitskarte und bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist auch die zum 1. Juli 2012 eingeführte Altenpflegeumlage, die eine bundesweit einmalige Erfolgsgeschichte ist. Die Ausbildungszahlen haben sich in der Altenpflegeausbildung seit 2010 daher verdoppelt und auch die Kosten für die Ausbildung von 32 Millionen € auf fast 64 Millionen €.

Wir übernehmen zudem Verantwortung für die Krankenhäuser. Nachdem wir bereits 2016 die pauschalen Finanzmittel für die notwendigen Investitionen der Krankenhäuser um erstmals 24 Millionen € erhöht haben, kommt 2017 eine weitere Erhöhung von 16 Millionen € hinzu auf dann insgesamt 530 Millionen €. Das sind auch angesichts des Drucks der Schuldenbremse hohe, aber imminent wichtige Fördersummen.

Wir werden schließlich altersgerechte Quartiere stärker erlebbar gestalten. Wir treffen damit Vorsorge gegen Isolation und Armut, für Teilhabe von älteren Menschen und unterstützen die Kommunen bei ihrem weiteren wichtigen Wandel hin zur altersgerechten und demografiefesten Stadt.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding
[GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle auf ein Ministerium zu sprechen kommen, das, wenn man den Worten der Opposition glauben darf, besonders einflussreich ist – mit einem Minister, der einen Etat von knapp 1,1 Milliarden € das ganze Land aufs Heftigste durchgrünt. Und selbst bei unserem Koalitionspartner gibt es noch Reste von Fremdeln bei Wertschätzungen und Überschätzen. Aber wir nehmen das sportlich, und es wird auch weniger. Im grünen Geschichtsbuch liegt schon Holger Börners Dachlatte, von unserer Ministerpräsidentin eigenhändig geschreddert.

Ich weiß, dass auch viele in der SPD froh sein werden, wenn noch ein paar andere strukturkonservative Dinge weggefegt werden, die uns nicht mehr weiterhelfen auf dem Weg der ökologischen und sozialen Modernisierung, zum Beispiel Aversion gegen Bürgerinitiativen.

(Christian Möbius [CDU]: Wo ist der Applaus der SPD? – Christof Rasche [FDP]: Sie können doch klatschen.)

Denn ich bin mir sicher: Wir haben doch alle großen Respekt vor dem ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen in Vereinen, Verbänden und BIs. Sie vertreten berechnete Interessen, die wir anhören müssen, damit wir die Planungsprozesse besser machen können. Es ist die Aufgabe von Verwaltung und Politik, die Menschen frühzeitig, offen und transparent in Planungsprozesse einzubinden. Es ist unser Job, mit guten Argumenten für Akzeptanz, Zustimmung und Rückhalt unserer Beschlüsse zu werben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist das!)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt viel Freude und viel Ehr für Johannes Remmel und sein Haus und faktisch einen Riesennutzen für die Menschen in diesem Land, für Umwelt und Natur und auch für die Wirtschaft. Nehmen wir zum Beispiel das Thema „Wasser und Hochwasser“. Der Klimawandel und die

vermehrten Extremwetterereignisse, Dürreperioden, Starkregen, trockene Flüsse, Überflutungen sind Herausforderungen an das Wasserland Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen NRW extrem wetterfest machen, zum Schutz der Bevölkerung, zur Bewahrung von Natur und Umwelt und zum Nutzen von Wirtschaft und Industrie. Und deswegen unterstützt die Landesregierung die Kommunen, die Wasser- und Deichverbände seit Jahren und trägt einen hohen Anteil der Kosten beim Hochwasserschutz.

Bis 2025 werden alle Hochwasserschutzanlagen am Rhein von Düsseldorf bis Emmerich modernisiert. Zugleich werden auch Deiche zurückverlegt, um Flüssen mehr Raum zu geben und Überschwemmungsflächen zu schaffen. NRW hat zudem mit Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und zur Renaturierung eine jährliche Förderung von 80 Millionen € aufgelegt.

Jeder Euro, den wir für Klimaschutz ausgeben, ist echter vorbeugender Hochwasserschutz. Das sei all jenen ins Stammbuch geschrieben, die sagen, NRW betreibe zu viel Klimaschutz.

Klimaschutz wächst bei uns von unten. Die Energiewende ist vor allem eine Bürgerenergie-wende, getragen von Städten, Gemeinden, Landkreisen, Initiativen und Privatleuten, all jenen also, die auf die Herausforderung des globalen Klimawandels mit lokalen Mitteln antworten und so ihren Beitrag für die Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe leisten.

Unser Job als Landespolitik ist es, diese Menschen zu unterstützen, zu beraten und mit diesem Landeshaushalt intensiv zu fördern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nordrhein-Westfalen ist auch ländlicher Raum. Auf dem Land lebt rund ein Drittel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens. 75 % der Landesfläche werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Damit sind wir nach Bayern und Niedersachsen der drittstärkste Agrarstandort in Deutschland mit einer bedeutenden Wirtschaftskraft im Grünen. Der ländliche Raum hat Zukunft, weil die Menschen auf dem Land Herausforderungen annehmen und mit Tatkraft und Ideenreichtum an die Lösungen herangehen.

Das ist auch nötig angesichts des demografischen Wandels und der Aufgaben bei der Gesundheitsversorgung und beim Ausbau der digitalen Infrastruktur, um nur einige der großen Herausforderungen zu nennen, die wir mit diesem Haushalt bearbeiten.

Deswegen geht auch 1 Milliarde der Fördermittel in den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Weil Herr Lindner das vorhin falsch dargestellt hat, möchte ich es noch einmal erklären: Das Fördersystem ist so ausgestaltet, dass 100 % Förderquote dann erreicht

werden, wenn 85 % der Mittel dafür eingesetzt werden, dass 50 Mbit/s bereitgestellt werden.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Daraus abzuleiten, dass das Land weniger fördert, ist doch absurd. Es ermöglicht den Kommunen, mehr und nicht weniger ausbauen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eines sei noch hinzugefügt: Was wäre denn gewesen, wenn wir höhere Förderbedingungen an den Tag gelegt hätten? – Dann wären doch die kommunalen Spitzenverbände auf die Zinne gestiegen und hätten gesagt: Das sind doch schärfere Bedingungen, als uns der Bund auferlegt. – Das ist doch eine bigotte Argumentation, die von CDU und FDP heute gekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben derzeit in Deutschland, in Europa ein Trauerspiel in Sachen Steuergerechtigkeit. Ich war schon beeindruckt, welchen Anlauf Herr Lindner da genommen hat. Endlich hat die Europäische Kommission gegen das unlautere Steuerdumping verschiedenster Mitgliedstaaten durchgegriffen. Apple soll 13 Milliarden € an Steuern nachzahlen. Es klingt wie ein schlechter Scherz, aber es ist Realität: Irland will dieses Geld gar nicht haben. Offensichtlich ist das Dumpinggeschäft zulasten der anderen Mitgliedstaaten so lukrativ, dass man dankend darauf verzichtet.

Lieber asoziale Steueroase bleiben als solidarischer Partner in Europa, das ist eine riesige Gefahr für die Europäische Union und Wasser auf die Mühlen von Populisten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch absurder ist nur noch der bayrische Finanzminister, der nichts Besseres im Sinn hat, als Steuer-
vermeidung zu schützen und damit die europäische Solidarität zu unterlaufen. Das ist doch das Europa, das die Menschen nicht mehr verstehen. Wer Freizügigkeit will, muss sich an die Spielregeln halten, der muss auch solidarisch mit den anderen Staaten Europas sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Doch damit nicht genug: In dieser Situation versucht die Große Koalition, einen offenkundig verfassungswidrigen Entwurf zur Erbschaftsteuer durch den Bundesrat zu peitschen. Monatelang hat Finanzminister Schäuble das Urteil des Verfassungsgerichts ignoriert, um dann dem Bundestag einen faulen Kompromiss vorzulegen, der fast alle Punkte enthalten hat, die das Gericht moniert hat. Erst der Bundesrat hat den Akteuren nun zu einer Nachdenkpause verholten. Doch derselbe Söder, der schon bei Apple ein

großes Herz für große Steuervermeidung zeigte, erklärt, dass kein Komma am Entwurf geändert werden soll.

Hier zeigt sich einmal mehr: Die Große Koalition ist groß vor allem im Erzeugen von Politikverdrossenheit. Was wäre denn die Folge, wenn die GroKo in dieser Selbstblockade verharren würde? – Das Gericht könnte entweder die Steuer teilweise oder gänzlich für nichtig erklären, oder es kommt auf die Idee, eigene Maßstäbe aufzustellen, wozu Herr Kirchhoff durchaus in der Lage sein dürfte.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Kollege, das Verfahren liegt im Vermittlungsausschuss. Das dürfte Ihnen bekannt sein, oder?

Es kann also passieren, dass es bald gar kein Geld mehr für die Länder gibt. Dann fehlen aber die Möglichkeiten für Investitionen in Bildung, Kommunen, Integration und vieles mehr. Das ist das Risiko, das die CSU und die Große Koalition an dieser Stelle eingehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn das aber so ist, dann sollte die Kanzlerin und Bundesvorsitzende der CDU ihr Gerede von der „Bildungsrepublik Deutschland“ einstellen. Es wäre jetzt ihre Aufgabe, die Söders und Schäubles der Republik zur Ordnung zu rufen und endlich eine verfassungsgemäße Besteuerung zu ermöglichen.

(Armin Laschet [CDU]: Der Bundestag hat beschlossen! Es gibt eine Mehrheit, SPD, CDU, CSU! – Gegenruf von Torsten Sommer [PIRATEN]: Noch CDU und CSU, nicht mehr lange!)

– Sie kennen sich doch mit Vermittlungsverfahren aus, oder?

Die Zeche, Herr Kollege, für das traurige Schauspiel zahlen letztlich wieder die Familien mit Kindern. Entweder bleiben wichtige Investitionen in die soziale Infrastruktur aus, oder sie werden demnächst wieder bei der Einkommensteuer draufzahlen. Es ist jetzt Zeit für mehr Steuergerechtigkeit. Es ist gut, dass unser Finanzminister in Nordrhein-Westfalen vorangeht und immer wieder Akzente setzt. Auch hier könnten CSU und CDU eine Menge von ihm lernen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir brauchen Geld für gelingende Integration und für Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Und die Bevölkerung ist bereit, genau diesen Weg zu gehen.

Sie wollen mehr Ausgaben genau in diesen Bereichen und eben kein Unionsmodell, das wieder nur die Besserverdienenden und die hohen Einkommen entlastet. Auch hier erweisen sich Teile der Unionsführung wieder als Anhänger einer hemmungslosen Impulspolitik. Statt kleine und mittlere Einkommen konsequent zu entlasten und Belastungen bei sehr

Reichen durchzusetzen, wollen Sie das Gegenteil. Sehr Vermögende werden gänzlich verschont, hohe Einkommen stärker entlastet, und wichtige Zukunftsinvestitionen bleiben aus.

Das ist schlicht unsozial und zukunftsfeindlich, und es widerspricht auch dem Slogan der Kanzlerin, die was schaffen will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen setzt deutlich andere Impulse als die GroKo in Berlin, und zwar auch in den Formen des Umgangs. Bei der GroKo reicht die Regieredisziplin nicht einmal mehr, sich vor laufender Kamera nicht anzugiften. Sie streiten wie die Kesselflicker bis hin zum gefühlten Koalitionsbruch und regieren dann weiter, als wenn nichts passiert wäre.

(Christian Lindner [FDP]: Das kennen wir von hier!)

In der Psychologie nennt man so etwas Double Bind, wenn man sich hasst und sich gleichzeitig Liebe schwört.

In dieser offenkundigen Gefühlsverwirrung liegt doch der zweite Knackpunkt für die Demokratiemüdigkeit in unserem Land. Die GroKo lässt die Bürgerinnen letztlich irwerden an ihrer Politik. Das ist das zweite große Konjunkturprogramm für die Populisten in unserem Land neben der CSU. Auch dieser Wahrheit gilt es jetzt, ins Auge zu sehen, bevor unser Wahlkampf richtig beginnt. Wenn ich das so klar anspreche, dann geht es mir ausdrücklich nicht um das Bashing der großen Parteien. Ich spreche von einer Verantwortung, die wir alle gemeinsam zu tragen haben, auch die kleineren Parteien.

Lassen Sie uns in der Art unseres Wahlkampfes dafür sorgen, dass es zu keiner Verfestigung des Populismus in Deutschland kommt, denn sonst werden wir diese Geister so schnell nicht wieder los.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen aus Fehlern lernen, wie sie anderswo gemacht werden; denn wenn wir nicht aufpassen, rutschen wir in österreichische Verhältnisse hinein – mit einem etablierten Rechtspopulismus und einem teilweise paralysierten politischen System. Lassen Sie uns deshalb im Wahlkampf den demokratischen Prozess hegen und pflegen – durch Rede und Gegenrede, durch klare politische Alternativen, ohne alldings, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Feindschaft zu verfallen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Haushaltsentwurf ist auch dafür eine sehr gute Grundlage. Wir werden uns bemühen, ihn noch besser zu machen.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall von den GRÜNEN –
Anhaltender Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Ich möchte mit etwas Allgemeinem beginnen.

Heute ist der Internationale Tag der Demokratie. Ich habe heute Morgen ein paar Artikel zu diesem Thema gelesen. Jetzt bin ich tatsächlich ein bisschen erschrocken. Wir sind hier in einer Haushaltsdebatte. Sie betonen immer wieder: Der Haushalt ist das Königsrecht des Landtags; hier werden die wichtigen Dinge entschieden.

Wir sind alle nur Menschen. Ich kann es verstehen, wenn jemand Hunger hat und essen geht. Ich kann es verstehen, wenn jemand Termine hat. Aber dieser Wettstreit – bei dem eigenen Redner kommt man, und bei anderen Rednern geht man raus – ist für mich nicht in Ordnung. Ich kann das alles verstehen. Aber ich finde es wirklich kläglich, wenn hier von einer großen Fraktion beim Redner der anderen großen Fraktion drei oder vielleicht fünf Leute sitzen und ihm zuhören. Ich glaube, dass der Haushalt Besseres verdient hätte. Mich persönlich greift das an. Ich finde das sehr, sehr, sehr traurig. Ich finde es auch traurig, wenn dann darüber gestritten wird, wer am schnellsten rausgeht und sich am schnellsten den Redner der anderen Fraktion nicht anhört.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber sei es drum!

Ich möchte mit einem Zitat beginnen, und zwar von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin. Sie waren am 7. August 2016 bei der WDR-Sendung „Ich stelle mich“. Zuerst ein Lob: Sie sind sehr menschlich übergekommen. Ich fand das sehr positiv. Das möchte ich Ihnen sagen. Ich glaube, dass es wichtig ist, den Menschen draußen zu zeigen, dass wir Politiker auch nur Menschen sind und dass wir Stärken und Schwächen haben. Dafür möchte ich Ihnen noch einmal mein Lob aussprechen. Das wird aber auch das letzte Lob vor der Autobahn sein.

Sie haben auf die Frage von Frau Maischberger: „Wie können Sie einerseits sagen, Sie seien froh, dass die Grenzen zu sind, und andererseits feststellen, wie schrecklich es ist, dass so viele Menschen im Mittelmeer ertrinken?“, geantwortet: Ja, das passt nicht übereinander. Aber es geht in meinem Kopf

nicht immer alles eins zu eins übereinander. Das sage ich ganz offen.

Sie reden immer von KeKiz, KeKiz, KeKiz – „Kein Kind zurücklassen!“ – und sagen – das haben Sie auch in der Sendung noch einmal gesagt –: Die positiven Auswirkungen werden sich erst später zeigen; da müssen wir noch ein bisschen abwarten.

Jetzt haben wir vorgestern gehört, dass die Kinderarmut steigt und steigt und steigt.

(Christian Möbius [CDU]: Nicht nur vorgestern!)

In einigen Städten lebt jedes dritte Kind in Armut. Da können wir nicht nur auf den Bund gucken, Herr Kollege Mostofizadeh, sondern wir müssen eben auch auf KeKiz gucken. Wir müssen gucken, was diese Landesregierung tut. Und da muss ich sagen: „Kein Kind zurücklassen!“ und steigende Kinderarmut, das geht in meinem Kopf nicht übereinander.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie reden immer von Industrie 4.0. Zeitgleich stützt die SPD zusammen mit den Grünen – den Grünen! – hier den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen. Das geht in meinem Kopf nicht übereinander.

Sie wollen eine progressive Sozialpolitik machen. Aber gleichzeitig hält der Finanzminister immer krampfhaft an der Schuldenbremse fest. Selbst bei der SPD ist bei diesem Thema gerade hier die Zustimmung eher verhalten ausgefallen. Ich glaube, bei den Kolleginnen und Kollegen geht das genauso wie bei mir im Kopf nicht übereinander.

Sie verweigern hier den Informatikunterricht an allen Schulen, und Sie verweigern, schnellstmöglich alle Schulen ans Glasfasernetz anzubinden. Gleichzeitig sagen Sie, Sie wollten Digitalland Nummer eins sein. Das geht in meinem Kopf nicht übereinander.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie sagen auch, Sie wollten die Energiewende schaffen. Gleichzeitig legen Sie hier aber keinen Plan vor, wie wir schnellstmöglich aus der Braunkohle aussteigen. Frau Kraft und Herr Remmel, das geht in meinem Kopf nicht übereinander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das, was in meinem Kopf nicht übereinandergeht. Ich möchte es auch gerne noch ausführen. Natürlich können Sie sich fragen: Wie kommen Sie denn zu dieser Kritik? Wir machen doch hier etwas; wir machen doch da etwas.

Die Frau Ministerpräsidentin wirft uns auch immer vor – gerade wurde schon darüber geredet –, wir würden das Land schlechtreden. Dabei kritisieren wir hier nur Politik, und zwar Ihre Politik, die Politik dieser Regierung. Wir kritisieren, dass Sie den Kontakt zu

den Leuten verloren haben, für die Sie eigentlich Politik machen wollen. Denn unser Land ist toll. Aber die Regierung, die kritisieren wir.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich bin letztens durch meine Heimatstadt Essen gefahren. Essen wurde vorhin schon ein paar Mal erwähnt. Das ist nett. Insofern kann ich jetzt noch einmal darauf zurückkommen. Ich finde, dass man nur ganz selten die Problematik Nordrhein-Westfalens so gut exemplarisch abarbeiten kann wie an meiner Heimatstadt. Ich bin in Essen geboren. Meine Eltern wohnen da. Ich habe sehr gute Vergleichsmöglichkeiten, was in Essen vor 20 Jahren war, was dort vor zehn Jahren war und was sich in den letzten Jahren da getan hat.

Beispiel: Arbeit mit Geflüchteten. In Essen geht ein SPD-Stadtrat auf die Barrikaden und ruft zu einer Demonstration gegen ein Heim, gegen eine Unterbringung für Geflüchtete, auf – nach dem Motto: Genug ist genug, der Norden ist voll!

Ein anderer SPD-Stadtrat – mittlerweile, meiner Meinung nach zu Recht, aus der Fraktion ausgeschlossen – vermietet gleichzeitig für teures Geld Unterbringungen an die Stadt und saht richtig ab.

Die ehemalige Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD hier im Landtag tritt währenddessen als Vorsitzende in Essen zurück.

Der Justizminister kann leider auch nicht helfen; er sucht noch 1.000 Schuss Munition aus der JVA in Wuppertal.

Wenn das Ihre Art der Führung ist, Frau Kraft, muss ich sagen: Das geht in meinem Kopf nicht übereinander.

(Beifall von den PIRATEN)

Nehmen wir das Beispiel „Schule“. Ich bin nicht zufällig an meiner alten Schule vorbeigefahren. Das Bild wird gleich auf Twitter erscheinen; dann können Sie sich anschauen, wie es dort aussieht.

(Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD])

Da, wo ich Abi gemacht habe ... Ja, manche Abgeordnete machen wirklich Abi und sagen das nicht nur einfach so.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich war schockiert, in welchem Zustand sich die Schule befindet. Das sieht noch aus wie zu der Zeit, als ich 1997 dort von der Schule abgegangen bin. Ich würde ja jetzt gerne über das Schulinvestitionsprogramm reden, das Sie auflegen wollen bzw. aufgelegt haben. Leider würde ich dann einen Ordnungsrufe bekommen, weil ich dann gar nicht über den Haushalt reden könnte. Denn, Frau Kraft, am letzten Freitag antworten Sie auf die Frage eines Journalisten, wo denn jetzt das Geld sei: Im Haushalt 2017 ist

zu dem Programm nichts. Wir fangen erst 2018 an. Der Gesetzentwurf liegt ja auch noch nicht vor.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das Programm läuft mit der Tilgung an!)

– Ja, mit der Tilgung, richtig. Das Programm läuft jetzt, aber Sie fangen nicht in diesem Jahr, sondern erst nach der Wahl mit der Tilgung an.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist normal!)

Ich halte das für einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich frage mich – ich habe da einfach Probleme, das richtig zu verstehen –, ob denn nicht die Schuldenbremse und der in NRW aufgelegte Stärkungspakt für die Kommunen, und zwar gerade im Ruhrgebiet, nicht einer der größten politischen Fehler des letzten Jahrzehnts ist. Eine klarere Antwort als den Verweis auf dieses Schulinvestitionsprogramm, kann man auf die Frage nach diesem Fehler nicht geben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Äpfel, Birnen, Pflaumen!)

Schauen wir mal, wozu das im Detail gebraucht wird. Ich würde Ihnen jetzt gerne eine Analyse bieten, aber leider liegt die Information nicht vor, wofür das Geld überhaupt da ist. Da wird ein Schulinvestitionsprogramm aufgelegt, und es gibt auch ein Leitbild „Bildung 4.0“, aber das liegt anscheinend noch irgendwo in der Cloud; denn hier liegt es nicht vor. Wenn wir hier als Opposition diesen Haushaltsentwurf analysieren sollen, bräuchten wir eigentlich diese Daten.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist doch im Haushalt!)

Gerade im Bereich „Schule“ fällt das besonders schwer. Wie steht denn jetzt die Landesregierung zu G9? Gestern haben wir noch eine schwammige Aussage dazu gehört. Nach dem Radiointerview mit Frau Löhrmann heute Morgen brauchen wir jetzt doch Flexibilität für die Schüler. Wie steht die Landesregierung zu G9? Das hätten wir hier gerne im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutiert. Leider ist die ja abgelehnt worden.

(Armin Laschet [CDU]: Es ist eine andere angenommen worden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, das Problem ist: Sie verweigern hier eine ernsthafte Debatte. Ich habe das Gefühl, dass Sie sich über die Zeit retten wollen.

„ZEIT ONLINE“ titelt am 18. August dieses Jahres: „Was macht die Autoritären so stark? Unsere Arroganz.“ Gemeint war damit nicht explizit die Landes-

regierung Nordrhein-Westfalen oder irgendein Einzelner von uns. Wer sich aber bei so wichtigen Themen wie dem Verfall der Schule, wie G8/G9, wie den Stadtteilen in Essen, die man nur noch als abgehängt bezeichnen kann – ich komme gleich noch dazu –, einer ernsthaften Auseinandersetzung verschließt, der macht sich angreifbar und stärkt die Autoritären; denn das nehmen die Populisten dankbar auf.

Wir als Piraten sind seinerzeit gegen die Politikverdrossenheit angetreten. Wissen Sie was? Politikverdrossenheit und die Stärke der Populisten – so etwas beginnt in einer verfallenen Schule.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir erkennen natürlich an, dass es Bestrebungen gibt, mehr Lehrer einzustellen, okay. Aber allein der Fakt – das gilt im Übrigen im gleichen Maße für die Polizisten, das wurde vorhin schon erwähnt –, dass in den letzten Jahren die Ausbildungskapazitäten dermaßen runtergefahren wurden und dass es quasi unmöglich ist, jetzt noch adäquates Personal zu finden, spricht doch Bände.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es wird noch schlimmer, wenn wir uns an die Anhörungen im Schulausschuss zur „Mülheimer Erklärung“ erinnern. Da wurden 7.000 neue Stellen gefordert. Wo finde ich die im Haushaltsentwurf?

Neben Herrn Minister Jäger gibt es kaum einen Minister oder eine Ministerin, die mehr in der Kritik steht als Schulministerin Sylvia Löhrmann, und zwar für alle ihre Projekte, die sie zu verantworten hat. Die Verbände steigen Ihnen reihenweise aufs Dach. Und alles, was Sie darauf antworten, ist: Es wird noch ein bisschen dauern. Wir müssen warten. Das wird irgendwann greifen. – Das geht in meinen Kopf nicht rein.

(Simone Brand [PIRATEN]: Also!)

Und überhaupt: Diese Haltung, die die rot-grüne Landesregierung zu unseren Kindern hat, halte ich für mehr als fragwürdig. Die Studie wurde vorhin angesprochen: 30 % aller Kinder in Oberhausen, in Essen, in Dortmund und 40 % aller Kinder in Gelsenkirchen – der traurige Spitzenreiter – wachsen in Armut auf. Ich sage das noch einmal zum Mitschreiben: 40 % aller Kinder.

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass hier eine Achse der Abgehängten mitten durch NRW läuft. Und eine SPD-Regierung sagt immer wieder: „Kein Kind zurücklassen“, und jubelt das hoch. Auch das geht in meinen Kopf nicht rein.

Wie wir weiter hören durften, haben wir mittlerweile in Deutschland den Punkt erreicht, an dem Armut vererbt wird. Ja, Sie hören da richtig. Wir hören ganz häufig, dass Millionenbeträge, Firmen und sonstiger Reichtum vererbt werden, aber wir unterhalten uns

viel zu selten darüber, wie viel Armut in Deutschland inzwischen weitervererbt wird. Auch dazu finden sich im Haushalt keine funktionierenden Ideen.

Wir hatten die Forderung nach einem Kinderrechtsbeauftragten – nichts zu finden. Wir müssen dringend über die Kindergrundsicherung reden, aber auch hierzu ist im vorliegenden Haushalt nichts zu finden. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung! So kommen wir von der Kinderarmut weg.

(Beifall von den PIRATEN)

All das führt dazu – ich habe es gerade gesagt –, dass sich in einzelnen Städten Stadtteile entwickeln, die längst abgehängt sind. Völlig skurril: Ich musste letztens eines Morgens auf „WDR 1LIVE“ hören, das Essen doch das neue Düsseldorf sei. Mein Problem dabei: Wenn die Politik und die Medien immer nur durch Rüttenscheid wandern und die Sonnenseite darstellen, anstatt sich in Katernberg, Karnap oder Kray den immensen Problemen zu stellen, dann werden wir die Menschen dort auf Jahrzehnte verlieren. Das ist schon jetzt fast der Fall. Davor habe ich Angst; denn dort liegt die Brutstätte der sogenannten „Alternative“.

Es wird immer so viel über den gelungenen Strukturwandel im Ruhrgebiet geredet. Aber schauen wir doch mal auf die Lage von RWE, E.ON oder STEAG. Die sind alle in Essen angesiedelt. Die haben den Menschen dort mal Arbeit, Hoffnung und Identität gegeben. Diese Unternehmen beschäftigen sich mit Energieerzeugung und erleben gerade alle den totalen Absturz.

Und die Politik verschließt die Augen davor, dass die Konzerne ein Geschäftsmodell aus dem letzten Jahrtausend haben. Das lässt sich auch nicht retten. Aber was macht die Landesregierung? Minister Duin fährt von Essen nach Berlin und bremst die Energiewende aus. Die Braunkohle ist plötzlich systemrelevant. Das habe ich zuletzt über Banken gehört. Wohin das geführt hat, wissen wir alle.

(Beifall von den PIRATEN)

Noch absurder wird es, wenn wir über die Wirtschaft sprechen. Statt sich voll und ganz dem Thema der Zukunft zu widmen, sich draufzustürzen, und mit einem Pflichtfach Informatik, endlich neue kluge Köpfe auszubilden, mit neuen digitalen Geschäftsmodellen durchzustarten, versuchen Sie in sogenannten Hubs, den Mittelstand vor kompletter Bedeutungslosigkeit zu retten. Und dann schwenken Sie plötzlich wieder um – im Januar 2014 hieß es noch NRW 4.0: olé –, und Sie wollen jetzt die Reindustrialisierung Nordrhein-Westfalens. Nordrhein-Westfalen soll Stahlstandort sein.

Mit allem Respekt: Dass wir Glasfaser statt Kupfer für die digitale Revolution brauchen, scheint nicht in Ihre Köpfe zu gehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ein Grund dafür ist wahrscheinlich, dass Sie sprichwörtlich auf der Leitung stehen – anscheinend auf Kupferkabel und nicht auf Glasfaser.

Wir brauchen nicht 1.000 sich immer wiederholende Anträge, wie zum Beispiel jetzt der CDU-Antrag und morgen die Aktuelle Stunde, so gut ich das Thema finde – unser Thema. Super, dazu werden wir einiges sagen können.

Als einmal eine Richtungsentscheidung getroffen worden ist, haben wir uns in die Debatte eingemischt, und wir haben klare Vorstellungen unterbreitet, wie zum Beispiel ein Glasfaserausbau in NRW aussehen soll. Und heute muss ich meinen Eltern in Essen erklären, die nicht im Randgebiet, sondern mitten im Stadtteilzentrum wohnen, warum sie zu Hause nur 6 Mbit haben und warum es plötzlich Probleme mit ihrem Internet gibt, wenn mein Sohn Netflix guckt und ich Updates auf dem Handy meiner Mutter machen will.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das ist absurd, und das ist peinlich. Denn bis zu 50 Mbit sind noch lange nicht 50 Mbit.

Ganz traurig werde ich dann, wenn ich sehe, dass das schnelle Internet in absehbarer Zeit dort gar nicht ankommen wird. Denn der Ausbau ist angeblich abgeschlossen.

Apropos meine Eltern, mein Sohn: Wir haben gegenwärtig einen riesigen Konflikt in diesem Land, und es ist schade, dass ihn niemand ausspricht: den Verteilungskampf zwischen der jungen und der alten Generation. Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland wird von alten Politikern regiert, die in erster Linie Politik für alte Wähler und für alte Parteimitglieder machen.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Oh!)

– Ja, jetzt sagen Sie: Oh!. – Und ich sage Ihnen: Bei der Bundestagswahl 2013 hat die Generation 60plus 21,3 Millionen Wähler gestellt – mehr als doppelt so viele wie die Generation unter 30 mit 9,8 Millionen Wahlberechtigten. Das ist nur knapp ein Sechstel aller Wahlberechtigten.

Bei der nächsten Wahl in Nordrhein-Westfalen und bei der nächsten Bundestagswahl werden aufgrund des fortschreitenden demografischen Wandels mehrheitlich die Wähler über 55 Jahre den Ausgang der Wahl entscheiden, zumal – auch das gehört zur Wahrheit – ältere Wähler eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als junge Menschen. Sobald man hier versucht, progressiv etwas voranzubringen und dieses Ungleichgewicht irgendwie auszugleichen – Rot-Grün sind den Weg lange mitgegangen –, wird man plötzlich ausgebremst. Da gibt es auf einmal keine Änderung. Denn hier gibt es kein Wahlalter ab

16. Schon wieder blockieren Rentnerparteien die jungen Menschen in diesem Land.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir treiben damit die politische Marginalisierung der jungen Leute auf die Spitze. Deutschland wird so zu einer Rentnerrepublik. In etablierten, strukturkonservativen Parteien wird immer mehr Politik für die Generation 60plus gemacht. Ich kann das verstehen – kein Problem –, da sitzen die Wähler. Aber wenn auf dem Rücken der jungen Menschen Rentengeschenke verteilt werden, wenn die Rentenbeiträge in die Höhe schießen und Wahlgeschenke gemacht werden, während die junge Generation in prekären, in schlecht entlohnten, in befristeten Beschäftigungsverhältnissen sitzt, haben wir ein Problem.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Die junge Generation von heute wird die erste Generation seit Langem sein, der es schlechter geht als ihren Eltern. Der soziale Aufstieg, das Gründungsversprechen unserer Republik, das Gründungsversprechen der sozialen Marktwirtschaft ist gescheitert. Damit haben wir ein riesiges Problem vor der Tür. Diese jungen Menschen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen sitzen, werden nicht mehr für ihre Rente vorsorgen können – weder privat noch in der staatlichen Rentenkasse. Sie schaffen es nicht mehr, zum Generationenvertrag beizutragen. Auch das scheint nicht in Ihre Köpfe zu gehen.

Wichtige Zukunftsinvestitionen werden unterlassen. Ökonomen sagen uns, je älter Gesellschaften werden, umso weniger wird investiert. Die Infrastruktur zerbröckelt; das kann man draußen sehen. Die jungen Menschen sitzen in heruntergekommenen Schulen; das kann man draußen sehen. Wir haben viel zu große Klassen, die auch noch unterfinanziert sind. Von den Universitäten brauche ich gar nicht zu reden.

Die jungen Menschen werden von der Politik durch ein G8-Turboabi gejagt, um das Geld einzusparen, das man dann wieder in die Rentenkasse steckt, weil die jungen Menschen nicht genug Geld verdienen, um den Generationenvertrag einzuhalten. Die Pensionslasten für Beamte in Milliardenhöhe hängen wie ein Betenschuh an den Füßen der jungen Generation, und das Wasser steigt und steigt und steigt.

Ich brauche nicht viel Mut, es zu wagen, an diesem Punkt doch die Landtagspräsidentin zu zitieren und zu sagen: „Man muss Scheiße nennen, was Scheiße ist.“

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass dieser Begriff nicht parlamentarisch ist.

(Zuruf von den PIRATEN: Haben Sie das mal im Präsidium geklärt?)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Landtagspräsidentin diesen Begriff außerhalb des Parlaments gebraucht hat. Es ist, glaube ich, ein großer Unterschied, ob man diesen Begriff außerhalb des Parlaments gebraucht oder während einer Rede im Hohen Haus.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Die Landtagspräsidentin hat die Würde des Hauses überall zu wahren!)

Michele Marsching (PIRATEN): Gut, das wiederholen wir gleich noch mal – vielleicht. – Das Problem ist, die jungen Menschen sagen das. Das hier aus dem Parlament herauszuhalten und zu sagen: „Wir wollen einfach nicht hören, wie schlecht es euch geht; wir wollen einfach nichts von euren Sorgen und Nöten hören“, ist genau das, was ich auf den letzten anderthalb Seiten stehen hatte und hier nicht vorgebracht habe. Das ist das Problem.

(Zuruf von der FDP: Nein!)

Anstatt die Zukunft zu gestalten, wird einfach nur verwaltet; das ist der Punkt. Die Digitalisierung wird einfach verschlafen, und in den Altparteien sitzen Zukunftsverweigerer, die sagen: Ach, es wird schon irgendwie weitergehen. – Dann stagnieren wir, und wir haben ein bisschen Kulturpessimismus und Technikfeindlichkeit, und all das führt zur Überforderung. Denn wenn die Mehrzahl der Wähler die Zukunft nicht mehr erleben wird, warum sollte ich dann noch in diese Zukunft investieren? Das sagen uns die Ökonomen.

Bei 542.000 Kindern im Land unter 18, die in Armut leben, wirkt die Aussage „Kein Kind zurücklassen!“ und die gleichzeitige Ignoranz wie blanker Hohn.

Wir Piraten haben als Partei jedes Jahr aufs Neue beantragt, die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans zu erhöhen. Stattdessen wurde das Geld zwischendurch nicht einmal ausgegeben, sondern es ist in den Landeshaushalt zurückgeflossen, weil man da ja sparen kann und Sparen ist immer gut. – Jetzt würde ich gern ein Wort sagen, dass ich nicht sagen darf.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Die gegenwärtige Politik nimmt den jungen Menschen ihre Zukunft, und keine andere Partei spricht hier – und auch der Haushalt spricht nicht – über den Konflikt zwischen Jung und Alt, das wird nicht ehrlich benannt. Keine andere Partei im Landtag will konsequent der politische Anwalt für die junge Generation in Deutschland und hier in Nordrhein-Westfalen sein.

Wir Piraten sind die Partei, die sich immer für die Interessen der jüngeren Menschen und im Zweifel

auch, so leid es mir tut, gegen die Interessen der Älteren entscheiden würde. Wir setzen uns einfach für eine zukunftsorientierte Politik ein, denn davon hat jeder was. Wir Piraten wollen das Wort „Zukunft“ wieder positiv besetzen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich habe ein riesiges Problem – das sage ich ganz offen –

(Zuruf von der CDU: Nicht nur eins!)

mit Ihnen und mit Ihrer Politik – die ist von gestern für die Probleme von morgen. Und dann kommt diese „Alternative“ und hat Lösungen von vorgestern für die Probleme von morgen. Das kann es nicht sein! Wir brauchen Lösungen von morgen, wir brauchen Lösungen für übermorgen.

Wie sieht die Bildung der Zukunft aus? Ich will Zukunft positiv besetzen. Wie sieht das aus, was möchten wir machen? – Die Lebens- und Arbeitswelt ist immer mehr von Informationstechnologie geprägt, und um diese Informationstechnologie zu verstehen, um das aktiv mitzugestalten, braucht man Kenntnisse der Informatik. – Ich wiederhole mich jetzt ein bisschen, aber Sie wollen es ja nicht hören.

Wir Piraten haben daher mit umfassenden Anträgen die Einführung des Pflichtfachs Informatik an allen Schulformen gefordert. Um das noch einmal klarzustellen, wir reden nicht vom Programmieren, wir reden von digitaler Medienbildung und informatischen Grundkenntnissen. Wir wollen, dass die Schüler fit sind für die Zukunft, denn in Zeiten der digitalen Revolution gewinnen diese Kenntnisse immer mehr an Bedeutung. Wenn wir das ignorieren, dann werden wir abhängt, und dafür haben wir hier im Land ganz konkret Verantwortung.

(Beifall von den PIRATEN)

Es gibt an sich begrüßenswerte Reformen, ich will das gar nicht verschweigen. Die schulische Inklusion wird aber in einer Art und Weise verhunzt, dass die Schulträger und Lehrgewerkschaften immer wieder kommen müssen und immer wieder kritisieren müssen, und sie warnen einfach vor einem Scheitern.

Da wird unbeirrt am Turboabi festgehalten. – Wir brauchen keine Nebelkerzen, Frau Ministerin Löhrmann, wir brauchen klipp und klar eine Rückkehr zu G9. Das wollen über 80 % der Menschen in diesem Land, und das müssen wir endlich umsetzen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich zitiere noch einmal die Ministerpräsidentin:

Wenn wir das nicht tun, wenn wir nicht zu G9 zurückgehen, wenn wir nicht darauf drängen, dass die Schüler in einem vernünftigen Tempo lernen können, dann versündigen wir uns an den Schülerinnen und Schülern dieses Landes.

Wir wollen eine Reduzierung der Klassenstärke. Wir wollen Doppelbesetzungen. Wir wollen eine massive Erhöhung des Bildungsetats. Ich habe einmal in einem Interview gesagt: Verdoppeln wir ihn! – Ja, dann verdoppeln wir ihn, wenn es nötig sein muss! Und ja, das kostet Geld. Und ja, man muss dafür Schulden aufnehmen, vielleicht sehr viele Schulden aufnehmen, und die Schuldenbremse wird dann nicht gehalten. Dann brauchen wir einen Ausnahmetatbestand in der Schuldenbremse. Bildung ist so wichtig – das kostet richtig viel Geld, aber die Zukunft unseres Landes muss uns das wert sein.

(Beifall von den PIRATEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Und was interessiert uns die Verfassung?)

Ich habe gestern Abend noch ein Gespräch geführt und diese Angst herausgehört. Was machen wir denn mit den Leuten, die sagen, es wird immer nur Geld in die Geflüchteten gesteckt? Mit einem höheren Bildungsetat können wir auch diesen Menschen sagen: Nein, so ist es nicht. Seht her! – Ich habe gerade noch einmal nachgeschaut, zwischen 2015 und 2017 haben wir den Bildungsetat um 3 Milliarden € erhöht, und in derselben Zeit haben wir 3 Milliarden € für Flüchtlinge ausgegeben. Es ist nicht so, dass wir immer nur die Geflüchteten bedenken, sondern von dem, was wir da ausgeben, haben alle Menschen etwas. Das müssen wir wiederholen, und damit müssen wir die Argumente der Alternative für Deutschland entkräften.

(Beifall von den PIRATEN)

Wissen Sie was? Um das einmal umzudrehen, Frau Kraft: Ein Pflichtfach Informatik, eine vernünftige Ausstattung der Schulen, kleinere Klassen, eine vernünftig finanzierte Inklusion – das geht in meinem Kopf sehr gut zusammen.

(Beifall von den PIRATEN)

Früher sind Wirtschaftsmetropolen an den großen Flüssen der Welt und an wichtigen Wegkreuzungen entstanden. Heute braucht die Wirtschaft vor allen Dingen den Anschluss ans globale Datennetz. Schnelles Internet ist heutzutage kein Luxus mehr, es ist die Grundlage. Es ist die Grundlage für eine moderne, für eine vernetzte, für eine Informations- und Wissensgesellschaft, auf die wir zusteuern. Die Datenmengen wachsen nun einmal und – das zeigen alle Untersuchungen – jedes Jahr exponentiell.

Nur mit einem Hochgeschwindigkeits-, Highspeed-Zugang zum Internet können Unternehmen noch mithalten und sich in der wachsenden digitalen Wertschöpfungswelt behaupten.

Nur mit diesem schnellen Internet können Arbeitnehmer und Selbständige von zu Hause aus an komplexen Produkten mitarbeiten. Ein schnelles und freies

Internet ist die Basis für vieles von dem, was in unserer heutigen und der zukünftigen Gesellschaft und in der Wirtschaft passiert.

Es gibt nur ein Problem: Wir brauchen diese Infrastruktur. Wir haben diese Kupferkabel, Technikstandard aus dem letzten Jahrtausend. Wir müssen diese Kabel durch Glasfaserleitungen ersetzen, und das geht, auch wenn Sie es langsam nicht mehr hören wollen, alles viel zu langsam. Die Zukunft in dem Bereich ist jetzt und nicht erst in den nächsten zehn Landeshauhalten.

Schleswig-Holstein schafft das! Die haben vor drei Jahren eine Glasfaserstrategie aufgesetzt und fast ein Viertel ihrer Haushalte schon mit Glasfaser-Highspeed-Internet versorgt.

Herr Finanzminister Walter-Borjans hat gerade gesagt, wir wären an der Spitze – vielleicht von der absoluten Zahl her, aber Nordrhein-Westfalen liegt bei 7 %. Wir können nicht weiter Däumchen drehen und sagen, das wird schon und wir haben jetzt mal eine Milliarde reingesteckt. – Nein, wir müssen uns jetzt sehr konzentriert auf diesen Bereich fokussieren, denn das ist die Zukunft. Wir wollen doch eine neue Gründerkultur, wir wollen doch die Start-ups hier haben! Dann brauchen wir flächendeckend Glasfaser, und zwar dezentral in kommunaler Hand, in Bürgerhand.

Wir haben diese Forderungen immer und immer und immer wieder hier gestellt. Wir haben Haushaltsänderungsanträge gestellt usw. Wissen Sie, auch das geht in meinem Kopf übereinander: flächendeckender Glasfaserausbau, schnelles, freies Internet, Gründerkultur und Start-ups. Das müssen wir hinkommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie wollen das Energieland der Zukunft sein. Wie wird man aber das Energieland der Zukunft? – Mit dem Festhalten an Braunkohle und den alten Kraftwerksdinos auf jeden Fall nicht. Wir müssen den dreckigen rheinischen Tagebau endlich perspektiv schließen. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung für den schnellen Kohleausstieg hier in diesem Land. Genau das blockieren Sie aber mit Ihrer von uns gerne so genannten Kraft-Kohle-Koalition. Ganz ehrlich: Die wahren Klimaschützer sitzen schon lange in den Klimacamps und nicht mehr hier im Parlament in den Reihen der Grünen.

Mit dem Beschluss zur Verkleinerung von Garzweiler II rühmen sich die Grünen: Wir haben den Einstieg in den Ausstieg geschafft.

Kommen wir zur Wahrheit. Sie wissen genauso gut wie wir: Die Kraftwerke verbrauchen einfach weniger Kohle. Das ist Fakt. Wenn Sie nun versuchen, billig vor den Wahlen der eigenen Klientel solche Wahlschenke zu machen, wird das nach hinten losgehen.

Denn die wahren Klimaschützer haben Sie als Wähler längst verloren, die wissen das nämlich auch.

Zudem wird die ganz große Fluchtbewegung – wir waren zuvor bei dem Thema „Flüchtlinge“ – noch kommen, weil dieser Klimawandel die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen zerstört. Dann, liebe CDU, gibt es keine sichern Herkunftsländer mehr, in die wir Menschen wieder abschieben können. Das gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir müssen in die Zukunft denken, und da ist die Zeit der großen Energieversorger vorbei. Wir müssen die fossilen Kraftwerke stilllegen, das war das Ziel der Energiewende. Heute und hier versucht man aber leider immer noch, RWE, E.ON und Co. zu retten. Dabei hätten wir mit der Digitalisierung sogar die Möglichkeit, in Nordrhein-Westfalen auf kleine, auf dezentrale Kraftwerke zu setzen. Wir könnten die Versorgungssicherheit garantieren. Jeder Bürger könnte sich aktiv an der Energiewende beteiligen – ob er nun ein konsumierender Produzent ist, der selber Strom produziert, oder ob er Mitglied einer Genossenschaft für Bürgerenergie wird.

Durch diese dezentrale Energiegewinnung würde außerdem die Wertschöpfung in den Kommunen bleiben. Die Gewinne aus den Beteiligungen von den Braunkohlekraftwerken, den Kohlekraftwerken und E.ON, STEAG und RWE – das fällt demnächst alles weg. Wie schaffen wir, das zu kompensieren? – Wir müssen den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen an dem Punkt angreifen, und das könnte man mit diesen dezentralen Kraftwerken – kommunal, in Bürgerhand – durchaus vergrößern, zwar nicht sofort, aber langfristig. Das geht für mich übereinander.

(Beifall von den PIRATEN)

Nächste Frage: Wie schaffen wir künftig soziale und digitale Teilhabe? Die heutige Arbeitsgesellschaft fordert einen hohen Preis. Wir haben eine hohe Arbeitslosigkeit, vor allen Dingen in den Ballungsräumen. Wir haben eine hohe soziale Ungleichheit. Wir haben prekäre, schlechte Arbeitsbedingungen. Wer nicht arbeitet, wird ausgegrenzt. Neben dieser sozialen Spaltung droht jetzt auch noch die digitale Spaltung. Denn ob der Roboter oder der Algorithmus kommt: Immer mehr Arbeitsplätze werden automatisiert, während weite Teile unserer sozialen Sicherungssysteme auf Lohnarbeit basieren. Das kann in Zukunft so nicht weitergehen.

Abzusehen ist heute schon, dass in der Phase des Übergangs in diese durchdigitalisierte Lebenswirklichkeit ein Drittel aller herkömmlichen Arbeitsplätze wegfällt. Da muss man keine Personen nachqualifizieren. Die Arbeitsplätze schichten sich nicht um, sondern sind dann weg. Das betrifft auch nicht nur

die Beschäftigten mit irgendwelchen simplen manuellen Tätigkeiten, sondern vor allen Dingen diejenigen, die höher und hoch qualifiziert sind, die mit dem Kopf denken. Denn der Computer ersetzt den Kopf und nicht die Hand.

Wir brauchen eine Antwort auf diese Entwicklung, bevor die Gesellschaft noch weiter oder vollständig auseinanderbricht. Auf der einen Seite haben wir diese immer weiter aufgehende Schere bei der Verteilung von Einkommen. Auf der anderen Seite wird es in Zukunft darum gehen, wie wir es schaffen, diese Effizienzsteigerung durch die Digitalisierung sinnvoll und zum Wohle aller und nicht Einzelner einzusetzen.

Als einzige Partei in diesem Landtag fordern wir Piraten daher die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, um jedem Menschen in Deutschland ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die moderne Gesellschaft, automatisierte und vor allen Dingen immer höher qualifizierte Arbeitsplätze, soziale und digitale Gerechtigkeit und Teilhabe sowie das bedingungslose Grundeinkommen: Das geht für mich sehr gut übereinander.

Wie können eine humane Flüchtlingsaufnahme oder eine Integration in Zukunft aussehen? Das ist eine der wichtigsten Fragen, und wir wissen alle, warum. Da kommen wir zu dem Bereich, in dem die Landesregierung in den letzten Jahren leider nur gefaillt hat – anders kann man das nicht sagen. Die nordrhein-westfälische Flüchtlingspolitik und -aufnahme sind eine Dauerbaustelle und eigentlich ein einziger Skandal. Man kann darüber lachen, aber ich sage: Mehr Schande als in diesem Bereich geht einfach nicht.

Die Misshandlungsfälle in den Landesunterkünften 2014 waren weltweit auf den Titelseiten. Das kann man doch nicht totschweigen oder darüber lachen.

Seien wir ehrlich: Da hätten personelle Konsequenzen folgen müssen. Herr Jäger, Sie können es nicht mehr hören, aber Sie hätten gehen müssen, und ich wiederhole meine Forderung von damals: Herr Jäger, Sie müssen weg,

(Minister Ralf Jäger: Nö!)

denn so geht es nicht weiter.

Wir Piraten haben seit 2012 regelmäßig hier gefragt: Wie sieht es mit den Aufnahmeeinrichtungen aus? Noch zwei Wochen vor der Aufdeckung des Skandals in Burbach haben Sie gesagt: Alles gar kein Problem, alles ist gut. – Entweder Sie wissen nicht, was in Ihren Landeseinrichtungen los ist, oder Sie haben das Parlament an diesem Punkt glatt belogen.

Wenn ich die Lage der Geflüchteten in NRW in den Jahren 2012 bis heute Revue passieren lasse: Im September 2012 gab es vier Landesunterkünfte und die ersten Berichte: Das System bricht zusammen. – 2013 hatten wir hier im Landtag auf unsere Veranlassung hin eine Diskussion zum Thema „Neukonzeptionierung der Flüchtlingsaufnahme“ – leider ohne Konsequenzen. Bis zur Aufdeckung des Misshandlungsskandals in Burbach im September 2014 war immer nur: Bitte weitergehen. Bleiben Sie nicht stehen. Hier gibt es nichts zu sehen. Wir haben keinen Handlungsbedarf. –

Die Kommunen haben jahrelang zu wenig Geld für die Versorgung der steigenden Anzahl an Geflüchteten bekommen. Sie sind abgespeist worden. Die Betreuung ist nicht an die Bedarfe angepasst worden. Die Landesaufnahmen waren überbelegt. Es gab keinerlei Standards. Niemand hat die Verantwortung übernommen. Kein Handlungsbedarf bis zum Skandal in Burbach, Bad Berleburg, Essen. Sie erinnern sich.

Danach gab es Gipfel. Gipfel sind immer gut. Gipfel und runde Tische – das kann die Landesregierung besonders gut. Dieser Gipfel hat Standards festgelegt für die Landeseinrichtungen. Der hat Standards festgelegt für Sicherheitsleute, hat Geld beschlossen für psychische, soziale, medizinische Betreuung. Da wurden Eckpunkte festgelegt. Nach Burbach wurden einige unserer Forderungen übernommen. Gut. Aber es geht ja weiter.

Es gibt Forderungen, die immer noch im Raum stehen: die Forderung nach dezentraler Unterbringung zum Beispiel, mehr Mittel für die Integration. Da wird jetzt etwas in die Hand genommen, aber es ist immer noch viel zu wenig. Wenn wir noch mehr Mittel fordern, wird das abgebügelt: Es reicht. Es gibt nichts zu sehen.

Nicht die Aufnahme der Flüchtlinge oder ihre Integration hier kosten so richtig viel Geld, sondern die Versäumnisse der Landesregierung.

(Beifall von den PIRATEN)

Alein letzte Woche die Kleine Anfrage der Kollegin Brand, die gefragt hat, wie es mit Kindern und Frauen in den Einrichtungen geht, und die Recherchen um die Aufdeckung über Olpe und Burbach zeigen: Das Problem sind nicht einzelne Unterkünfte. Das Problem ist, dass wir ein strukturelles Versagen der Kontrolle und ein Behördenversagen dieser Landesregierung hier haben.

Wir müssen die Flüchtlinge dezentral unterbringen, und zwar nicht nur in Essen, sondern in allen 395 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Nur durch das gemeinsame Zusammenleben im Quartier kann die Gesellschaft neu Ankommende integrieren. Nur durch dieses Zusammenleben können die soziale

Isolation und auch die Stigmatisierung von Flüchtlingen – das sind die da drüben in dieser Halle – beendet werden. Nur durch dieses Zusammenleben kann die Akzeptanz seitens der ansässigen Einwohnerinnen und Einwohner erhöht werden.

Auch hier gilt eins: Die Digitalisierung bietet uns auch hier eine Chance, und zwar dass Geflüchtete, dass die Zivilgesellschaft, dass Behörden leichter in Kontakt treten können, dass zahlreiche Angebote im Bereich die digitalen Flüchtlingshilfe von Apps bis zu Sprachlernangeboten angeboten werden, dass wir Empowermentkonzepte machen, wo Flüchtlinge Hilfe zur Selbsthilfe bekommen. Das alles müssen wir bündeln. Das alles muss diese Landesregierung bündeln und verbessert auf einer Plattform zur Verfügung stellen.

Für mich gehen eine humane Flüchtlingspolitik, die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, verbindliche Standards, Empowerment gut übereinander.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber was machen wir jetzt daraus für die Zukunft? Denn eines ist klar: CDU, FDP und Regierung gehen in meinem Kopf nicht übereinander. So viel steht fest.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir haben immer wieder Lösungen vorgeschlagen, damit wir die Probleme von heute nicht mit den Lösungen von gestern oder vorgestern angehen müssen. Denn wir müssen die Zukunft gestalten. Wir müssen das Wort Zukunft positiv besetzen.

Sie haben noch Zeit, bis Mai zu regieren. Ich rufe Sie auf: Bitte, bitte, handeln Sie. Arbeiten Sie mit dem Parlament zusammen. Nehmen Sie Hilfestellungen an. Machen Sie das, was Sie damals gesagt haben: die Politik der offenen Hand. Ein „Weiter so“ darf es einfach nicht geben.

Wenn Sie das nicht machen, dann holen Sie und jeder einzelne, der einem solchen Haushalt zustimmt, die Alternative hier ins Haus, und zwar eine Alternative, die wir, glaube ich, nicht wollen.

Zeigen Sie, dass Demokratie funktionieren kann. Zeigen Sie, dass der Diskurs funktioniert. Denn wenn das Wort Zukunft wieder mit Zuversicht verbunden wird, statt mit Angst, wäre das die richtige Alternative für dieses Land.

(Anhaltender Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Jetzt spricht der fraktionslose Abgeordnete Schwerd.

Daniel Schwerd (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und an den

Bildschirmen! Herr Laschet sprach vorhin Kinderarmut an – ganz zu Recht. Überrascht war ich allerdings, als er der Landesregierung in dem Zusammenhang die Bankenrettung vorgeworfen hat. Das fand ich dann doch ein bisschen hybrid. Aber das nur am Rande.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen ist arm. Unser Land ist sogar ein besonderes Negativbeispiel. Denn hier ist der Anteil armer Kinder in den letzten Jahren sogar gestiegen. Armut ist ein Lebensurteil. Arme Kinder werden zu armen Erwachsenen, die dann wieder arme Kinder bekommen. Armut wird gewissermaßen vererbt. Die Durchlässigkeit ist wie bei der Bildung in unserem Lande ganz besonders gering.

Wir leisten uns eine beispiellose soziale Spaltung in unserem Land. Wir lassen zu, dass diese weiter wächst. Wir beobachten ein explosives Potenzial, das Jahr für Jahr anwächst.

Die Ursache für diese Spaltung, der Grund für die Endgültigkeit dieses Urteils, arm zu sein, ist Hartz IV. Hartz IV ist staatlich verordnete Armut. Menschen in Hartz IV werden auf ein Lebensniveau gebracht, weit unter dem, was gesellschaftliche Teilhabe oder würdige Existenz ermöglichen würde. Ich brauche Ihnen das doch nicht vorzurechnen.

Menschen sind gezwungen, prekäre Arbeitsverhältnisse ohne Zukunftsaussichten einzugehen. Auch Arbeit schützt nicht vor Armut heutzutage. Ein Heer von Aufstockern hat selbst mit Arbeit nicht genug. Und wer sein Leben lang gearbeitet hat, bekommt oft genug nur Rente unterhalb des Existenzminimums.

Auch das hat einen Grund: die Aufkündigung der solidarischen Sozialversicherungssysteme. Junge, gesunde, gut verdienende Menschen können sich ausklinken. Übrig bleiben nur tendenziell Alte, Kranke und geringer Verdienende. Ich muss Ihnen doch nicht vorrechnen, dass ein solidarisches System so nicht funktionieren kann.

In unserem reichen Land müsste niemand arm sein. Gesellschaftliches Vermögen ist genug da. Doch es ist ungerecht verteilt. Wir haben uns vom Solidargedanken in unserer Gesellschaft verabschiedet. Jeder ist sich selbst der Nächste. Das nennt man Neoliberalismus.

Dabei waren wir schon einmal weiter. Wir hatten einmal ein System, das hieß soziale Marktwirtschaft. Keiner soll sich über schleppende Binnenkonjunktur wundern, wenn die Gehälter schon seit Jahren nicht mehr real steigen.

Der hier vorgelegte Landeshaushalt 2017 ist Beleg der Selbstentleerung der Politik. Jahrelang wurde die Einnahmeseite des Staates beschnitten, indem

Steuern besonders auf Vermögen oder Unternehmensgewinne entfielen. Internationale Konzerne können die Kannibalisierung der Steuersysteme der verschiedenen Länder untereinander ausnutzen, und nichts wird dagegen unternommen.

Jahrelang wurden Vermögenswerte der öffentlichen Hand verschleudert. Die lukrativen Besitztümer der Allgemeinheit wechseln in private Hände. Dem Staat und den Kommunen bleiben nur die unwirtschaftlichen Stücke.

Gleichzeitig steigen durch demografische Effekte die Ausgaben. Die meisten Haushaltspositionen lassen gar keinen Spielraum zu. Jede Einsparung ist ein schmerzhafter Schnitt in die Substanz, und so hat sich die Politik selbst jeder Möglichkeit politischer Gestaltung durch den Haushalt beraubt. Die Königsdisziplin des Landtags? Eine Farce.

Die Krönung dieser Selbststrangulation ist der Popanz der schwarzen Null. Die Politik hat sich das Aufnehmen von Krediten selbst verboten. Auch hier waren wir schon einmal weiter, nämlich bei Keynes' Deficit Spending, der Lehre des Schwarzen Freitag.

Die Aufnahme von Krediten ist doch nicht grundsätzlich schlecht. Ein guter Kaufmann wird selbstverständlich einen Kredit aufnehmen, wenn beispielsweise eine Produktionsmaschine defekt ist; denn sonst kann er seinen Laden gleich zumachen. Er wird selbstverständlich einen Kredit aufnehmen, wenn die Zinsen, die er dafür zu zahlen hat, unter dem Return on Investment liegen, den er erwartet. Er wird einen Kredit aufnehmen, wenn er damit sehr viel höhere Ausgaben in der Zukunft verhindern kann.

Unser Land macht das alles falsch. Unser Land verhält sich nicht wie ein verantwortungsbewusster Kaufmann. Dringend notwendige Investitionen, etwa in Bildung oder Infrastruktur, unterbleiben, obwohl man genau weiß, dass uns das in Zukunft teuer zu stehen kommen wird.

Eine nicht renovierte Infrastruktur – das sind doch einfach nur nicht deklarierte Schulden. Wollen wir den Laden, wollen wir das Land denn jetzt einfach zumachen?

Angesichts der niedrigen Zinsen wäre es sinnvoll, jetzt Schulden aufzunehmen und dringend notwendige Investitionen zu tätigen – in Bildung und in Infrastruktur – sowie beispielsweise einst öffentliche Netze zurückzukaufen, solange die Zinsen unterhalb der zu realisierenden gesellschaftlichen Vorteile liegen. Das wäre weitsichtig.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Schwerd (fraktionslos): Das ist der letzte Absatz. Ich bin sofort fertig. – Und ein Letztes noch: Armut und Existenzsorgen sind der Boden, auf dem rechtspopulistisches Gedankengut keimt.

Die Wahlerfolge der AfD wären nicht denkbar ohne Abstiegsängste, die ganz geschickt ausgenutzt werden. Lassen Sie das nicht weiter zu. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerpräsidentin.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bin der Debatte jetzt knapp vier Stunden gefolgt und würde nun gerne in einigen Punkten auf einige Redner eingehen.

Ich möchte mit Herrn Lindner beginnen. Lieber Herr Kollege Lindner, der Beitrag, den Sie hier geliefert haben, war außerordentlich undifferenziert, oberflächlich, platt und in Teilen populistisch. Ich muss das so klar sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Falsch!)

Ich werde Ihnen das auch gleich belegen. Das ist dieser Debatte über den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen nicht würdig. Ich weiß, Sie sind nur auf dem Durchflug, aber ich finde, Sie sollten dieses Haus dennoch ernst nehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dies soll aber nicht unbelegt bleiben. Ich konnte nur die ersten Punkte Ihrer Rede mitschreiben, weil ich nicht so schnell mitgekommen bin. Sie haben darin einfach Dinge in den Raum geworfen, als wären sie Fakt.

Sie haben gesagt, es habe nur wenige Ausgaben für die Grundschulen gegeben. – Falsch, Herr Lindner. Falsch. Die Ausgaben für die Grundschulen sind seit 2010 um 167 Millionen € gestiegen.

(Christian Lindner [FDP]: Niedrigste Ausgaben für die Grundschulen! Niedrigste, habe ich gesagt!)

Wir haben 1.700 zusätzliche Stellen für den Ganztags geschaffen. Das ist Politik für die Kinder in diesem Land und nicht das, was Sie vorher hier verunstaltet haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Falsch!)

Dann haben Sie mal eben schnell aus der Hüfte in den Raum geschossen, dass auf dem Arbeitsmarkt

alles viel schlechter geworden sei. – Entschuldigung, aber die Arbeitslosenzahlen lagen 2010 bei 8,7 % und 2016 bei 7,8 %, Herr Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Im Ländervergleich sind sie ganz unten!)

Sie haben gesagt, die Situation auf dem Arbeitsmarkt sei schlechter geworden. – Belegen Sie das anhand von Daten und Fakten, und nennen Sie endlich Details. Dann kann man sich damit auseinandersetzen. Das funktioniert aber nicht auf so einer Bla-bla-Ebene.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Nur die Lautstärke macht es nicht!)

– Nein, Sie haben doch vorhin selber geschrien. Sie haben mir doch vorhin die Ohren vollgeschrien. Dann darf ich doch wohl auch einmal emotional werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Ich habe überhaupt nicht geschrien!)

– Nein, aber der Kollege Lindner. Entschuldigung.

Wenn Sie solche Dinge einfach populistisch in den Raum schießen und derartig undifferenziert damit umgehen, hilft das in der politischen Auseinandersetzung mit denjenigen, die von rechts kommen, übrigens wirklich nicht. Das hilft überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zudem haben Sie mal eben in den Raum geworfen, die Straftaten seien gestiegen. – Schauen wir uns das einmal im Detail an: Die Straftaten sind insgesamt um 5,17 % gestiegen. Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen aus Bayern, Herr Kollege Laschet, weil Sie immer gern den Vergleich haben: 2010 bis 2015 verzeichnet Bayern ein Plus von 29,93 %. Das ist schon interessant.

(Zurufe von der SPD: Oh! Nein!)

2010 bis 2015 waren es in NRW 5,17 % und im Bund 6,7 %. Ich möchte das einfach einmal in Relation setzen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Da sind aber die ganzen Grenzübertreter mit drin! Die müssen Sie rausrechnen! Das ist ein unfairer Vergleich!)

Ich finde, wir müssen einfach einmal aufeinander hören.

Das waren die Straftaten insgesamt.

Jetzt schauen wir einmal, wo es Verschlechterungen und Verbesserungen gegeben hat.

Verschlechterungen hat es beim Betrug gegeben. Da hat die Kriminalität um 13,51 % zugenommen. Ich

denke, einen Großteil macht dabei die Internetkriminalität aus.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Danke, dass Sie dabei auf mich zeigen! Sehr nett! Internetkrimineller wollte ich schon immer mal sein!)

Verschlechterungen gab es auch bei den Diebstahldelikten, insbesondere bei den Wohnungseinbrüchen.

Auch da vergleichen wir einmal die Zahlen von 2010 bis 2015 von NRW, Bayern und dem Bund insgesamt. In NRW ist hier ein Plus von 39,3 % zu verzeichnen. Das ist schlecht, und deshalb arbeiten wir daran. In Bayern sind es plus 67,34 %, auf Bundesebene plus 37,73 %.

(Zuruf von der SPD: Aha! – Jochen Ott [SPD]: Hört, hört!)

Jetzt kommen wir aber einmal zu den Dingen, die auch dazugehören, wenn man über Straftaten redet. Straftaten gegen das Leben: minus 18,72 %; Vergewaltigung und sonstige sexuelle Nötigungen: minus 25,81 %; Raub/räuberische Erpressung: minus 6,51 %; Gewaltkriminalität: minus 10,50 %; Jugendkriminalität: minus 21,65 %.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Minister Ralf Jäger)

Zeichnen Sie ein differenziertes und richtiges Bild. Legen Sie den Finger in die Wunde, wo er hingehört; keine Frage. Aber machen Sie es nicht so pauschal.

Dann möchte ich noch ein Wort – das haben Sie auch angesprochen – zu der gestrigen Debatte über die Integrationspolitik sagen. Ich glaube, dass es wirklich eine vertane Chance war, bei diesem Thema nicht zusammenzubleiben.

(Christian Lindner [FDP]: Falsch!)

Ich habe gestern vernommen, dass sowohl CDU als auch FDP gesagt haben, sie würden an einigen Stellen etwas anderes tun, und sie würden mehr tun. Mich würde nur interessieren, ob Sie wenigstens diesmal die Haushaltsberatungen – gestern haben wir ja über den Nachtrag 2016 entschieden, und da haben Sie es nicht getan – für 2017 einmal mit Geld hinterlegen und uns sagen würden, wo Sie dafür an anderer Stelle Kürzungen vornehmen würden. Das ist eine Aufgabe, die ich von der Opposition erwarte.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Einmal!)

Aber bisher haben Sie in dieser Hinsicht nicht geliefert, meine Damen und Herren. Bisher haben Sie nicht geliefert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Piraten – denen habe ich auch zugehört – lehnen die Schuldenbremse ab, und damit ist es für sie ganz einfach. Denn das bedeutet, dass sie jeden Antrag

stellen können, unabhängig davon, ob man damit über die Schuldengrenze kommt oder nicht. Aber zu behaupten, Herr Marsching, dass dieses Land, was Flüchtlingspolitik angeht, unterirdisch sei, wie Sie es hier skizziert haben, ist eine blanke Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Zu wenig, habe ich gesagt! Zu wenig!)

Jedes andere Land der Bundesrepublik Deutschland beneidet uns um unsere Strukturen,

(Armin Laschet [CDU]: Na, na, na, na, na, na, na, na!)

beneidet uns darum, dass wir in aller Klarheit mit diesem Parlament die notwendigen Entscheidungen schnell vollzogen haben. Lieber Herr Laschet, selbst wenn es dafür drei, vier oder fünf Nachtragshaushalte braucht, ist es richtig, damit wir schnell und intensiv auf diese Fragestellungen reagieren können. Das ist die Aufgabe einer Regierung, und die nehmen wir wahr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden das weiterhin in aller Konzentriertheit tun, weil wir ein sehr klares Konzept für die Zukunft unseres Landes haben und sehr systematisch daran arbeiten.

(Christian Lindner [FDP]: Dann kann Herr Duin das doch vorstellen!)

– Ja, wir reden noch einmal über die einzelnen Punkte, die die Zukunft unseres Landes bestimmen werden; da sind wir hoffentlich einer Meinung.

Ich habe diese in „starke Wirtschaft, gute Arbeit“, „Bildung“ und „lebenswertes Nordrhein-Westfalen“ gruppiert. Ich nenne Ihnen jetzt die Unterpunkte, und vielleicht kommen wir zu Daten und Fakten, die aufzeigen, wo was angepackt worden ist.

Und dann wüsste ich von Ihnen gerne, wo Sie Mehrbedarf sehen. Außer dass Sie sagen, es müsse alles schneller oder langsamer gehen – je nach Thema – oder man müsse mehr Geld einsetzen, habe ich von Ihnen nichts dazu gehört. Sie sagen nicht, woher das Geld kommen und wie viel es denn sein soll. Denn Sie stellen keine Anträge und bekennen auch nicht Farbe in den Haushaltsdiskussionen; das haben wir in den letzten Jahren mehrfach erlebt. Ich möchte, dass Sie als Opposition sich dazu verhalten, und zwar nicht nur auf einer Überschriftenebene. Ich möchte, dass Sie einsteigen und sagen, an welcher Stelle Sie wirklich etwas anderes machen würden; ich komme gleich noch zu „KeKiz“.

Herr Laschet, jetzt sagen Sie, eigentlich hätten Sie „KeKiz“ erfunden, und das sei eigentlich banal.

(Armin Laschet [CDU]: Nein, Prävention!)

Jahrelang haben Sie dagegen geschossen und behauptet, wir würden Milliarden dafür ausgeben.

(Armin Laschet [CDU]: Prävention!)

Das ist doch Unfug gewesen.

(Armin Laschet [CDU]: Zuhören! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr macht doch Unfug!)

Und jetzt haben Sie das Problem, dass Ihre Bürgermeister, Ihre Landräte sagen, dass „KeKiz“ genau der richtige Ansatz für Nordrhein-Westfalen sei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Da ich noch ein paar Minuten Zeit habe, gehe ich die Bereiche durch.

Zu „starke Wirtschaft, gute Arbeit“. Wenn ich mit Unternehmen spreche, ist der Hauptpunkt, den Sie von uns als Politik – egal, auf welcher Ebene – erwarten, Verlässlichkeit; dazu gehören auch klare Perspektiven. Die Verlässlichkeit war nicht gegeben aufgrund des Hü und Hott – darauf muss man an dieser Stelle hinweisen – in der Atompolitik einer Regierung, die mit CDU und FDP besetzt war.

(Beifall von der SPD)

Die Verlässlichkeit war nicht gegeben mit einem FDP-Bundeswirtschaftsminister, der nicht in der Lage war, die Energiewende konzeptionell zu unterfüttern. Das haben wir

(Christian Lindner [FDP]: Und, ist das besser geworden? Ist das besser geworden, Frau Kraft?)

auch aus Nordrhein-Westfalen mit viel Druck verändert. Wir haben eine klare Linie bei der Energiepolitik. Bei uns wissen die Unternehmen, woran sie sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Das ist der Unterschied.

(Christian Lindner [FDP]: Da lachen doch die Hühner, Frau Kraft!)

Und bei uns wissen die Unternehmen auch, worauf sie sich verlassen können, nämlich darauf, dass wir die energieintensiven Arbeitsplätze auch im Rahmen einer Energiewende weiterhin schützen werden. Wir haben dafür erst kürzlich einen Erfolg in Brüssel erzielen können, auch dank des Bundeswirtschaftsministers; den will ich dabei nicht vergessen. Aber es ist völlig klar: Wir kämpfen um jeden industriellen Arbeitsplatz in diesem Land.

Sie sind diejenigen, die nicht verstehen, was Stahl mit Industrie 4.0 zu tun hat. Dieser Widerspruch, den Sie hier aufbauen, ist doch abenteuerlich. Das kann man doch keinem vernünftigen Menschen erklären.

Wollen Sie demnächst nur noch Daten transferieren? Oder wollen Sie auch noch Häuser bauen? Wollen Sie auch noch Windkraftanlagen bauen?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Sie haben doch von Industrie 4.0 geredet! Das ist Ihr Plan! Das ist Ihre Idee! Das ist ja geil jetzt!)

Natürlich brauchen wir Stahl in diesem Land. Das ist Hightech, lieber Kollege Marsching! Das ist Hightech!

(Beifall von der SPD)

Und weil wir um jeden industriellen Arbeitsplatz kämpfen, haben wir schon lange industriepolitische Leitlinien vorgelegt. Die werden schon mit der Industrie diskutiert; das ist bei Ihnen vielleicht noch nicht angekommen, Herr Laschet. Und wir arbeiten mit der Initiative „Dialog schafft Zukunft“ am Thema „Akzeptanz“. Wir schreiben uns das Thema auf die Fahnen, weil wir den Menschen im Land erklären müssen, wie wichtig es ist, die komplette Wertschöpfungskette im Land zu behalten, wie wichtig es war, dass wir nicht den Fehler gemacht haben, den andere gemacht haben, nämlich auf Industriearbeitsplätze zugunsten von Finanzmärkten und Dienstleistungen zu verzichten. Das ist die Industrie, die wir in diesem Land machen: Wir bekennen klare Kante für die Industrie!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Und zur Verlässlichkeit gehören auch die Clearingstelle Mittelstand und das Mittelstandsgesetz. Dazu gehört die Handwerksinitiative. Oder glauben Sie, die guten Zahlen, die gestern bekannt geworden sind – im zweiten Quartal verzeichnen wir im Handwerk ein Wachstum von 5,8 % –, kommen von nichts, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der CDU)

Das ist auch das Ergebnis einer guten Politik für das Handwerk in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und wenn wir über Verlässlichkeit und klare Perspektiven reden, kann ich sagen, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Unternehmen können sich auf Veränderungen einstellen. Diese hätten sich übrigens nach dem ersten Veränderungsprozess auch früher auf den Atomausstieg einstellen können. Dann hätten wir manche Probleme heute nicht, wenn es nicht zu so einem Hü und Hott gekommen wäre.

(Christian Lindner [FDP]: So ein Quatsch! Totaler Quatsch!)

Wir sagen klipp und klar: Deshalb war der Prozess zum Klimaschutzgesetz und zum Klimaschutzplan, den wir gemeinsam mit der Wirtschaft, mit allen Akteuren bestritten haben, ein wichtiger Prozess. Denn es geht um klare Perspektiven in diesem Land, damit die Unternehmen wissen, wohin die Reise geht. Und auch dafür steht diese Landesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und wenn ich dann lese, die Landesregierung arbeite so schlecht, es gehe um mehr und das Klima für die Wirtschaft sei so schlecht, dann kann ich nur sagen ...

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU])

– Ja, klatschen Sie ruhig. – Wenn doch das Klima für die Wirtschaft hier im Land so schlecht ist, dann erklären Sie doch einmal den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land – von mir aus auch Ihren Parteimitgliedern –, warum die Direktinvestitionen in diesem Land höher sind als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Diesen Zusammenhang möchte ich mal verstehen können. Das kriege ich nicht übereinander, lieber Herr Marsching.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu den Investitionen in die Infrastruktur. Investitionen in die Bundesinfrastruktur, beispielsweise in die Bundesautobahnen, in das Netz der Schiene oder in das Wassernetz, sind von entscheidender Bedeutung.

Ihr Verkehrsminister hätte sich doch damals die Finger danach geleckt, wenn er es damals geschafft hätte, die Mittel nach Nordrhein-Westfalen zu holen, die wir heute geholt haben. Das gelang uns dank unserer Zusammenarbeit. Aber vorher hatten wir immer nur unterdurchschnittliche Mittel. Jetzt bekommen wir 35 % und haben endlich Mittel, um alles reparieren zu können, und das ist gut so.

Dafür sage ich: Danke, Mike Groschek, danke auch an die Kolleginnen und Kollegen im Bund von SPD und CDU.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU – Christian Lindner [FDP]: Keine grüne Hand hat sich gerührt! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir denken nicht nur über Straße nach, sondern wir sind auch bei der Schiene dabei. Wir haben den RRX dazu gebracht, dass er ausfinanziert wird. Wir packen den Bahnknoten in Köln an. Wir gehen auch an die Wasserstraßen, weil wir wissen, Infrastruktur muss vielfältiger sein. Was haben Sie uns bei der FDP damals verlacht, als wir uns um die Fahrradautobahn gekümmert haben? – Heute ist das ein Erfolg in diesem Land. Gut, dass Sie nicht mehr dran waren, gut, dass wir es umgesetzt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Verlässlichkeit, klare Perspektiven, Infrastruktur, Innovationsfähigkeit – der Etat des Wissenschaftsministeriums, meine Damen und Herren, ist zwischen 2010 und 2016 von 5,8 auf 8,2 Milliarden € gestiegen. Wir haben getan, was wir konnten, auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse, weil wir im-

mer gesagt haben: Wir müssen in dieses Feld investieren. Ja, wir haben zu wenig FuE. Aber um es genauer zu sagen, wir haben zu wenig FuE im Bereich der Unternehmen in unserem Land. Daran wollen wir weiter arbeiten, dafür kämpfen wir in Berlin, dafür laufen die Diskussionen um Steuererleichterungen für FuE-Investitionen. Ich hoffe, dass wir da in Berlin noch zu Potte kommen, solange diese Regierung noch dran ist. Da könnten Sie mithelfen, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Clusterbildung vorangetrieben, weil uns Wirtschaft und Wissenschaft in der Kombination nach vorne bringen. „it`s OWL“ haben wir hier gefeiert und werden wir feiern. Das ist eine Blaupause für das, was in vielen anderen Bereichen läuft. Wenn wir über Innovationsfähigkeit reden, dann reden wir in der Tat über schnelles Internet, dann reden wir über Digitalisierung. Wir haben hier eine sehr ausdifferenzierte Strategie auf den Tisch gelegt, wir setzen sie Schritt für Schritt um. Das schnelle Internet kommt, und wir sind doch gut in Nordrhein-Westfalen.

2010, Herr Laschet, damit wir den Vergleich noch einmal haben, hatten wir bei mindestens 50 Mbit eine Abdeckung von 57,9 %. Jetzt sind wir bei knapp 80 %. Das ist Politik dieser Landesregierung. Das haben wir nach vorne getragen, weil wir wussten, dass das das Zukunftsthema ist, was wir anpacken müssen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Zusage steht, bis 2018 50 Mbit flächendeckend und die Gewerbegebiete mit Glasfaser. Das wird passieren, und bis 2026 Glasfaser überall, weil wir auch wissen, dass das wichtig ist. Aber ich bleibe dabei: Das muss nicht alles der Staat finanzieren. Deshalb ist es gut und richtig, dass da, wo es funktioniert, der Markt auch seinen Anteil bringen muss; denn das ist soziale Marktwirtschaft, dass nicht der Staat grundsätzlich erst einmal alles finanziert und mit der Gießkanne losläuft. Auch das gehört zu unserer Politik.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Aber die Voraussetzungen dafür schaffen nun einmal Sie!)

Kommen wir zum Thema „Gründung“. Was haben wir denn da geschafft? – NRW ist inzwischen Spitzenreiter insgesamt und auch bei den gewerblichen Gründungen. Herr Lindner, das haben Sie als Regierung in den Jahren 2005 bis 2010 nicht geschafft. Das muss man jetzt mal klar sagen. Wir sind dabei! Wir haben die Strukturen aufgebaut. Wir sorgen dafür, dass die Gründer in diesem Land sich wohlfühlen, sich entwickeln können, dass sie auch die Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit finden und dass wir sie willkommen heißen.

Und dafür sage ich Dank an Garrelt Duin an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Unternehmen reden, wenn sie über starke Wirtschaft reden, auch über Bürokratieaufbau. Ich finde das richtig. Wir haben damals das Pilotprojekt „Ostwestfalen“ auf die Schiene gesetzt.

(Christian Lindner [FDP]: Clement!)

Das war auch gut; ich war dabei.

(Christian Lindner [FDP]: Er gehört der Partei jetzt gar nicht mehr an!)

Er war trotzdem damals ein sozialdemokratischer Ministerpräsident dieses Landes, und in diesem Feld hat er das goldrichtig gemacht, und die Ergebnisse wurden auch auf den Rest des Landes übertragen.

Wenn uns die Unternehmen nun sagen: „Da ist wieder so viel Bürokratie, davon muss etwas weg“, dann haben wir ein offenes Ohr, und wir haben mit denen schon Vereinbarungen getroffen.

(Zurufe von der FDP)

Die Familienunternehmen sind natürlich in besonderer Weise von Bürokratie betroffen, Großunternehmen können das leichter abfedern, wie wir wissen. Deshalb haben wir mit den Familienunternehmen und den Bezirksregierungen eine Verabredung getroffen, dass es jetzt genau solche Modellvorhaben gibt, wo jemand von der Bezirksregierung in ein Unternehmen geht und sich sehr konkret anschaut, was das für Bürokratie ist, wer sie sozusagen beauftragt hat, und wie man zu Verbesserungen kommen kann, auch unter Nutzung von Digitalisierung. Das ist konkrete Politik, die den Standort voranbringen wird, davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ein Ärgernis für die Unternehmen im Land ist dann ja oft die Dauer der Verfahren. Ich war jetzt im Rheinland unterwegs, da war das auch wieder großes Thema. Wir hatten eine Situation, an die ich mich nur zu gut erinnere. Warum dauern denn Verfahren länger? Wir hatten eine Situation, die Sie hinterlassen haben, wo die Stellen in der Bezirksregierung zu weiten Teilen nicht besetzt waren.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dann mussten wir diese Wiederbesetzung vornehmen, trotz schwieriger Haushaltssituation, gegen den Willen derjenigen, die immer gesagt haben: Ihr müsst sofort und ganz schnell die Schuldenbremse einhalten. Dazu haben wir gesagt: Nein, die Handlungsfähigkeit des Staates, die Investition in Bildung, Infra-

struktur und Sicherheit müssen wir auf die Reise bringen. Genau das haben wir getan, und ich finde, das war der richtige Weg.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann reden wir auch einmal differenzierter über Wirtschaftswachstum. Wir haben ein Bruttoinlandsprodukt 2010 von 565 Milliarden €. Wir haben jetzt im Jahr 2015, das sind die letzten Zahlen, 655 Milliarden €. Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 lag 1,6 Punkte hinter dem Bundesdurchschnitt. Diesen Abstand haben wir von 2010 bis 2014 verringert, nein, das ist sogar noch besser: Im Jahr 2014 lagen wir zum ersten Mal oberhalb des Bundesdurchschnitts. Wir haben jetzt eine erste Prognose zu 2015, die uns ärgert und weiter an die Arbeit bringt.

Aber ich sage, hier so zu tun, als wäre dieses Land seit dem Jahr 2010 wirtschaftlich im totalen Niedergang, ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die mit populistischen Parolen durch das Land laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer an der Zukunft Nordrhein-Westfalens arbeitet – da bin ich völlig bei Ihnen, da habe ich viele Übereinstimmungen heute gehört –, der muss das Thema „Bildung“ angehen, und das haben wir getan.

Bei den Hochschulen – ich habe den Etat genannt – haben wir die Studiengebühren abgeschafft, weil sie eine Hürde waren,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

weil es darum geht, dass alle jungen Menschen die Chance haben sollten, die dazu die Befähigung haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Christian Lindner [FDP]: Das ist falsch! Das ist nachweislich falsch!)

– Ja, schauen wir uns das einmal an. Herr Lindner, ich weiß, mit Daten und Fakten ist es bei Ihnen nicht so. Deshalb liefere ich die gern nach.

(Christian Lindner [FDP]: Themawechsel! Demografischer Wandel!)

2010 Absolventen an NRW-Hochschulen rund 80.000, 2015 100.000. Schon sehr gut.

(Christian Lindner [FDP]: Demografischer Wandel!)

– Moment! – MINT-Studiengänge – wir alle wissen, es wird um Ingenieure gehen – 196.000 in 2010, 280.000 in 2015.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Das ist Politik und Arbeit an der Zukunft unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da wir glauben, dass es nicht für jeden richtig ist, zu studieren, da wir glauben, dass der duale Ausbildungsweg wieder viel stärker in den Vordergrund rücken muss,

(Armin Laschet [CDU]: Schlusslicht!)

weil wir endlich die Durchlässigkeit des Bildungssystems haben, haben wir im Ausbildungskonsens gemeinsam das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ verabredet, ein Programm, das wirkt, wovon Herr Weise von der Bundesagentur sagt, das würde er sich bundesweit wünschen. Ein solches Programm für ganz Deutschland, das würde uns voranbringen.

Bei der Bilanz habe ich wenige von Ihnen gesehen. Vielleicht hätten Sie einmal mit den Praktikern Kontakt aufnehmen sollen. Die Erfahrungen aus den sieben Kommunen, die von Anfang an dabei waren, zeigen: Aus dem engen Zusammenwirken mit der Wirtschaft vor Ort entstehen neue Ausbildungsplätze.

Ich bin dankbar, dass wir das im Ausbildungskonsens genauso verabschiedet haben wie das zweite wichtige Programm, nämlich dass wir Ausbildungsplätze schaffen von unten, dass wir nicht von oben die Vorgaben machen, sondern im Bottom-up-Ansatz mit den Akteuren vor Ort daran arbeiten, dass es mehr Ausbildungsplätze in diesem Land gibt, weil es uns nicht ruhen lässt, dass es immer noch so viele Unversorgte in diesem Land gibt.

Wir können jetzt nicht als Staat alles übernehmen. Das würde die duale Ausbildung nach meiner Auffassung sprengen. Wir wollen, dass dieses System gestärkt wird mit der Wirtschaft, mit den Akteuren, mit den Betriebsräten. Das ist der Weg, den diese Landesregierung geht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dazu gehört im Übrigen auch eine wichtige Kampagne, nämlich „In drei Jahren Weltklasse“, damit das Bewusstsein dafür, was bei Ausbildung dahintersteckt und wie es weitergehen kann, noch mehr in den Vordergrund gerückt wird.

Ich komme zum Thema „Schule“. Jeder dritte Euro des Landeshaushalts geht in Kinder, Bildung und Familie. Ungefähr 9.000 Lehrerinnen und Lehrer wurden letztes Jahr zusätzlich eingestellt, und in diesem Jahr kommen noch einmal welche dazu.

(Christian Lindner [FDP]: Eingestellt! – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Wir haben den Schulkonsens miteinander auf den Weg gebracht, weil uns klar war, diese Debatten zur Schulstruktur bringen uns nicht weiter. Tun Sie mir einen Gefallen bei G8/G9: Lassen Sie uns das im Hinterkopf behalten.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wenn Sie die Frage stellen, Herr Lindner, warum wir uns wie wo positionieren, dann will ich Ihnen Folgendes sagen: Wir haben uns hier in diesem Hause – ich glaube, Sie waren gar nicht dabei – 2005 gestritten wie die Besenbinder, weil die rot-grüne Regierung G8 vorbereitet hat in der Form, dass das eine Jahr, das wegfallen sollte, in der Oberstufe wegfallen sollte.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Dann kam Ihre Regierung dran und der Sprech war: Wir machen es so wie die Bayern.

(Christian Lindner [FDP]: Genau!)

Wir verkürzen das Jahr in der Mittelstufe. Dadurch sind die Kinder ab der fünften Klasse mit mehr Unterricht „beglückt“ worden. Das hat doch erst zu den Problemen geführt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das sage ich nicht erst seit gestern, das habe ich schon damals laut gesagt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Runde Tische! Jetzt anpacken!)

Herr Lindner, natürlich haben wir damals überlegt, ob wir das Rad wieder zurückdrehen.

(Christian Möbius [CDU]: Seit sechs Jahren regieren Sie!)

– Lassen Sie mich doch ausreden. Ich erkläre es Ihnen doch.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Natürlich haben wir damals überlegt, ob wir 2010 das Rad wieder zurückdrehen.

(Christian Lindner [FDP]: Aha! – Michele Marsching [PIRATEN]: Fehlgeschlagen!)

Aber die Bitte aus den Schulen war: Lasst es uns erst einmal probieren, lasst uns schauen, wie es geht, und kommt nicht schon wieder mit der großen Strukturreform.

(Christian Lindner [FDP]: Und die kommt jetzt!)

Ihr habt doch den Schulkonsens gewollt. Ihr sagt doch, ihr wollt eine stabile Struktur. Jetzt sehen wir, dass nicht mehr alle damit einverstanden sind, und dann muss man sich für die Zukunft positionieren,

(Michele Marsching [PIRATEN]: Dann los!)

aber nicht vorher, nicht einfach hü und hott. Auch da gilt Verlässlichkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Wie sieht die Position denn aus?)

Wir haben uns im Schulbereich auf viele Dinge konzentrieren müssen, zum Beispiel länger gemeinsames Lernen. Wir haben heute doppelt so viele Schulen wie 2010. Wir haben die Stellen hochgefahren. Wir mussten noch einmal ran wegen der Flüchtlinge. Diese Stellen kommen allen Schülerinnen und Schülern zugute, nicht nur den Flüchtlingskindern.

Wir haben die „Gute Schule 2020“ jetzt auf den Weg gebracht, 2 Milliarden €, Herr Marsching, damit die Situation, die Sie geschildert haben, der Vergangenheit angehört. Wenn Sie einmal ein Foto von Ihrer Schule in Essen machen, dann wissen Sie, dass die Schulgebäude – das weiß vielleicht nicht jeder, der uns zuhört – in der Verantwortung der Kommunen in diesem Land sind.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wofür brauchen wir dann das Programm? Wir haben einfach zu wenig Geld!)

Wir haben eine Situation übernommen, dass die Kommunen völlig unterfinanziert waren.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, ist ja immer noch!)

Heute haben wir bei den Kommunen mit dem GFG 10 Milliarden € mehr als 2010. Und wir haben den Stärkungspakt gemacht mit 5,7 Milliarden € bis 2020, davon 3,6 Milliarden € für das Land. Wir haben – das können wir sagen – damals 139 Kommunen im Nothaushalt gehabt, Herr Laschet. 2015 waren es nur noch neun Kommunen. Das ist klare Politik für die Zukunft dieses Landes, meine Damen und Herren,

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank – Michele Marsching [PIRATEN]: Wo ist das Geld? Das sieht immer noch so aus! Ein schlechtes Beispiel!)

damit genau solche Investitionen getätigt werden können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Armin Laschet [CDU])

Wir haben den Ganzttag gestärkt. Auch hier einmal Daten und Fakten, nicht blabla: 2010 225.000 Plätze, 2016 305.100 Plätze, Zuwachs 35,6 %.

(Armin Laschet [CDU]: Was haben wir denn 2005 gehabt?)

Kita: Rechtsanspruch umgesetzt. Wer hätte denn damals geglaubt, dass wir das schaffen nach dem, was Sie uns an Zahlen hinterlassen haben?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Ja, logisch!)

Wir hatten bei U3 2010 ungefähr 89.000 Plätze. 2016 haben wir 168.000 Plätze. Das ist nahezu eine Verdoppelung.

(Armin Laschet [CDU]: Letzter!)

Wenn Sie hier über die „armen Kinder“ reden – darauf komme ich gleich zurück –, dann frage ich: Warum haben Sie kein Programm „KITAplus“ gemacht, damit die Kitas in den Stadtteilen, wo es schwierig ist, eine bessere Personalausstattung bekommen?

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das haben Sie doch mit der FDP nicht hinbekommen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gleiches sollte dort ungleich behandelt werden.

Die Familienzentren:

(Armin Laschet [CDU]: Haben Sie auch erfunden!)

2010: 1.450, 2016: 3.400.

(Armin Laschet [CDU]: Die haben Sie auch erfunden!)

– Ich habe nicht gesagt, dass ich die erfunden habe.

(Armin Laschet [CDU]: Die haben Sie auch erfunden! – Gegenruf von Ibrahim Yetim [SPD]: Was haben Sie denn erfunden? – Heiterkeit von der SPD)

Ich habe nur gesagt: Wir haben die Zahl dorthin gesteigert, wo sie hin muss.

(Armin Laschet [CDU]: Ist doch logisch!)

Aber Sie reden immer nur davon.

(Widerspruch von der CDU)

– Das ist ein interessanter Punkt. Sie sagen uns immer nur, was wir alles wo wie mehr investieren sollen. Aber in Ihren Haushaltsanträgen findet sich das leider nie wieder, weil Sie leider nie wissen, wie dann die Gegenfinanzierung erfolgen soll.

(Christian Möbius [CDU]: Ach!)

Das sind die Probleme, die Sie seit Jahren haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir haben auch die Gebühren abgeschafft. Ich bleibe dabei, dass das richtig ist. Für die Sozialdemokratie kann ich sagen: Wir werden diesen Weg weitergehen, weil es nicht nur die armen Familien gibt, sondern auch die Familien oberhalb der Armutsgrenze. Auch an die denken wir. Auch das ist Teil unserer Politik. Und dabei bleibt es auch.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dann reden wir über Armut. Sie haben das vorhin angesprochen. Sie haben die Studie genannt. Lassen Sie mich nur drei Zahlen gegeneinanderstellen, Herr Laschet. Sie haben gesagt – das ist richtig –, wir hätten seit 2010 36.500 mehr arme Kinder. Das haben

Sie eben in Ihrer Rede gesagt, wenn ich mir das richtig notiert habe.

(Armin Laschet [CDU]: Das sagt die Bertelsmann Stiftung, ja!)

Ich hatte gestern ein Gespräch mit drei Oberbürgermeistern: von Duisburg, von Dortmund und von Gelsenkirchen. Wir haben über die Situation der EU-Zuwanderung gesprochen. Deshalb stelle ich Folgendes gegenüber – ich habe mir die Zahlen eben geben lassen –: 2010 hatten wir 38.132 Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Am 31. Mai 2016 hatten wir 147.608.

(Armin Laschet [CDU]: Denen stehen keine Hartz-IV-Leistungen zu! Die kriegen diese Leistungen nicht!)

Gehen wir einmal davon aus, dass nicht alle davon Mediziner, Rechtsanwälte etc. sind.

(Armin Laschet [CDU]: Keiner hat einen Anspruch von denen! – Gegenruf von der SPD: Natürlich!)

Es ist so, dass sie Kindergeld kriegen, wenn sie in die Sozialsysteme kommen. Sie sind nicht alle ohne Arbeit. Sie sind zum großen Teil in Hartz IV.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist aber falsch!)

Nur bei diesen Zahlen reden wir noch gar nicht über die Flüchtlinge, die inzwischen auch schon in unseren Systemen sind. Bleiben Sie doch redlich!

(Armin Laschet [CDU]: Ach! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Dann fangen Sie mal bei sich an!)

Schauen Sie auf die Zahlen und gucken Sie differenziert hin.

Eines sage ich zur Erklärung – ich habe das in diesem Haus schon mehrfach getan –: „KeKiz – Kein Kind zurücklassen!“ hat nichts mit der akuten Bekämpfung von Armut zu tun, sondern es richtet sich daran, ein Phänomen zu reduzieren, was wir in diesem Land leider an vielen Stellen erleben, nämlich dass sich Armut vererbt. Da wollen wir ran.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb fangen wir am Beginn des Lebens an. Am Beginn verändern wir Strukturen auf der kommunalen Ebene.

(Zuruf von den PIRATEN: Dann wird es Zeit!)

Lieber Herr Laschet, dafür haben wir nicht Milliarden Schulden gemacht. Hören Sie mit dem Quatsch auf. Wir haben Milliarden Schulden, wie Sie es nennen, oder Hunderte von Millionen Euro Schulden gemacht, um Schule zu verbessern, um Kita zu machen, um Ganztage zu machen und um Familienzentren zu machen. Entweder Sie wollen das oder Sie wollen das nicht. Aber uns dafür an

den Pranger zu stellen, geht nicht. Da müssen Sie hier mal klare Kante zeigen!

(Armin Laschet [CDU] schüttelt den Kopf.)

Für das Projekt „Kein Kind zurücklassen“ haben wir round-about 2 Millionen € in den Jahren und nicht mehr ausgegeben.

(Armin Laschet [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Denn es ging darum, dafür zu sorgen, dass nicht jede Kommune wie Dormagen, Hamm usw. das Rad neu erfinden muss.

(Armin Laschet [CDU]: Quatsch!)

Aufgabe von Regierung ist es auch, dafür zu sorgen, dass gute Beispiele ins Land getragen werden, dass sich Akteure zusammensetzen, dass evaluiert wird. Das ist das Projekt „Kein Kind zurücklassen – Kommunen beugen vor“.

Wir setzen bei den frühen Hilfen an.

(Armin Laschet [CDU]: Ach was!)

Wir verändern die Strukturen und die Hilfestellung für Familien. Wir werden das flächendeckend machen.

(Armin Laschet [CDU]: Das gibt es seit 20 Jahren, mein Gott!)

Das ist Politik dieser Landesregierung für die Zukunft der Kinder in diesem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Das ist doch nichts Neues!)

Das sind Strukturveränderungen. Die bekommen Sie nicht „mal eben“ hin. Wir können es nicht dem Zufall überlassen, ob der Oberbürgermeister an das Thema denkt oder nicht – oder der Landrat oder die einzelne Kommune.

(Beifall von Eva Voigt-Küppers [SPD])

Wir wollen, dass das systematisch geschieht in diesem Land. Prävention, Vorbeugung systematisch auf den Weg zu bringen, das haben wir uns auf die Fahne geschrieben – mit massiven Investitionen im Bildungssektor.

(Armin Laschet [CDU]: 1,9 Millionen €!)

Das ist die Politik für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Wenn Sie in dem Text weitergelesen hätten, hätten Sie gesehen, dass ich übrigens schon am Anfang darauf hingewiesen habe, dass das einen langen Atem braucht und dass wir uns von den Akteuren unterscheiden müssen, die es nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft gibt. In der Politik gibt es diejenigen, die nur auf die nächste Wahl schauen. In

der Wirtschaft gibt es diejenigen, die nur auf die Quartalszahlen schauen.

Ehrlich gesagt: Ich habe bei diesem Projekt und bei dem Ansatz nie auf die nächste Wahl geschaut. Denn klar war, dass die eigentlichen Erfolge – es gibt schon erste zarte Erfolgspflänzchen in den Kommunen, die übrigens auch Ihre CDU-Bürgermeister und -Landräte bestätigen; das ist interessant – weiter wachsen werden. Der eigentliche Erfolg wird sich erst in einer Generation zeigen. Darauf haben wir von Anfang an hingewiesen.

Ich sage Ihnen: Wir haben den langen Atem, das weiter durchzusetzen, weil das der richtige Weg ist, den wir hier verfolgen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der dritte Block: lebenswertes Nordrhein-Westfalen. Neben den Kommunen, die ich schon erwähnt habe, die sicherlich dabei eine große Rolle spielen, geht es auch um das Thema „Gerechtigkeit“ und übrigens auch um vernünftige Arbeitsverhältnisse. Das Landespersonalvertretungsgesetz sollte nicht in Vergessenheit geraten. Wir sind wieder das Land der Mitbestimmung, und das wollen wir auch weiterhin sein. Das ist für uns auch sehr wichtig.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben uns gegen prekäre Beschäftigung eingesetzt. Ohne Nordrhein-Westfalen hätte es den Mindestlohn nicht gegeben. Wir haben die Dumpinglöhne angegriffen. Und wir gehen auch weiterhin vor gegen die Auswüchse bei Leih- und Zeitarbeit.

Wir haben uns der Armut direkt gewidmet, weil die Armut im Kern eine Kinderarmut und insbesondere Erwachsenenarmut ist. Da geht es um Arbeitslosigkeit. Da geht es vor allem um Langzeitarbeitslose. Deshalb haben wir 90 ÖgB-Projekte mit über 2.000 Teilnehmern auf den Weg gebracht. Deshalb kämpfen wir für den sozialen Arbeitsmarkt. Denn wir wissen: Arbeit zu finanzieren, ist unwesentlich teurer, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir wollen, dass die Menschen wieder arbeiten können, weil das etwas mit Würde zu tun hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet, da könnten Sie sich als christliche Partei einklinken und mitkämpfen. Denn die Ausweitung der Mittel blockiert Ihr Finanzminister in Berlin.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Gerechtigkeit bedeutet für uns auch Steuergerechtigkeit. 23.000 Selbstanzeigen seit 2010 und 2,1 Milliarden € Mehreinnahmen sprechen eine deutliche

Sprache. Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte bis hin zu den Ladenkassen und dem, was gerade in Irland geschehen ist, nehmen wir in den Blick. Wir werden nicht nachlassen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir wollen nicht, dass die Ehrlichen die Dummen sind. Diejenigen, deren Steuern vom Gehalt abgezogen werden, müssen sicher sein,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

dass auch alle anderen ihre Steuerlast tatsächlich zahlen. Das ist der Kampf, den wir weiterkämpfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir über ein lebenswertes Nordrhein-Westfalen reden, dann reden wir über das, was wir Heimat nennen. Dazu gehört natürlich auch der ländliche Raum mit all seinen Herausforderungen, die vor uns liegen.

Bei der Schulausstattung haben wir uns im Schulkonsens Gott sei Dank auf wichtige Grundlagen verständigen können. Ich halte das für entscheidend, gerade den Erhalt der kleineren Grundschulen, den wir so weit wie möglich durchziehen wollen; keine Frage.

Mit der Frage, wie wir überall ein Hausärztenetz hinbekommen, haben wir uns beschäftigt und Modelle auf den Weg gebracht.

Alles das gehört dazu. Ich nenne auch Quartiersentwicklung, Stadtentwicklung, Soziale Stadt.

Ich sage Ihnen eins: Das, was mir gestern die drei Oberbürgermeister eindrücklich geschildert haben, wird Folgen haben. Wir haben schon vieles getan. Gerade im Bereich Sicherheit – bei der Polizeistärke – haben wir schon vieles auf den Weg gebracht. Aber das wird nicht ausreichen. Wir brauchen hier eine klare zusammenfassende Strategie.

Diese Landesregierung wird die Strategie auf den Weg bringen. Darauf können sich die Städte verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Heimat heißt auch Wohnungsbau, sozialer Wohnungsbau, Städtebau. Der Mietwohnungsbau in Nordrhein-Westfalen ist doppelt so hoch wie im Bundesgebiet. Wer jetzt nicht investiert, ist selber schuld, wie Mike Groschek immer sagt.

Wir wissen, dass Wohnen ein elementarer Punkt für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ist. Wir sehen mit Sorge, dass die Mietwohnungen in den Ballungsräumen immer teurer werden. Auf der anderen Seite haben wir die Schrottimmobiliensproblematik, unter anderem in zwei der drei eben genannten Städte.

An all diesen Stellen müssen wir ansetzen. An all diesen Stellen sind wir dran und gehen nach vorne.

Stadtentwicklung hat eine Schlüsselfunktion. Wenn wir wollen, dass es überall in diesem Land lebenswert ist – auch in den Quartieren –, dann brauchen wir die Mittel. Ich bin froh, dass wir auch dafür gemeinsam in Berlin gekämpft haben; denn es ist wichtig, dass sie ausgeweitet werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zur Heimat gehört natürlich auch die Frage: Wie sieht unser Land eigentlich aus? Ich nenne das immer „Bewahrung der Schöpfung“. In Ihren Sonntagsreden diskreditieren Sie ja gerne den Naturschutz, das Wassergesetz, den LEP, den Landesentwicklungsplan.

Herr Laschet, tun Sie mir einen Gefallen. Schicken Sie mir doch mal den Unternehmer aus dem Sauerland, der nicht erweitern kann, weil er keine Flächen bekommt. Ich würde das gerne mal klären. Bisher ist mir noch keiner begegnet. Das ist immer eine diffuse Sache dagegen, aber so richtig konkret ist es noch nicht geworden. Warten wir doch mal ab.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Minister Johannes Remmel – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ich weiß nur eins: Die Bürgerinnen und Bürger, die gern in diesem Land leben – viele davon, und zwar aus allen Teilen des Landes, habe ich bei den Festlichkeiten zu unserem NRW-Tag getroffen –, wollen, dass es hier schön und auch grün bleibt, dass wir die Schöpfung bewahren.

Real ist, Herr Laschet – daran können Sie nicht vorbei –: Wir verlieren täglich Flächen in der Größenordnung von 14 Fußballfeldern. Dass wir so nicht weitermachen können, darüber bekommen wir, glaube ich, einen Grundkonsens in der Gesellschaft hin.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns Brachflächen aufarbeiten. Lassen Sie uns hinschauen: Wofür geben wir die wertvollen Flächen in einem dicht besiedelten Land? Das ist die Diskussion, die wir in Bezug auf den LEP geführt haben und die wir weiterführen müssen, weil wir nur den Rahmen setzen und die Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Aber gehen Sie nicht weg von diesem Thema. Das ist doch ein urchristliches Thema, kein rein grünes, sondern auch ein sozialdemokratisches und ein CDU-Thema; bei der FDP bin ich mir da nicht sicher.

(Armin Laschet [CDU]: Schule und Arbeit sind auch christliche Themen!)

Ich möchte, dass die Natur so bleibt, wie sie ist, und dass wir unseren Kindern ein genauso lebens- und lebenswertes Land überreichen können. Das ist die Aufgabe, an der wir gemeinsam arbeiten müssen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir über ein lebenswertes Land reden, dann geht es auch darum: Was haben wir beim Thema „Sicherheit“ getan? Vorhin haben wir den wunderbaren Beitrag von Herrn Lindner gehört. Herr Lindner, ich halte es einmal hoch. Das sind die Einstellungsermächtigungen für die Polizei.

(Die Rednerin hält ein Blatt hoch.)

Wenn Sie eins bitte im Gedächtnis bewahren würden, dann bräuchten wir die Debatte nicht zum 22. Mal zu führen: ...

(Christian Lindner [FDP]: Was ist denn das erste Jahr auf Ihrem Chart?)

– Ich bin gerade dabei. Warten Sie ab. Die Kürzungen der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärter in 2004, die Sie vorhin angesprochen hatten, gingen einher mit einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Polizeibeamten.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ändert doch nichts daran, dass ...)

Das führte zu zusätzlichen Personalkapazitäten im Umfang von 2.000 Planstellen. Das nenne ich nicht Kürzungen, das nenne ich mehr Polizei für die Bürgerinnen und Bürger. Das war unsere Politik, auch vor 2005.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Im Übrigen gehört für uns zur Sicherheit ...

(Zurufe von der FDP)

– Ja, ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Im Übrigen gehört für uns auch zur Sicherheit ...

(Christian Möbius [CDU]: Sie haben das zu verantworten! – Zuruf von der FDP: Reden Sie doch mal mit den Kollegen! ... 45 Stunden! – Weitere Zurufe von der FDP)

– Das war doch Ihre Idee. Entschuldigen Sie, das ist doch eine FDP-Idee.

(Zuruf von der FDP)

– Nein. Ich habe nur gesagt, was passiert ist. Wenn Sie wollen, dass die 45 Stunden arbeiten, dann erinnere ich an den ehemaligen Innenminister, der gesagt hat: Man darf die Frösche nicht fragen, wenn man den Teich austrocknen will. – Daran erinnern wir uns alle noch. Der war aus Ihrer Fraktion, lieber Kollege.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Das war der Finanzminister! Das war Herr Linssen, nicht Herr Wolf! – Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

Wir stärken die innere Sicherheit bei der Polizei. – Nein, der Satz stammt von Herrn Wolf. Da müssen

Sie sich mal schlaumachen. Das Zitat kann ich Ihnen liefern.

(Christian Lindner [FDP]: Um was wetten wir, Frau Kraft, damit Sie mit Ihrer üblen Nachrede mal gestoppt werden?)

– Das ist ja interessant. Nein, ich sage es nicht. Das wäre unparlamentarisch, das darf ich nicht sagen.

(Zurufe von der FDP)

Wir stärken die Sicherheit in diesem Land durch systematischen Aufbau der Polizeistellen. Wir schließen nicht nur die Lücke, die entstanden wäre, sondern wir gehen darüber hinaus. Das ist dem Entwurf 2017 ff. ablesbar.

Und wir stärken – das halte ich für mindestens genauso wichtig – auch die Justiz. Seit 2011 haben wir 1.783 neue Stellen im Bereich der Justiz. Ich hatte die Freude, vorgestern beim Deutschen Juristentag zu sein. Thomas Kutschaty ist noch da, glaube ich. Deshalb ist er heute auch nicht hier. Die haben mich aus allen Ländern angesprochen und gefragt: Wie haben Sie das denn hingekriegt? Das würden wir uns in unserem Bundesland auch wünschen. Auch hier ist NRW spitze,

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU: Oho!)

auch was die Kooperation von Justiz und Polizei angeht, die schnelleren Verfahren, das Haus des Jugendrechts, viele gute Projekte, die wir hier auf den Weg gebracht haben.

(Christian Möbius [CDU]: Silvesternacht!)

Ich fasse zusammen: Wir haben einen klaren Plan für dieses Land. Wir haben alle diese Punkte angepackt. Von Ihnen höre ich nur Mäkeleien: Da müsste es mehr sein. Bei der Inklusion geht es zu schnell. Bei dem anderen müssen wir noch etwas ganz anderes tun. Legen Sie Ihre Konzepte auf den Tisch! Von Ihnen habe ich bis heute noch keinen Plan gesehen. Die Wahl wird derjenige entscheiden, der die besseren Pläne für die Zukunft dieses Landes hat. Da wird mir überhaupt nicht bange drum. – Vielen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr ...

(Armin Laschet [CDU]: Ich habe nur noch eine Minute!)

– Das war so angemeldet, Entschuldigung. – Dann hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Zimkeit das Wort.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Nein!)

Dann habe ich eine weitere Anmeldung für die FDP-Fraktion, Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, „Bleiben Sie redlich!“ haben Sie den Kollegen der CDU eben zugerufen. Das möchte man Ihnen aber auch empfehlen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben sich eben zu Beginn Ihres Beitrages an mir abgearbeitet. Der Zufall will, dass ich schon das Vorabplenarprotokolls habe. Und ich hatte in meiner ersten Rede gesagt: Im Jahre 2016 gibt es eine schlechtere Entwicklung am Arbeitsmarkt als in allen anderen Flächenländern in Deutschland. Und diese Aussage ist richtig, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und das machen Sie ja systematisch so. Wenn Ihnen nicht gefällt, was andere an Fakten vortragen, dann sprechen Sie den Menschen die Kompetenz, die Eignung, die Information ab.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Das ist ein Zeichen Ihres Charakters und sagt, wo Ihr Problem ist.

(Beifall von der FDP, der CDU und Michele Marsching [PIRATEN] – Erregte Zurufe von der SPD)

Da liegt Ihr Problem!

(Zurufe von der SPD)

Jetzt wollen wir es in öffentlicher Sitzung mal dokumentieren und nachhalten. Studiengebühren nach dem alten NRW-Modell haben junge Menschen vom Studium abgehalten – das haben Sie behauptet. Ich will den Beleg. Bringen Sie den Beleg bei!

Sie haben gesagt, Ingo Wolf habe diesen Satz mit den Fröschen gesagt. Bringen Sie den Beleg bei, oder es ist üble Nachrede, was Sie hier gemacht haben!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Bringen Sie den Beleg! Jetzt drehen wir den Spieß mal um, Frau Ministerpräsidentin.

Ausländische Direktinvestitionen: Ich möchte gerne einmal eine Analyse dieser ausländischen ominösen Direktinvestitionen haben. Fließen die in Innovationen, oder sind das möglicherweise Gelder aus dem Ausland, mit denen Immobilieneigentum in den Ballungsräumen gekauft wird oder mittelständische Betriebe im Sauerland den Besitzer wechseln? Ich

möchte gerne eine Analyse haben: Was ist das, Frau Ministerpräsidentin? Legen Sie das mal vor, wenn Sie damit Politik machen wollen!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das möchte ich sehen, nicht nur die absolute Zahl, auch die Struktur, damit wir das interpretieren können, ob es Ausdruck der Stärke oder der Schwäche dieses Landes ist. Bitte nicht immer nur mit Überschriften arbeiten – das sagen Sie ja so gerne.

(Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

– Okay. Ich wollte eigentlich jetzt zum Ende meines Beitrags kommen. Aber dann gibt es für die Sozialdemokratie noch einen Nachschlag.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Die Ministerpräsidentin hat sich als Lordsiegelbewahrerin wider des Industriestandortes geriert – mit großem Applaus der SPD –, hat hier kritisiert, wie die Energiewende und Schwarz-Gelb gemanagt worden ist. Jetzt halten wir zur Wahrheitsfindung mal fest: Mit Sigmar Gabriel ist nun nichts besser geworden. Mit Barbara Hendricks und beginnend mit dem Backloading bei den CO₂-Zertifikaten unmittelbar nach der Bundestagswahl hat sich die nordrhein-westfälische SPD als Abrissbirne für den Industriestandort vorgestellt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das waren Sie! Und der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung kann Ihnen doch genauso wenig gefallen, wie er der IG BCE gefällt. Aber Sie kümmern sich überhaupt gar nicht mehr um die Industriegewerkschaften, weil Sie nur noch am Rockschoß von ver.di hängen, wie man bei Kaiser's Tengelmann und Edeka gesehen hat.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lindner, wenn Sie das Vorabprotokoll über die erste Runde vor sich haben, dann schauen Sie einmal, was Sie über die Lehrerinnenstellen gesagt haben. Dann überlegen Sie noch einmal, ob das richtig ist. Sie haben in der ersten Runde behauptet, wir hätten 2.000 Lehrerinnenstellen bei den Gymnasien gestrichen. Herr Lindner, das ist falsch!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Laschet, Sie haben kritisiert, wir wären zu schlecht bei U3 und dem Ganzttag. Bei einem Blick in den Haushalt 2010 und in den Haushaltsentwurf 2017 stellen Sie fest, dass wir den höchsten Schuletat in der Geschichte des Landes haben. Wir haben 3,8 Milliarden mehr investiert als 2010. Dieser Aufwuchs ist fünf Mal so hoch wie der zwischen 2005 und 2010. Wir haben fünf Mal mehr für Schule, für Bildung investiert als Sie.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Mittel für den offenen Ganzttag sind um 25 % gestiegen. Ich kann mich noch an den Landtagswahlkampf 2005, an einen Direktkandidaten im Düsseldorfer Süden, der bis heute Mitglied des Hauses ist, und viele Podiumsdiskussionen erinnern, wo die CDU-Vertreterinnen uns immer vorgeworfen haben, eine ideologische Schulpolitik zu betreiben. Wir wollten den Familien, den Eltern die Kinder wegnehmen, um sie staatlich umzuerziehen. Das war das Credo. Das war nicht 1950, das war CDU 2005, meine Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sollten auf diesem Feld wirklich kleine Brötchen backen.

Herr Lindner hat in einer unglaublichen Arroganz die Hochschulen dieses Landes kritisiert und schlecht geredet. Sie haben mit Verweis auf die hervorragenden Hochschulen im Vereinigten Königreich, die es dort ohne Zweifel gibt, suggeriert, es würden sehr viele Studierende aus Nordrhein-Westfalen nach Großbritannien gehen.

(Christian Lindner [FDP]: Auch Schulen!)

– Ja, das ist ja alles okay. – Aber Sie haben suggeriert, unsere Hochschulen wären nur mittelmäßig.

(Christian Lindner [FDP]: Auch die Schulen!)

Sie haben gesagt, Sie wollten nett sein und hätten deshalb „mittelmäßig“ gesagt. Herr Lindner, wir haben von den Top-10-Universitäten in Deutschland sechs, wenn es nach der Größe geht. Wir haben sehr viele mit der Exzellenzinitiative des Bundes. Wir haben mehr Studierende aus Großbritannien an unseren Hochschulen in Nordrhein-Westfalen als andersherum. Hören Sie auf, ein Zerrbild zu zeichnen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben einen sehr guten Hochschulstandort. Wir haben den dichtesten in ganz Europa. Und unsere Hochschulen sind genauso anerkannt wie die Hochschulen in Großbritannien.

Auch hier die Zahlen: Es ist der höchste Wissenschaftsetat. Nordrhein-Westfalen hat 27,3 % aller Studierenden. Wir bilden ein Viertel aller Studierenden aus, und das sind die deutschen Zahlen. Wir haben jetzt einen Wissenschaftsetat von mehr als 8,4

Milliarden. Damit liegt er 2,6 Milliarden bzw. 44 % über dem Niveau des Jahres 2010.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Ja, die Studiengebühren! Herr Witzel, Sie sind doch Haushälter. Sie wissen doch ganz genau, dass die Forderung nach einer Wiedereinführung der Studiengebühren haushalterisch nur dann Sinn macht, wenn den Hochschulen das Geld wieder weggenommen wird. Das ist überhaupt kein Qualitätsgewinn. Die Hochschulen haben dadurch null mehr Mittel, und Sie verbauen damit den jungen Menschen den Zugang zu unserem Bildungssystem. Das ist das Einzige, was wir von den Studiengebühren haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Das ist doch nicht wahr!)

Selbst mit den Studiengebühren von 250 Millionen, ohne die Qualitätsverbesserungsmittel wären wir nicht bei 2,6 Milliarden €, sondern bei 2,3 Milliarden €. Das ist immer noch eine Steigerung von über 40 % ohne Studienbeiträge. Über 40 % mehr Investitionen in diese wichtige Zukunftsaufgabe!

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch bei FuE versuchen Sie – die Ministerpräsidentin hat das völlig zu Recht gesagt –, ein Zerrbild zu zeichnen. Das haben Sie mit der Berichterstattung aus der „FAZ“ ja auch schon im Ausschuss versucht.

Fakt ist: Nordrhein-Westfalen hat die höchste staatliche Förderung für Forschung und Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Wir liegen im Vergleich hinten, weil die Investitionen der privaten Unternehmen schwach sind. Da müssen wir besser werden, da wollen wir besser werden.

Aber da wäre es doch sinnvoll, wenn Sie den Vorschlag unterstützen würden, der seit 2009 ein halbes Dutzend Mal im deutschen Bundestag gemacht worden ist, dass man den Unternehmen einen Steuerbonus, eine Steuererleichterung gibt, dass man ihnen, wenn sie in Forschung und Entwicklung investieren, wenn sie an neuen Produkten forschen, mit einer Steuererleichterung entgegenkommt. Sie sind doch sonst immer so schnell dabei, wenn es um Steuersenkungen geht. Warum können wir denn hier nicht etwas Gemeinsames machen für Mittelstand, für Innovation, für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts?

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir über Steuersenkungen reden, dann sind wir auch in der aktuellen Debatte über den Bundeshaushalt. Es ist wahr: Es gibt Überschüsse. Der Bundesfinanzminister stattet die Länder und Kommunen nicht gut aus. Er überträgt viele Ausgaben, ohne dies mit finanziellen Mitteln zu hinterlegen. Darunter leiden dann wir als Landespolitiker, die mit dem, was der Bund uns zuweist,

und das sind über 80 % des Haushaltes, die Zuweisungen aus Steuermitteln sind, in der Verantwortung sind, die wichtigsten Zukunftsaufgaben zu stemmen.

Meine Damen und Herren, Sie sollten sich einmal vergegenwärtigen, was wir alleine im Bereich der kommunalen Finanzen erreicht haben. Die Ministerpräsidentin hat das schon mit dem Hinweis auf die Städte, die damals im Nothaushalt waren, deutlich gemacht. Wir geben so viel Geld aus wie kein anderes Bundesland. Wenn wir schauen, wer Nummer zwei und Nummer drei ist, dann hätten wir schon eine Summe, die im Wesentlichen dem entspricht, was der Nettoneuverschuldung in diesem Haushalt zugrunde liegt.

Das heißt, wir könnten ganz einfach einen ausgeglichenen Haushalt machen, indem wir den Kommunen sagen, wir gehen jetzt auf das Niveau von Baden-Württemberg. Wir hätten einen Haushaltsüberschuss, wenn wir sagen würden, wir gehen zurück auf das Niveau von Bayern. Aber das ist doch keine vernünftige Politik, meine Damen und Herren.

(Ralf Witzel [FDP]: Das kann man doch gar nicht miteinander vergleichen!)

– Doch, das kann man sehr wohl mit Baden-Württemberg und Bayern vergleichen! Das wissen Sie ganz genau. Das ist auch im Kommunalausschuss rauf und runter diskutiert worden.

Sehr überraschend waren die Antworten auf die Frage des DeutschlandTrends vom 1. September 2016, wofür Mehreinnahmen im Bundeshaushalt verwendet werden sollen.

Nur 16 % der Bevölkerung sind für Steuersenkungen. Die übergroße Mehrheit von über 70 % möchte eine nachhaltige Haushaltspolitik. Das ist auch verständlich; denn die Menschen, die vor Ort gute Betreuung und gute Schulen – auch gute Schulgebäude, Herr Marsching – haben wollen, wissen, dass das nicht geht, wenn wir auf der anderen Seite Steuern senken. Die Menschen wollen dann wissen, wie wir das finanzieren, und sie wissen ganz genau: Wenn es Steuersenkungen gibt, fehlt an anderer Stelle das Geld. – Die Mehrheit der Menschen ist klüger, als Sie das vermuten, meine Damen und Herren von der FDP.

Deswegen ist das richtig, was wir mit diesem Haushalt vorlegen. Wir nehmen wichtige Investitionen in die Zukunft unseres Landes vor. Wir investieren in Kommunen – mit dem kommunalen Investitionsprogramm, finanziert über die NRW.BANK. Wir legen auch bei dem Bereich Schulbauten und bei dem Bereich Freizeit nach. Aber es ist richtig, dass wir mehr Investitionen in Bildung vornehmen. Das ist der genaue Gegenpol des Bürgerhaushalts. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Fraktion der Piraten spricht noch einmal Kollege Marsching.

(Zurufe)

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Schon zu stöhnen, bevor ich etwas gesagt habe ist, ist schon seltsam; aber gut.

Liebe Frau Ministerpräsidentin, Punkt eins: Ich finde es sehr komisch, Kritik aufzunehmen, indem man sie dann überdreht und sagt, ich hätte alles noch viel schlimmer gemacht, als es in Wirklichkeit war. Das haben Sie beim Kollegen Lindner auch versucht. Ich halte das für kein tolles rhetorisches Mittel. Das sollten wir hier sein lassen; denn es führt dazu, dass wir plötzlich über Dinge reden, die hier gar nicht gesagt wurden.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Was ich mache, entscheide ich immer noch selbst!)

– Ja. Natürlich können Sie das machen. Aber dann müssen Sie damit leben, dass ich Ihnen sage und auch der Kollege Lindner Ihnen sagt und aus dem Protokoll zitiert, dass wir das, was Sie hier behaupten, überhaupt nicht in dieser Form gesagt haben. Das ist dann in Ordnung.

Sie haben gerade gesagt, Sie wüssten, wohin die Reise geht; Sie könnten das nach außen darstellen; die Menschen wüssten auch, wohin die Reise geht. Ich sage Ihnen: Genau das ist ja das Problem. Genau das sehen wir nicht. Wir sehen nicht, wohin die Reise geht.

Mein größtes Problem bei Ihrem Wortbeitrag gerade war aber: Sie können sich hier ja gegen alles wehren. In Bezug auf die Bekämpfung der Kriminalität zu sagen, dass die Internetkriminalität heruntergegangen ist und im Internet nicht mehr so viel betrogen wird, und dabei auf mich zu zeigen, halte ich aber schon für unglaublich infam.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn ich nutze das Internet anders. Ich nutze es, indem ich etwas suche, indem ich versuche, etwas zu finden, und indem ich versuche, etwas zu wissen. Da fallen mir zwei Dinge auf.

Erstens. Sie sagen, es wundere Sie, dass ich die Wirtschaft 4.0 und den Stahlstandort nicht übereinanderbekomme. – An dieser Stelle verweise ich auf einen Artikel, der heute Morgen in „RP Online“ erschienen ist. Ihr Wirtschaftsminister Duin sagt dort, Nordrhein-Westfalen habe zu lange an falschen Industrien festgehalten; wir müssten jetzt radikal auf Neues setzen.

Ja, was denn jetzt? Entweder wollen wir Wirtschaft 4.0 und setzen radikal auf Neues, oder wir erhalten den Stahlstandort. Beides geht nicht.

(Beifall von den PIRATEN – Armin Laschet [CDU]: Beides!)

Ich nutze das Internet auch, indem ich gucke, was denn die Leute draußen zu unserer Debatte sagen. Hier noch einmal ein Gruß an alle, die im Stream zu gucken! Es scheinen viele zu sein. Jedenfalls geht es im Netz einigermaßen rund.

Hier möchte ich zwei Tweets zum Thema „schnelles Internet“ zitieren, die ich sehr bezeichnend finde. Sie wissen: Das ist jetzt kurz. Tweets sind immer kurz.

Der erste Tweet heißt: Das schnelle Internet kommt, die Bahn auch.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Das ist sehr bezeichnend.

Noch viel besser fand ich aber folgenden Tweet – ich lese das jetzt so vor, wie es hier steht –: Das schnelle Internet in Nordrhein-Westfalen wäre der Party-schreck auf jeder Swingerparty. Es ruft ständig: „Ich komme!“, aber passieren tut nichts.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die SPD-Fraktion hat sich der Kollege Zimkeit gemeldet.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Jetzt doch, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn eigentlich hatten wir mit der zukunftsorientierten Rede unserer Ministerpräsidentin einen hervorragenden Abschluss der Debatte.

(Lachen von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, darf ich Sie kurz unterbrechen? Sie haben vergessen, den Präsidenten zu begrüßen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Um Gottes willen! Die Welt geht unter!)

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Entschuldigung, Herr Präsident. Dann fange ich noch einmal von vorne an. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen hervorragenden zukunftsorientierten Beitrag der Ministerpräsidentin gehört, der ein würdiger Abschluss der Haushaltsdebatte gewesen wäre. Danach hat sich aber Herr Lindner noch einmal gemeldet und sehr laut, sehr populistisch und relativ faktenfrei versucht, von seinen internen Fraktionsproblemen, die ja heute den Mittelpunkt der Berichtserstattung darstellten, abzulenken.

(Lachen von der FDP)

Das kann man ja tun. Das ist politisch auch legitim. Nur, Herr Lindner: Dass Sie sich hier zum Schiedsrichter über Charakterfragen machen und den Charakter der Ministerpräsidentin infrage stellen, ist vollkommen unangemessen und anmaßend.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir über Charaktere reden wollen, dann können wir gerne darüber reden, welche Rolle denn unser Land für jemanden noch spielt. Wir haben eine Ministerpräsidentin gehört, die sehr deutlich gezeigt hat, worum es ihr geht, nämlich darum, dieses Land voranzubringen. Sie, Herr Lindner, sind hingegen nur noch hier, um dieses Land als politisches Sprungbrett für Ihre bundespolitische Karriere zu missbrauchen. Da stellt sich vielleicht die Charakterfrage, Herr Lindner.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Das werden die Wähler beurteilen! – Ralf Witzel [FDP]: Wie erbärmlich ist das denn?)

Wie weit Sie dafür gehen, haben Sie in Ihrem ersten Redebeitrag deutlich gezeigt, Herr Lindner. Ich möchte Sie wirklich bitten, dass Sie noch einmal sehr ernsthaft darüber nachdenken – und auch darüber, in welche Ecke Sie sich damit manövrieren.

Sie haben hier kritisiert, dass nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler sowie Studenten ins Ausland gehen und in England studieren,

(Christian Lindner [FDP]: Das habe ich überhaupt nicht kritisiert!)

und haben daraus eine Schwäche unseres Bildungssystems konstruiert.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen doch in einem gemeinsamen Europa leben. Da schließe ich Großbritannien bewusst noch mit ein; denn in einem Werteeuropa, in dem wir den Austausch brauchen, wollen wir sie ja nicht ausschließen. Wir brauchen also diesen Austausch. Wir brauchen es, dass junge Menschen nach Großbritannien gehen und dass junge Menschen aus Großbritannien zu uns kommen.

Das hat nichts mit einer Schwäche des Bildungssystems zu tun. Im Gegenteil: Unsere jungen Menschen fühlen sich augenscheinlich durch das Bildungssystem hier gut genug vorbereitet, um ins Ausland zu gehen und sich da weiterzubilden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie das wirklich zum Maßstab der Politik machen wollen, dann schauen Sie sich einmal an – ich habe die Zahlen jetzt leider auf meinen Platz liegen lassen –, wie viele Studentinnen und Studenten aus dem Ausland zu uns kommen, weil sie dieses Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen so gut finden.

Es sind doppelt so viele wie zu Ihrer Regierungszeit. Nach Ihrer Logik hat sich die Qualität der Regierungsarbeit damit mindestens verdoppelt. Nach meiner Logik und nach dem, was heute in dieser Debatte deutlich geworden ist, hat sie sich mehr als verdoppelt.

Herr Lindner, das, was Sie gerade hier ausgeführt haben, hat Sie für alle politischen Aufgaben in Land und Bund disqualifiziert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Frau Ministerpräsidentin Kraft.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur noch ... Ich habe gar keine Zeit mehr? Doch ich habe noch Zeit.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Die Regierung kann immer reden.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Es ist noch ein bisschen Zeit übriggeblieben; dann kann ich nur noch antworten. – Herr Lindner, ich empfehle Ihnen einen Blick auf die Seite von NRW.INVEST. Dort ist das ausgewiesen. Die Quelle ist Deutsche Bundesbank.

Da stehen auch die Definitionen für Investition in ein Unternehmen mit einem Anteil, der 50 % übersteigt – wahrscheinlich 50,1 % –, für Erweiterungsinvestitionen und Neuinvestitionen. All das können Sie dort genau nachlesen. Dann sehen Sie auch die Größenordnung.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich würde noch gerne zwei Dinge ergänzen, weil ich noch eine Minute habe.

Ich entschuldige mich dafür, wenn ich Sie beim Arbeitsmarkt falsch verstanden habe. Das ist dem geschuldet, dass ich versucht habe, viel mitzuschreiben. Das ist mir nicht geglückt. Dafür entschuldige ich mich.

(Christian Lindner [FDP]: Angenommen!)

Dennoch, glaube ich, ist es gut, darauf hinzuweisen, wie die Arbeitslosenzahlen sich entwickelt haben.

Aber Sie haben noch einen großen Fehler gemacht, indem Sie Herrn Becker in den Mittelpunkt gerückt haben. Er hat sich da über die Harmonisierung von Förderungsbedingungen geäußert. Ich finde, darüber kann man sich nun wirklich nicht beklagen. Ich glaube, dass es richtig ist, das zu tun. Wenn ich das

noch etwas amüsiert sagen kann: Sie unterscheiden nicht mal zwischen Fuchs und Wolf in diesem Land. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt am Ende der Aussprache über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017.

Ich leite zum

Gemeindefinanzierungsgesetz 2017

über.

Wir werden später das Haushaltsgesetz und das Gemeindefinanzierungsgesetz gemeinsam an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse überweisen.

Ich erteile Herrn Innenminister Ralf Jäger das Wort zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren auf den Rängen! Liebe Bürgerinnen und Bürger im Stream! Und selbstverständlich: Lieber Herr Präsident! Nach der Aussprache des heutigen Vormittags, in der eher die politische Lage allgemein diskutiert wurde, wird es jetzt etwas technischer. Es geht beim Gemeindefinanzierungsgesetz um die Frage, wie wir die Rekordausschüttung von 10,56 Milliarden € aus dem Landeshaushalt möglichst gerecht auf die 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen verteilen. Das ist jedes Jahr eine Herausforderung.

In den letzten Jahren haben wir immer Zugriff auf ein bewährtes System gehabt. Dieses System haben uns mehrere Gutachter in den letzten Jahren empfohlen. Ich erinnere an das ifo Institut 1995 und 2008 und das FiFo-Institut im Jahre 2013. Dieses Verteilungssystem hat unser Verfassungsgerichtshof in Münster am 10. Mai dieses Jahres noch einmal bestätigt. Nichtsdestotrotz haben wir die Begründung des Verfassungsgerichtshofs zu diesem Urteil sehr genau analysiert und wahrgenommen, es gibt Hinweise darauf, dass es in Zukunft möglicherweise in Teilen des Gemeindefinanzierungsgesetzes Modifizierungsbedarf gibt.

Den greifen wir selbstverständlich auf. Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden sehr zügig Einvernehmen erzielt, ein weiteres Gutachten in Auftrag zu geben. Die Ausschreibung soll bald erfolgen. Es dauert naturgemäß etwas, bis ein neues Gutachten vorliegt. Es wird etwas Zeit vergehen. Wir werden miteinander diskutieren – hier im Landtag und mit

überwiesen werden. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Damit ist so überwiesen und der **Tagesordnungspunkt 2** beendet.

Ich rufe auf – jetzt erschrecke bitte niemand – den **Tagesordnungspunkt 1**. Das tue ich nicht, weil er so schön war, sondern, weil ich etwas vergessen habe. Mea culpa! Wir müssen natürlich überweisen; denn wenn wir nicht überweisen, können wir gar nicht weiter über den Haushalt beraten, und das wäre unangenehm. Daran will ich überhaupt nicht schuld gewesen sein.

Aus diesem Grunde bitte ich um Ihr Einverständnis damit, dass ich den Tagesordnungspunkt 1 noch einmal aufrufe und zu den **Abstimmungen** komme.

Erstens stimmen wir über die Überweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2017 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/12500** sowie der **Mittelfristigen Finanzplanung 2016 bis 2020 mit dem Finanzbericht 2017 des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 16/12501** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Aussprache des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschusses unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Zweitens stimmen wir über die Überweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2017 ab. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/12502** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich danke Ihnen dafür, schließe den Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf:

3 Landesregierung muss den Runderlass „Unterricht für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler“ unverzüglich zurücknehmen!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12466

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im vergangenen Jahr hat eine zuvor nicht gekannte Zahl von Flüchtlingen unser Land erreicht. Bereits im letzten Sommer war klar, dass aufgrund der Altersstruktur der Flüchtlinge diese Entwicklung große Auswirkungen auf das nordrhein-westfälische Schulsystem haben wird.

Die CDU-Fraktion hat daher bereits im September vergangenen Jahres ein Gesamtkonzept zur Flüchtlingsbeschulung vorgelegt, das in einer Expertenanhörung sehr positive Resonanz fand. SPD und Grüne erklärten dazu anfangs, ein Konzept sei nicht erforderlich, da man seit Jahren so viele hervorragende Einzelintegrationsmaßnahmen hätte. Mit der Schullwirklichkeit hatte das schon damals nichts gemein.

Als der öffentliche Druck stieg, haben dann SPD und Grüne einen Integrationsplan vorgelegt. In Anbetracht der Tatsache, dass das Thema „Integration“ ein so wichtiges ist, haben wir als CDU-Fraktion unsere Bereitschaft erklärt, an diesem Integrationsplan mitzuarbeiten, und auch die Möglichkeit in Erwägung gezogen, dann die für uns wichtigen Aspekte aus unserem Gesamtkonzept zur Flüchtlingsbeschulung dort einzubringen.

Daher verzögerte es sich immer weiter. Wir haben unser Konzept weiter geschoben. Sie wissen alle, wie die Entwicklung war. Der Integrationsplan wurde gestern hier verabschiedet. Wir als CDU-Fraktion hätten uns einige Punkte deutlich anders vorgestellt.

Vor den Sommerferien, als es aber noch die Diskussionen zu diesem Plan gab, kam dann für alle Beteiligten völlig überraschend ein neuer Erlass zum Unterricht für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler an unsere Schulen. So sollen diese Schülerinnen und Schüler ohne vorbereitenden Deutschunterricht von Anfang an am normalen Unterricht teilnehmen.

Jetzt frage ich Sie, Frau Ministerin Löhrmann: Wie sollen diese Kinder am Unterricht teilnehmen, wenn sie kein Wort Deutsch verstehen? Ich glaube, es erklärt sich von allein, dass das nicht möglich ist. Große Aufregung bei allen Beteiligten!

Es wäre wichtig gewesen, den heutigen Antrag vor den Sommerferien zu diskutieren, wie wir das gemeinsam mit der SPD beantragt haben.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: FDP!)

– FDP. Entschuldigung. Sie haben recht.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Große Koalition!)

– Nein. Ich war schon beim nächsten Satz. Da kommen SPD und Grüne vor. Daher war das voraussehlend.